



:: Branchenreport 19



Im Sog der Krise —

Die Branche Holz/Möbel im Krisenjahr 2009

IMPRESSUM

Dieser Branchenreport wurde in Zusammenarbeit von Arbeit und Leben Bielefeld e.V. DGB/VHS und dem IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Handwerk / Betriebspolitik KMU / Maschinenbau erarbeitet.

Herausgeber: IG Metall Vorstand
FB Handwerk / Betriebspolitik KMU / Maschinenbau
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main

Autor: Gisbert Brennecke
Arbeit und Leben Bielefeld e.V. DGB/VHS
Ravensburger Park 4
Bielefeld



Redaktion: Reinhard Hahn, IG Metall Vorstand
Wolfgang Bonneik, IG Metall Vorstand
Annette Szegfü, IG Metall Vorstand



Gestaltung: Umschlag: Maria Peitz, IG Metall Vorstand
Foto Titel: Werner Bachmeier, Ebersberg
Druck: Druckhaus Dresden

Produkt-Nummer: 10366-25270

Redaktionsschluss: 17. August 2009

BRANCHENREPORT 19

Im Sog der Krise – Die Branche Holz/Möbel im Krisenjahr 2009

Überarbeitete und ergänzte Fassung

Vorwort

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer der schwersten Krisen ihrer Geschichte. Ausgehend von der Immobilien- und Finanzmarktkrise in den USA bestimmen derzeit eine tiefe Verunsicherung und ein konjunktureller Abschwung das globale Geschehen. Auch die deutsche Holz- und Möbelindustrie kann sich nicht von dieser Großwetterlage abkoppeln, wenngleich sie insgesamt weniger stark betroffen ist als stark exportorientierte Branchen.

Unsicherheit bestimmt das Bild: Niemand weiß heute, wann die Talsohle erreicht sein wird. Auch kann niemand vorhersagen, auf welchem Niveau sich die Industrie stabilisieren und wie stark die Dynamik des nächsten Aufschwungs ausfallen wird. Unser wichtigstes Ziel ist es jetzt, dass nicht die Beschäftigten zu den Verlierern werden. Bislang ist der Abschwung noch nicht mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Dies liegt vor allem daran, dass anstelle kurzfristiger Entlassungen Kurzarbeit den Nachfrageeinbruch abfedert. „Keine Entlassungen“ ist die richtige Forderung und vor allem mit Blick auf die kommenden Monate wird dieses Ziel immer wichtiger werden!

Die Erfahrungen aus früheren Zeiten belegen: Konjunkturbedingte Betriebsschließungen können in der späteren Aufschwungphase nicht wieder rückgängig gemacht werden. Gleiches gilt für die Beschäftigten: In der Krise durchgezogene Entlassungen vernichten Arbeitsplätze in der Regel für immer. In Zeiten wie diesen geht es darum, im Kern zukunftsfähige Unternehmen nicht absaufen zu lassen. Es kann nicht sein, dass Arbeitsplätze deshalb gefährdet werden, weil die Banken ihrer Aufgabe nicht nachkommen und mit einer restriktiven Kreditvergabe Unternehmen in der Existenz gefährden.

Jeder verlorene Arbeitsplatz ist einer zu viel. Gerade deshalb ist es ein wichtiger Erfolg der Gewerkschaften, dass die Krisenbewältigung mit Blick auf die Beschäftigung bislang recht positiv verläuft. Die Schutzmechanismen greifen recht gut, um die Stammebelegschaften in den Betrieben zu halten und Massenentlassungen abzuwenden. Diese Etappenerfolge dürfen nicht dazu führen, das Ausmaß der Krise und die weiterhin vorhandenen Risiken zu unterschätzen. Von einer wirtschaftlichen Stabilisierung sind wir noch weit entfernt.

Der Druck auf die Beschäftigten wird in vielen Betrieben weiter zunehmen. Es geht uns nicht darum, Angst und Schrecken zu verbreiten. Aber Risiken müssen klar ausgesprochen werden, um überhaupt reagieren zu können. An dieser Stelle setzt der vorliegende Report an und bietet eine Momentaufnahme der Holz- und Möbelindustrie.

Die zentrale Lehre aus der jüngsten Vergangenheit lautet: Nicht die Finanzmärkte und der schnelle Profit dürfen die Maximen des wirtschaftlichen Handels sein. Es muss um gutes Leben und gute Arbeit für alle gehen! Dafür braucht es eine klare beschäftigungspolitische Zielrichtung. Die IG Metall verfügt über gute Ideen, die nötige Kompetenz und realisierbare Vorschläge. Mit unserem Aktionsplan "Aktiv aus der Krise" haben wir konkrete Forderungen an die Politik zur Sicherung von Arbeitsplätzen vorgelegt. Darin enthalten ist ein mit 100 Milliarden Euro ausgestatteter öffentlicher Beteiligungsfonds, mit dem gefährdete Unternehmen gestützt werden sollen. Es geht aber auch um mehr, die Unternehmen müssen auf langfristige wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele orientiert werden.

In Zeiten wie diesen müssen wir gewohnte Routinen verlassen. Ein gutes Beispiel ist die erfolgreiche Umweltprämie für Alt-Autos. Die gab es bislang nicht, in diesem Jahr hat sie allerdings maßgeblich zur Stabilisierung der Nachfrage und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen. Damit ist klar, Konjunkturpolitik ist sinnvoll und funktioniert. Wir müssen jetzt auch die Arbeitszeiten in den Blick nehmen. Wenn das Arbeitsvolumen zurückgeht, brauchen wir intelligente und solidarische Alternativen für alle Beschäftigten. Verkürzte Arbeitszeiten in Verbindung mit Weiterbildung und Qualifizierung sind dabei sehr vielversprechend.

Für die Holz- und Möbelindustrie geht es jetzt darum, die Beschäftigung zu sichern und die Branche zukunftsfähig zu machen. Dazu gehören auch mehr Mitbestimmung und mehr direkter Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen durch die Beschäftigten. Es liegt jetzt auch an uns. Die gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretungen – gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort und in den Betrieben – müssen dafür sorgen, dass die Auswirkungen der Krise nicht bei den Beschäftigten abgeladen werden. Die Interessen der Beschäftigten in der Holz- und Möbelindustrie dürfen jetzt nicht grundlegend und auf Dauer beschädigt werden. Es geht um eine Lagebeschreibung, damit Alternativen möglich werden. Genau diesem Zweck soll dieser Report dienen.

Ich wünsche Euch viele Anstöße beim Lesen!

IG Metall Vorstand



Wolfgang Rhode
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 1. | DIE HOLZ/MÖBELBRANCHE IM KRISENJAHR 2009 | 7 |
| 1.1 | Die Konjunktur auf Talfahrt | 8 |
| 1.2 | Krisenbarometer Holz/Möbel für das 1. Halbjahr 2009 | 12 |
| 1.3 | Eine vorläufige Zwischenbilanz | 25 |
| 2. | ERGEBNISSE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DER BRANCHENENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND 2000 - 2008 | 27 |
| 2.1 | Die Branchenstruktur 2008 im Überblick | 27 |
| 2.2 | Die Entwicklung von Produktion und Umsatz | 31 |
| 2.3 | Veränderungen bei Betrieben und Beschäftigung | 36 |
| 2.4 | Verschlechterungen bei den Arbeits- und Leistungsstandards | 41 |
| 2.5 | Veränderungen auf den Inlands- und Auslandsmärkten | 47 |
| 3. | ERFOLGSFAKTOREN FÜR DIE BRANCHENENTWICKLUNG UND FÜR DIE BESCHÄFTIGUNGSSICHERUNG IN DER BRANCHE HOLZ/MÖBEL | 61 |
| 4. | DOKUMENTATION | 64 |
| 5. | ANHANG | 81 |
| 5.1 | Tabellen- und Abbildungsverzeichnis | 81 |
| 5.2 | Quellen | 83 |

1. Die Holz/Möbelbranche im Krisenjahr 2009

Im Sommer 2009 ist die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in der realen Möbelindustrie angekommen. Der Zweckoptimismus vom Jahresanfang, wonach die deutsche Möbelindustrie in der Nische einer stabilen Konsumnachfrage relativ unbeschadet die Rezession überdauern könnte, hat sich nicht bestätigt. Den Betrieben geht die Arbeit aus, weil der Auftragseingang rückläufig ist und die Produktion immer weniger auslastet. Nachfrage und Umsätze brechen ein – und dies sowohl im Inland wie beim Export. Und eine grundlegende Trendwende mit wieder positivem Wachstum ist derzeit nicht in Sicht.

„Geht es der Autoindustrie schlecht, dann geht es der Möbelindustrie gut“ – so die Grundstimmung in der Branche zum Jahresende 2008. Damals herrschte noch große Zuversicht.

„Der allgemeine Abwärtstrend wird den Möbelsektor nicht über Gebühr treffen. Der Stellenwert des Wohnens vergrößert sich. 2009 kann die Branche daher wie in den vergangenen drei Jahren mit einem Plus abschließen“, sagt Dirk-Uwe Klaas, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Deutschen Möbelindustrie (VDM). Zumindest eine schwarze Null prognostiziert er. (...) „Ich bin nicht pessimistisch“, sagt er.

(„Mit neuer Lust aufs kleine Glück“, zitiert nach: www.welt.de vom 09.11.2008)

Trotz Finanzmarktkrise, trotz sinkender Industrieproduktion und trotz abflachender Konjunktur galt die Möbelbranche als relativ krisenfest. Begründet wurde diese Zuversicht in erster Linie mit der von Konsumforschern prognostizierten, anhaltend hohen Konsumneigung und der daraus hergeleiteten stabilen Kaufbereitschaft in der Bevölkerung. „Cocooning“ und „Homing“ waren und sind die Schlagworte, die den wirtschaftlichen Absturz der Möbelbranche in Deutschland verhindern würden.

Entsprechend optimistisch gab sich die Möbelindustrie im Januar 2009. Trotz schwieriger Konjunktur werde nicht mit gravierenden Einbrüchen beim Umsatz gerechnet. Zumindest die „schwarze Null“ sei über das Jahr gesehen realistisch.

„Von einer schwarzen Null für 2009 geht der Verband der Deutschen Möbelindustrie (VDM) trotz schwieriger Konjunktur aus. »In Krisenzeiten ist der Mensch gern im eigenen Zuhause«, sagte Dirk-Uwe Klaas vom Verband der Deutschen Möbelindustrie auf einer Pressekonferenz zur Imm Cologne. »Homing« bleibe auch 2009 »Megatrend«. Damit einher

¹ „Jetzt Lust auf Werte wecken“ in *möbelkultur* 1/2009

gehe die Bereitschaft in langlebige Güter wie Möbel zu investieren. Daher gehe die Möbelindustrie optimistisch in das Jahr 2009.“

(„Möbelindustrie rechnet mit schwarzer Null in 2009“, zitiert nach dds - das magazin für möbel und ausbau vom 16.01.2009)

Das private „Wohlfühlen in hochwertig ausgestatteten Wohnungen“ als Schutzmechanismus gegen die sich ausbreitende wirtschaftliche Verunsicherung mit der wachsenden Sorge um Arbeitsplätze und Einkommen in der Bevölkerung?

1.1 Die Konjunktur auf Talfahrt

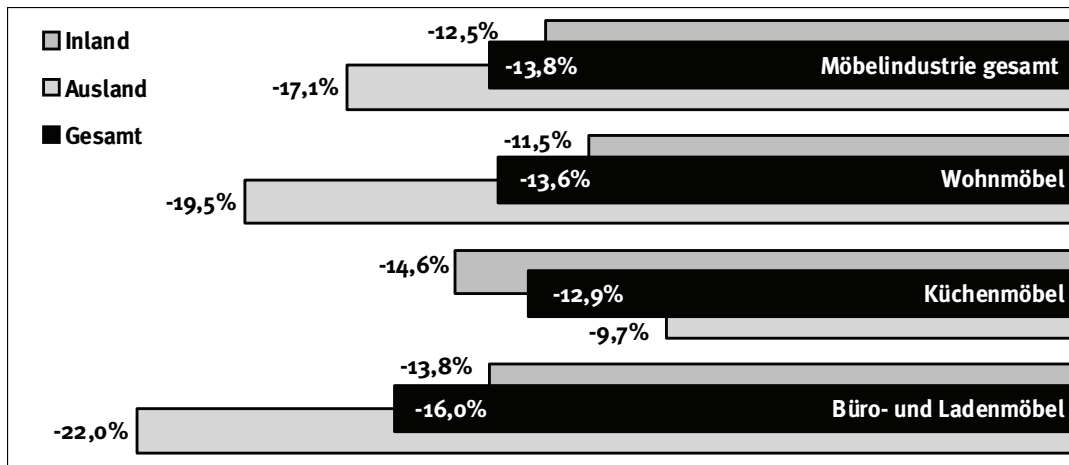
Diese zuversichtlich stimmenden Erwartungen haben sich – wie wir jetzt wissen – nicht bestätigt. Das Zusammenwirken von Finanzmarktkrise, zyklischer Konjunkturkrise und der sektoralen Strukturkrise in der Holz- und Möbelindustrie hat zu einem erheblichen Einbruch der Wirtschaftsleistung geführt. Wenngleich die Holz/Möbelbranche vergleichsweise weniger stark getroffen ist als andere Branchen, so gilt auch für diesen Industriesektor in 2009: die Krise ist tief greifend, sie ist andauernd und sie wirkt sich weltweit aus. Entsprechend schlecht sind die wirtschaftlichen Aussichten in diesem Jahr. Der im vierten Quartal des letzten Jahres begonnene Einbruch der Branchenwirtschaft setzt sich offenbar über das erste Halbjahr 2009 fort. Den aktuellen Statistiken zufolge haben alle Teilbranchen im Holz/Möbelsektor mit unterschiedlich starken Umsatzrückgängen, sowohl im Inland und noch stärker im Außenhandel zu kämpfen. Zumindest was den Rest des Jahres anbetrifft, gehen die Arbeitgeber derzeit allerdings von einer wieder positiven Geschäftserwartung aus.

Umsätze brechen ein

Im Gesamtjahr 2008 stieg der Umsatz im Möbelsektor trotz der bereits schlechteren Zahlen aus dem 3. und 4. Quartal nochmals um 4,4 % auf fast 23,0 Mrd. Euro. Anders im laufenden Jahr 2009: Bereits in den ersten fünf Monaten summierte sich der Rückgang bei den neu getätigten Verkäufen auf minus 14%.

Abb. 1 Umsatzentwicklung Möbelindustrie Januar - Mai 2009

Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %



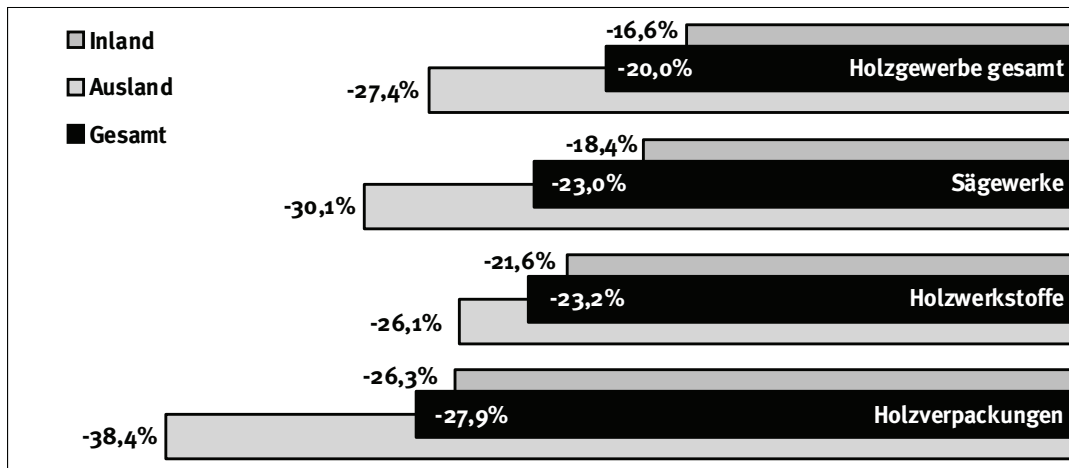
(Quelle: HDH/VDM, Wirtschaft kompakt, August 2009)

Seit Januar 2009 sind die Umsätze in allen Fachzweigen insgesamt rückläufig. Den größten Rückgang hatten die Büro- und Ladenmöbel mit minus 16,0 Prozent, gefolgt von der Sparte Wohnmöbel (-13,6%) und den Küchenmöblern (-12,9%). Während bei den Küchenmöbeln vor allem die Inlandsumsätze abstürzten, waren bei den anderen beiden Sparten die weg brechenden Auslandsumsätze für dieses schlechte Zwischenergebnis verantwortlich.

Für das Holzgewerbe (ohne Möbel) war schon die Startposition in das Jahr 2009 wesentlich ungünstiger. Hier stürzten die Umsätze – ausgehend von der langjährig erzielten Bestmarke aus 2007 in Höhe von 15,2 Mrd. Euro – bereits in 2008 regelrecht ab. Am Ende 2008 war der Jahresumsatz mit rd. 14,3 Mrd. Euro um 5,5 Prozent geringer als im Vorjahr. Die Umsatzrückgänge haben sich im laufenden Jahr in allen Holzsparten weiter beschleunigt. Das Minus bis Ende Mai 2009: rund 20 Prozent. Insbesondere die Lieferungen ins Ausland sind in dieser Teilbranche massiv eingebrochen.

Abb. 2 Umsatzentwicklung im Holzgewerbe Januar - Mai 2009

Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %



(Quelle: HDH/VDM, Wirtschaft kompakt, August 2009)

Besonders schlecht liefen die Geschäfte in der Säge- und Holzwerkstoffindustrie mit Umsatzrückgängen von jeweils rd. 23 Prozent. Dies ist nicht allein auf den Produktionsrückgang, sondern mehr noch auf die jetzt nachwirkenden Folgen aus den immensen Preiserhöhungen in 2006/2007 zurückzuführen. Noch stärker betroffen war die mit der Exportwirtschaft verbundene Verpackungssparte. In der Summe brachten die ersten fünf Monate hier einen Umsatzverlust von rd. 28 Prozent. Allein im Auslandsgeschäft wurden hier rd. 40 Prozent weniger Umsätze als im Vorjahreszeitraum getätigt.

Für die gesamte Holz- und Möbelindustrie hat sich die Negativentwicklung aus den letzten beiden Quartalen 2008 ins laufende Jahr übertragen. Statt der zunächst erwarteten Konjunkturdelle hat sich die Absatzkrise im In- und Ausland verfestigt. Die Wirtschaftskrise hat zeitversetzt spätestens mit Beginn des laufenden Jahres den Holz/Möbelsektor ebenso erreicht wie die meisten anderen Industriezweige der deutschen Exportwirtschaft zuvor. Allerdings sind die krisenbedingten Einbrüche in der Holz-/Möbelbranche weniger massiv wie in anderen Branchen – zum Beispiel im Maschinenbau oder in der Autoindustrie. Ein Grund mag sein, dass die Holz- und Möbelwirtschaft den Großteil ihrer Umsätze am Inlandsmarkt erzielt, wobei das Inlandsgeschäft trotz Einbußen bislang insgesamt besser abschneidet als das Exportgeschäft. Deshalb ist es auch von entscheidender Bedeutung, wie sich der Möbelkonsum in der Bevölkerung und damit der Absatz der Möbelindustrie in den kommenden Monaten entwickeln wird.

Investitionen werden weniger

In der aktuellen Krise werden die Investitionen zurück gefahren. Nach der letzten Konjunkturprognose des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) für 2009 soll die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft insgesamt im Jahresverlauf weiter sinken. Die Investitionsneigung hat sich der Umfrage zufolge gesamtwirtschaftlich verschlechtert. Die Saldo-Entwicklung aus „Besser“- und „Schlechter“-Einschätzungen der (insgesamt 7.000) befragten Unternehmen bewegt sich auf einem Tiefpunkt.

„Der abrupte Auftragsrückgang zum Jahresende 2008 hat die noch vor wenigen Monaten überdurchschnittlich expansiven Investitionspläne vieler Industrieunternehmen rapide gebremst. Die Unsicherheit über die Absatzperspektiven lässt das Risiko für viele Projekte derzeit als zu hoch erscheinen. Zudem haben sich die Kreditkonditionen verschlechtert – die Kosten zur Investitionsfinanzierung steigen damit. Angesichts des Nachfrageeinbruchs sehen sich die Unternehmen gezwungen, bereits geplante Investitionen auf Eis zu legen. Sie tätigen daher, wenn überhaupt, eher Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen.“²

Für die Holz/Möbelbranche ist das Investitionsklima zweigeteilt. Bezogen auf die Möbelindustrie hat sich der Investitionssaldo zum Jahresanfang 2009 mit minus 26 Punkten gegenüber Herbst 2008 (–27 Punkten) unwesentlich verbessert. Anders im Holzgewerbe: Hier war die Investitionsbereitschaft der Unternehmen mit minus 36 Punkten wesentlich schlechter als noch im Herbst 2008 mit minus 12 Punkten.

Arbeitsplätze und Beschäftigung in Gefahr

Wie schon bei den Investitionen so ist das wirtschaftliche Gesamtklima auch im Hinblick auf die Personalplanung und Beschäftigungsentwicklung in den Unternehmen von großer Skepsis geprägt. Danach muss in allen Industriezweigen mit einem Rückgang bei der Beschäftigung gerechnet werden. Auch hier gehen die Erwartungen für beide Teilbranchen auseinander. So wird die Lage im Holzgewerbe als besonders kritisch eingeschätzt. Im Frühjahr 2009 verschlechterte sich der zugehörige Saldo auf minus 44 Punkte (gegenüber minus 30 im Herbst 2008). Die Möbelindustrie konnte demgegenüber auch bei den Prognosen zur Arbeitsplatzentwicklung deutlich besser abschneiden. Im Vergleich zum Herbst 2008 verbesserte sich der Negativ-Saldo von minus 39 Punkte auf minus 30 Punkte. Folgt man diesen Prognosetrends für die Branche insgesamt, so besteht weiterhin die Gefahr,

² Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), *Auslandsinvestitionen in der Industrie, Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2009*

dass Arbeitsplätze in 2009 verloren gehen. Ausgehend von diesen Gesamttrends aus der Umfrage muss allerdings unternehmensbezogen differenziert werden, denn die gegenwärtige Krise trifft einzelne Betriebe höchst unterschiedlich. Insbesondere sind auch gegenläufige Konjunkturen in Teilbranchen und noch mehr in den Unternehmen selbst festzustellen. So gibt es Branchenunternehmen mit einer stabilen Firmenkonjunktur und voll ausgelasteten Betrieben. Insoweit bestehen unternehmensbezogen auch Chancen, dass das derzeitige Beschäftigungsvolumen – über das Gesamtjahr gesehen – gehalten werden kann.

1.2 Krisenbarometer Holz/Möbel für das 1. Halbjahr 2009

Der Blick auf die wirtschaftliche Branchensituation belegt: die Umsätze sind seit Jahresbeginn – wenn auch mit unterschiedlichen Veränderungsdaten in den einzelnen Monaten – insgesamt rückläufig. In der gesamten Holzindustrie (einschließlich Möbel) lagen die Umsätze in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres 16,5 Prozent unter denen des Vorjahres.

Tab.1 Wirtschaftliche Kennzahlen für die Holz/Möbelindustrie Jan. - Mai 2009
(Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigte)

| Januar – Mai 2009 | Umsatz | | Beschäftigte | | Betriebe | |
|------------------------------|------------------|----------------------------|---------------|----------------------------|------------|----------------------------|
| | (1.000 €) | Veränd. z. Vorjahr In % | (abs.) | Veränd. z. Vorjahr In % | (abs.) | Veränd. z. Vorjahr In % |
| Sägewerke | 1.130.856 | -23,0% | 11.333 | -1,0% | 89 | -2,4% |
| Holzwerkstoffe | 1.709.267 | -23,2% | 13.702 | -6,4% | 72 | -3,0% |
| Parketttafeln | 103.034 | -17,6% | 1.619 | -8,0% | 6 | 0,0% |
| Baunaher Bereich | 1.478.326 | -12,3% | 24.412 | -4,8% | 180 | -6,2% |
| Holzverpackungen | 187.954 | -27,9% | 3.126 | -2,1% | 41 | 6,2% |
| Andere Holzwaren | 236.940 | -18,0% | 3.925 | -7,9% | 34 | -7,7% |
| Holzgewerbe gesamt | 4.846.377 | -20,0% | 58.117 | -4,7% | 422 | -3,8% |
| Büro- und Ladenmöbel | 1.254.268 | -16,0% | 21.454 | 0,3% | 148 | -0,1% |
| Küchenmöbel | 1.478.994 | -12,9% | 14.881 | -0,5% | 58 | 0,7% |
| Matratzen | 310.418 | -10,2% | 4.128 | -5,2% | 33 | -0,6% |
| Wohnmöbel | 3.257.904 | -13,6% | 51.577 | -3,9% | 314 | -1,8% |
| Möbelindustrie gesamt | 6.301.584 | -13,8% | 92.041 | -2,5% | 553 | -1,0% |
| Holzindustrie gesamt | 11.500.934 | -16,5% | 157.763 | -3,3% | 1.030 | -2,2% |

(Quelle: Statistisches Bundesamt, HDH/VDM)

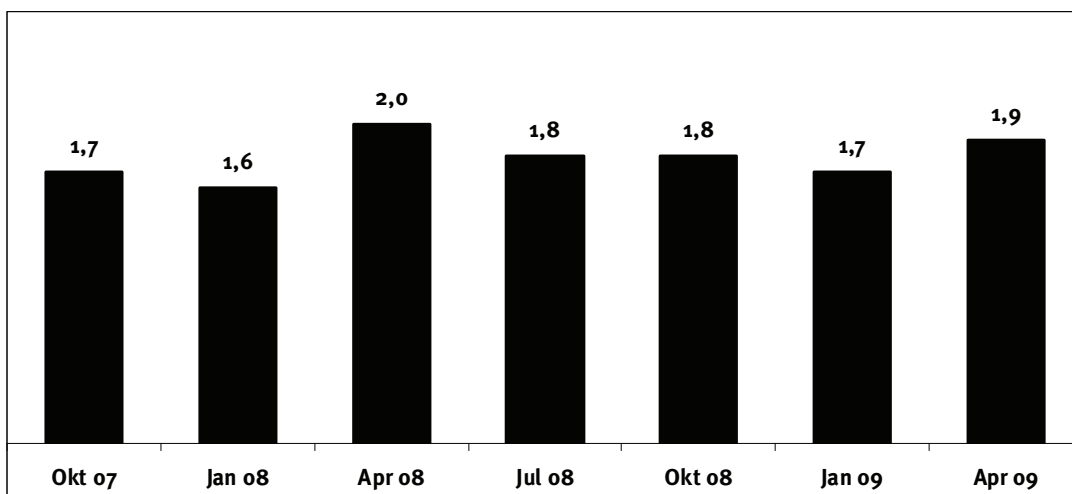
Auftragstief überwunden

Der Auftragseingang, einer der wichtigsten betriebswirtschaftlichen Frühindikatoren, ist seit dem dritten Quartal 2008 rückläufig. Im Holzgewerbe gab es nach Rückgängen von minus 3,4 Prozent (im 3.Quartal 2008) im Folgequartal bereits 10,5 Prozent weniger Aufträge gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Auch in der Möbelindustrie sind die Neuaufträge bereits in 2008 deutlich eingebrochen. Der Auftragsrückgang war hier schon im August des letzten Jahres um 8,6% geringer als im Vergleichsmonat aus 2007. Im Dezember 2008 betrug die Gesamtausfälle bereits minus 13,6 Prozent. Insbesondere die Bestellungen aus dem Ausland sind in beiden Branchen drastisch eingebrochen. Allein im Dezember 2008 war der Auftragsverlust hier jeweils doppelt so groß wie der Rückgang im Inland. Während die inländische Möbelorder in diesem Monat um 10,4 Prozent zurückging lag der Einbruch im Auslandsgeschäft bereits bei minus 22,6 Prozent. Im Holzgewerbe war diese Differenz noch größer. Hier sanken die Aufträge aus dem Inland um 6,5 Prozent und die aus dem Ausland um dreimal so hohe 20,1 Prozent.

Bezogen auf das Gesamtjahr 2008 verlor das Holzgewerbe 3,0% und die Möbelindustrie 13,9% der Aufträge gegenüber dem Vorjahr.

Die auftragsbezogene Auslastung der Möbelindustrie ist sektorspezifisch und mehrjährig betrachtet als eher gering einzustufen. Große Schwankungsbreiten sind hier nicht gegeben. Selbst im letzten Konjunkturzyklus 2007/2008 war die durchschnittliche Auftragsbestand in keinem Zeitabschnitt höher als 2 Produktionsmonate.

Abb. 3 Möbelindustrie: Auftragsbestand (in Produktionsmonaten)



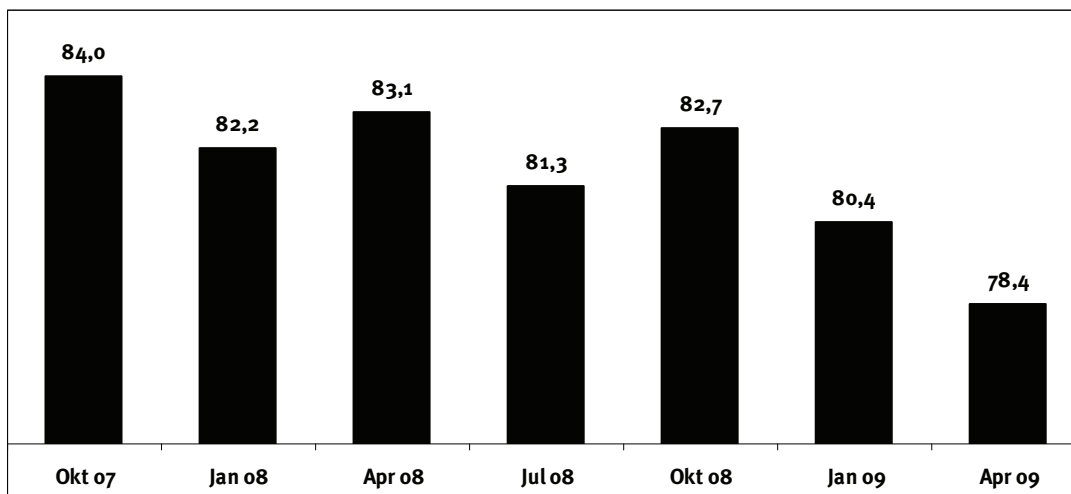
(Quelle. Möbelkultur 05-2009)

So gesehen hat sich das Auftragspolster im April 2009 mit 1,9 Monaten Vorlauf im Vergleich zum Januar (1,7 Monate) sogar wieder vergrößert. Ob diese Entwicklung bereits einen stabilen Aufwärtstrend ausdrückt, ist offen, da fortlaufende Angaben zur Auftragsentwicklung in den Unternehmen nicht mehr dokumentiert werden. Durch Änderungen in der amtlichen Statistik werden die monatlichen Auftragseingänge in den Unternehmen vom Statistischen Bundesamt in 2009 nicht mehr separat erfasst.

Die Produktion ist immer weniger ausgelastet

Ein Blick auf die Auslastung der Produktionskapazitäten verweist auf die schlechter gewordene Situation in den Betrieben. Die Kapazitäten sind weniger ausgelastet, weil die Produktion sinkt. Seit Oktober 2008 ist der durchschnittliche Auslastungsgrad in der Produktion beständig gesunken: zuletzt von 83 Prozent im Januar auf nur noch 78 Prozent im April 2009.

Abb. 4 Möbelindustrie: Kapazitätsauslastung in % der Vollausslastung

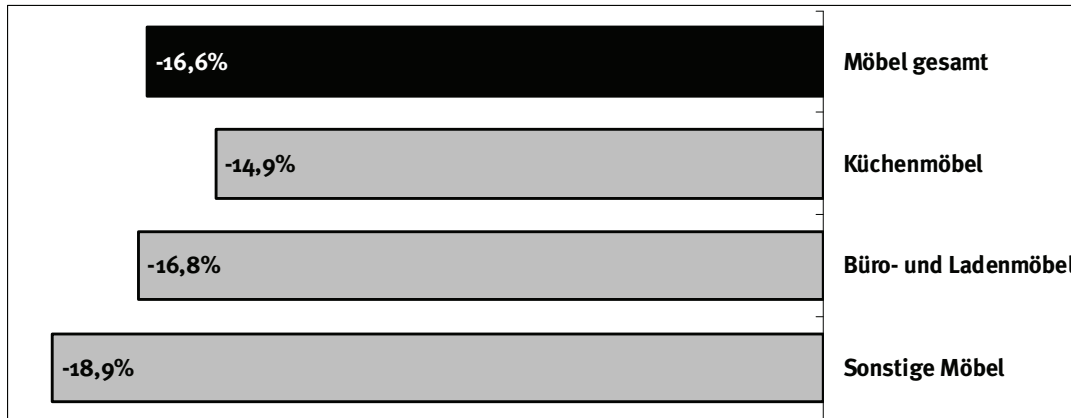


(Quelle. Möbelkultur 05-2009)

Die Produktion sinkt

Weniger Absatz, Produktionsabstellungen und Kurzarbeit bewirken in der Summe, dass die Produktion sinkt – im 1. Quartal 2009 um minus 16,6 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Abb. 5 Möbelindustrie: Rückgang der Nettoproduktion (im 1. Quartal 2009)



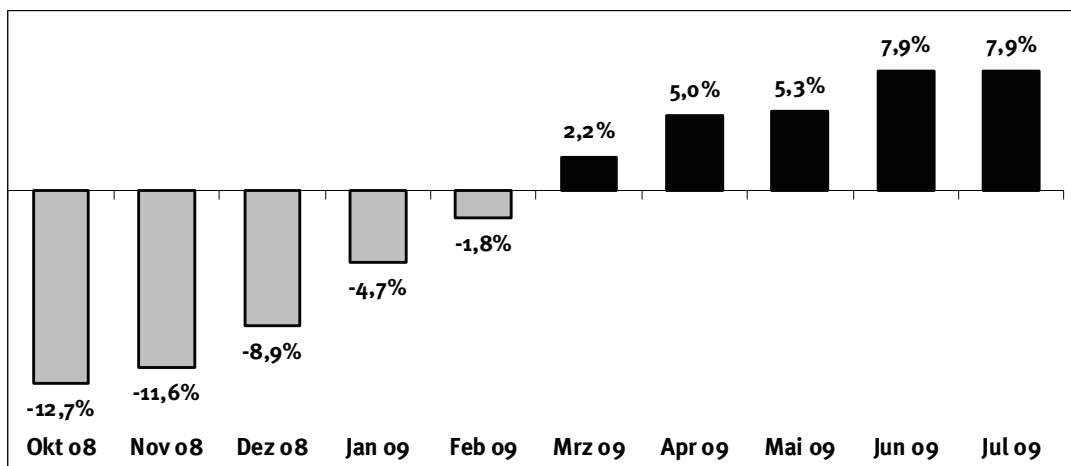
(Quelle: Möbelkultur 06-2009)

Bezogen auf die jeweiligen Fachzweige ist erkennbar, dass die Küchenmöbelindustrie in den ersten drei Monaten noch vergleichsweise gut abschneidet – vielleicht auch deshalb, weil hier die Einbrüche im Exportgeschäft zu Beginn des Jahres weniger stark waren.

Die Krise erreicht den Arbeitsmarkt

Spätestens seit dem Jahresanfang 2009 ist erkennbar, dass die Wirtschaftskrise in der Gesamtwirtschaft auf den allgemeinen Arbeitsmarkt durchschlägt. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt.

Abb. 6 Veränderung der Arbeitslosenzahl zum Vorjahresmonat in %



(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Das seit 2008 rückläufige Arbeitsvolumen hat in einem ersten Schritt dazu geführt, dass Leiharbeit in den Unternehmen abgebaut und die vollen Arbeitszeitkonten aus den Vormonaten inzwischen geleert worden sind. Solcherart Maßnahmen sind auch in der Holz/Möbelbranche umgesetzt worden. In vielen Betrieben sind die Flexibilisierungsmaßnahmen heute allerdings weitgehend ausgeschöpft.

Steigende Kurzarbeit

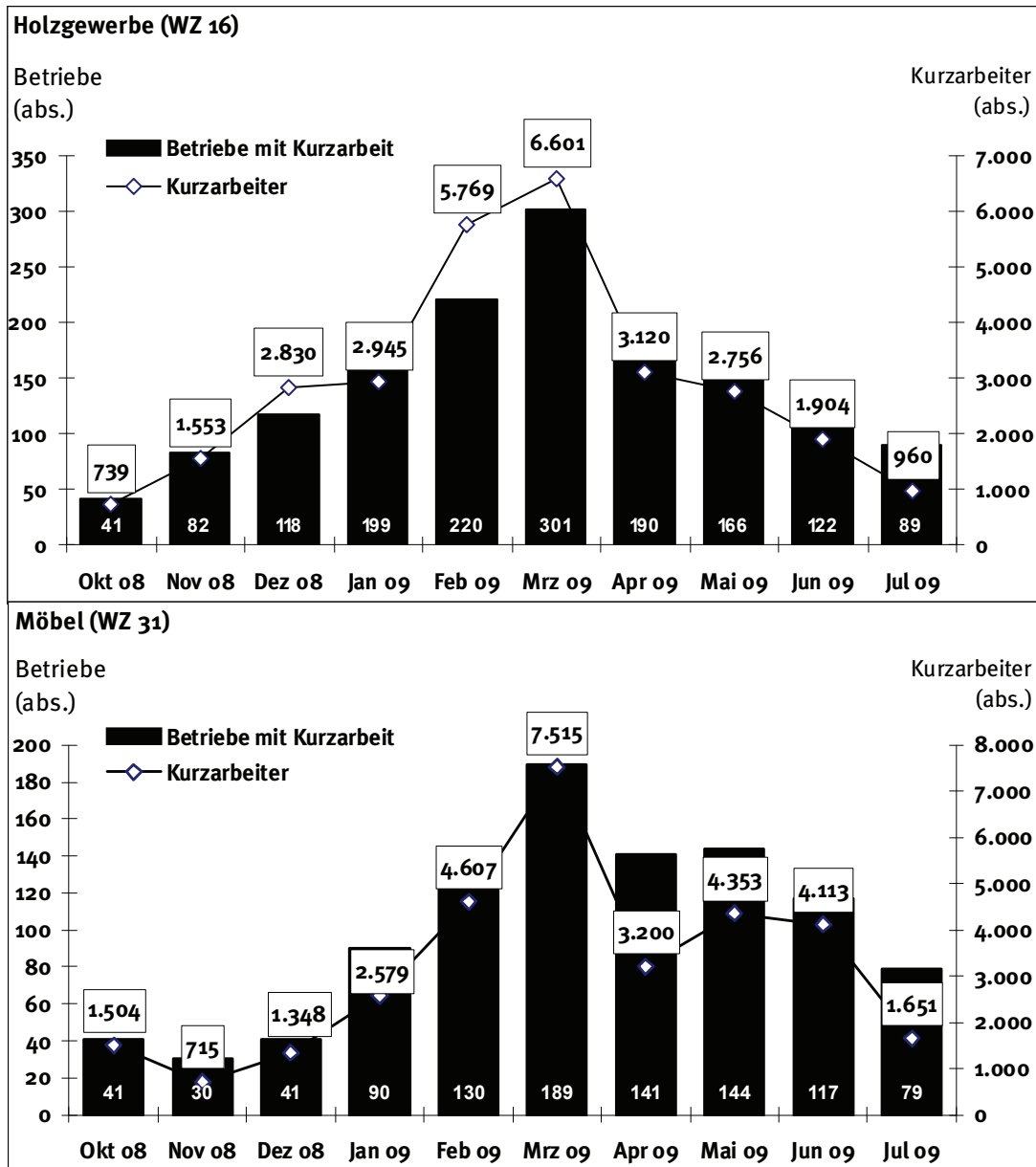
Derzeit wird ein erheblicher Teil des fehlenden Arbeitsvolumens durch Kurzarbeit aufgefangen. Im März 2009 befanden sich in Deutschland bereits 1,25 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit. Gegenüber dem Januar 2009 bedeutet dies einen Anstieg um rd. 734.000 Beschäftigte. Über den Sommer wird sich deren Zahl auf dann vermutlich über 1,4 Millionen weiter erhöhen.

Von allen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten hat das der Kurzarbeit in den letzten Monaten den größten Bedeutungswandel erfahren. „Wir sind schon in Kurzarbeit“ – das war schon im letzten Jahr das untrügliche Zeichen für eine betriebliche Schiefelage. Wenn es heute heißt „Wir haben noch keine Kurzarbeit“, so gilt dies als ein Indiz dafür, dass der Betrieb beschäftigungspolitisch stabil ist. Und wenn gesagt wird „Wir können die Kurzarbeit noch eine Weile halten und auch noch ausweiten“, dann ist dies oftmals ein Hinweis, dass noch genügend Potenzial als Schutz vor Entlassungen da ist. Insoweit ist der konkrete Umfang von Kurzarbeit derzeit ein wichtiger Indikator für die Krisenbetroffenheit einer Branche und eines Unternehmens.

Die Monatsstatistik der Bundesagentur für Arbeit über die jeweils neu angemeldete Kurzarbeit spiegelt den wirtschaftlichen Krisenverlauf in den Unternehmen. Sowohl in der Holz- wie auch in der Möbelbranche waren die Monate Februar und März 2009 der Zeitraum mit den höchsten Meldezahlen. Dies waren zugleich die Monate mit den größten Umsatzrückgängen im bisherigen Jahresverlauf. Allein im März 2009 stieg die Zahl der Neuanträge in beiden Branchen auf zusammen rd. 500 Betriebe und die Zahl der von Kurzarbeit Betroffenen auf 14.100. Im Juli gab es dann erstmals einen deutlichen Rückgang bei den Meldezahlen.

Abb. 7 Monatsanzeigen zur Kurzarbeit Okt. 2008 - Juli 2009

(alle Betriebe / nur Wirtschaftlich bedingte Kurzarbeit gem. § 170 SGB III)



(Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Kurzarbeit (KUG) nach dem SGB III)

Nach der letzten Bestandsstatistik zur Kurzarbeit³ befanden sich im März 2009 17.262 Beschäftigte der Holz- und Möbelindustrie in Kurzarbeit. Im Dreimonatszeitraum von Januar-

³ Betriebe, die Kurzarbeit eingeführt haben, müssen gemäß § 320 Abs. 4 SGB III, nach Ablauf eines Quartals bei der für sie zuständigen Arbeitsagentur Betriebsmeldungen für jeden Kalendermonat einreichen, in dem Kurzarbeit stattfand. Aus diesem Grund werden die Ergebnisse über den Bestand an Kurzarbeitern für die Monate April bis Juni 2009 (endgültige Daten) voraussichtlich erst zum 1. September 2009 publiziert.

März hat sich die Zahl der Kurzarbeiter ausgehend von 8.301 im Januar mit einer Zunahme von 8.961 insgesamt mehr als verdoppelt. 10.725 Kurzarbeiter (62%) hatten einen kurzarbeitsbedingten Arbeitsausfall von bis zu 25 Prozent der betriebsüblichen Arbeitszeit und weitere 4.770 Beschäftigte (28%) arbeiteten im März zwischen 25 und 50 Prozent weniger als zuvor.

Tab. 2 Kurzarbeiter insgesamt und nach Grad des Arbeitsausfalls

(nur Betriebe mit wirtschaftlich bedingter Kurzarbeit gem. § 170 SGB III)

| Holz/Möbel | Kurz- arbeiter Insgesamt | mit einem Arbeitsausfall von ... % der betriebsüblichen Arbeitszeit | | | | | Vollzeit- äquiva- lent | Durch- schnittl. Arbeits- ausfall (%) |
|--|--------------------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------------------|-----|------------------------------|---|
| | | bis 25 | über 25 bis 50 | über 50 bis 75 | üb. 75 bis unter 100 | 100 | | |
| Monat | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| WZ 16 Herstellung von Holz-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel) | | | | | | | | |
| Okt 08 | 1.104 | 588 | 387 | 103 | 25 | - | 335 | 30,4 |
| Nov 08 | 1.969 | 1.118 | 695 | 110 | 23 | 23 | 568 | 28,8 |
| Dez 08 | 2.771 | 1.610 | 951 | 135 | 57 | 18 | 790 | 28,5 |
| Jan 09 | 5.554 | 2.143 | 2.255 | 375 | 410 | 371 | 2.183 | 39,3 |
| Feb 09 | 8.126 | 3.573 | 3.127 | 558 | 422 | 446 | 2.960 | 36,4 |
| Mrz 09 | 10.267 | 5.494 | 3.468 | 663 | 198 | 444 | 3.293 | 32,1 |
| WZ 31 Herstellung von Möbeln | | | | | | | | |
| Okt 08 | 3.497 | 2.311 | 1.079 | 69 | 30 | 8 | 886 | 25,3 |
| Nov 08 | 2.546 | 1.659 | 719 | 125 | 35 | 8 | 677 | 26,6 |
| Dez 08 | 1.999 | 1.536 | 364 | 44 | 47 | 8 | 482 | 24,1 |
| Jan 09 | 2.747 | 1.977 | 643 | 81 | 20 | 26 | 681 | 24,8 |
| Feb 09 | 4.551 | 3.256 | 994 | 230 | 34 | 37 | 1.153 | 25,3 |
| Mrz 09 | 6.995 | 5.231 | 1.302 | 339 | 58 | 65 | 1.731 | 24,7 |

(Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Kurzarbeit (KUG) nach dem SGB III)

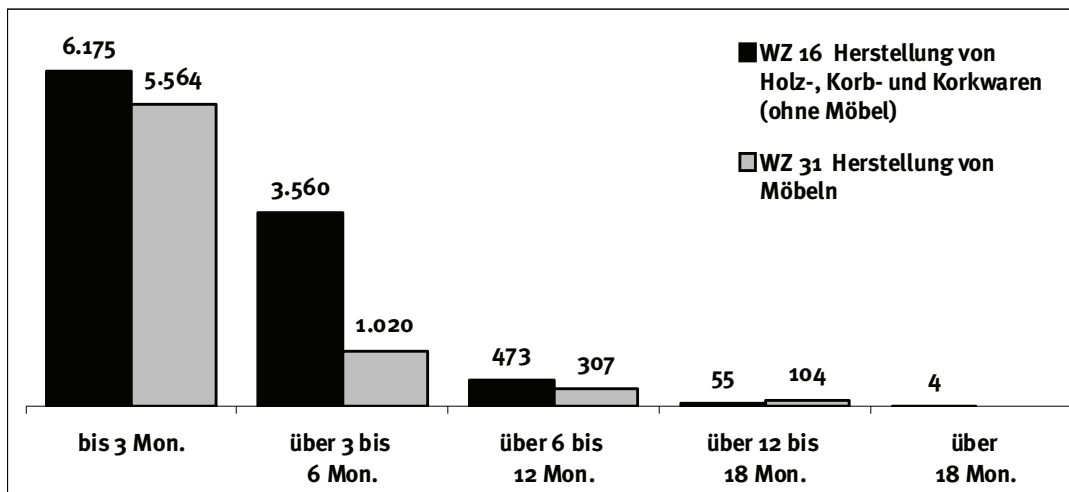
Kurzarbeit wird in der Holz/Möbelbranche vor allem als Kurzzeitmaßnahme zur Überbrückung von Arbeitsengpässen angewendet. Bezogen auf die Bestandsstatistik für den Monat März lag die gemeldete Dauer der Kurzarbeit für 94,5 Prozent der Kurzararbeitenden (16.319 Beschäftigte) unter 6 Monate. Für 68 Prozent (11.739 Beschäftigte) war Kurzarbeit für die Dauer von bis zu 3 Monaten angemeldet worden. Die in 2009 zeitlich verlängerte Kurzarbeit von bis zu 24 Monaten wurde von den Unternehmen in der Branche Holz/Möbel bislang kaum beansprucht. Für weniger als 1 Prozent der Betroffenen galt im März 2009 die längere Kurzarbeit von 12 bis 24 Monate.

Das maximale zeitliche Volumen von Kurzarbeit wird von den Holz-/Möbel-Unternehmen derzeit längst noch nicht ausgeschöpft. Die beschäftigungspolitischen Alternativen, um

Arbeitsplätze zu erhalten und um Entlassungen zu vermeiden, sind demnach immer noch für längere Zeit vorhanden.

Abb. 8 Kurzarbeiter im März 2009 nach der Dauer der Kurzarbeit

(nur Betriebe mit wirtschaftlich bedingter Kurzarbeit gem. § 170 SGB III)



(Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Kurzarbeit (KUG) nach dem SGB III)

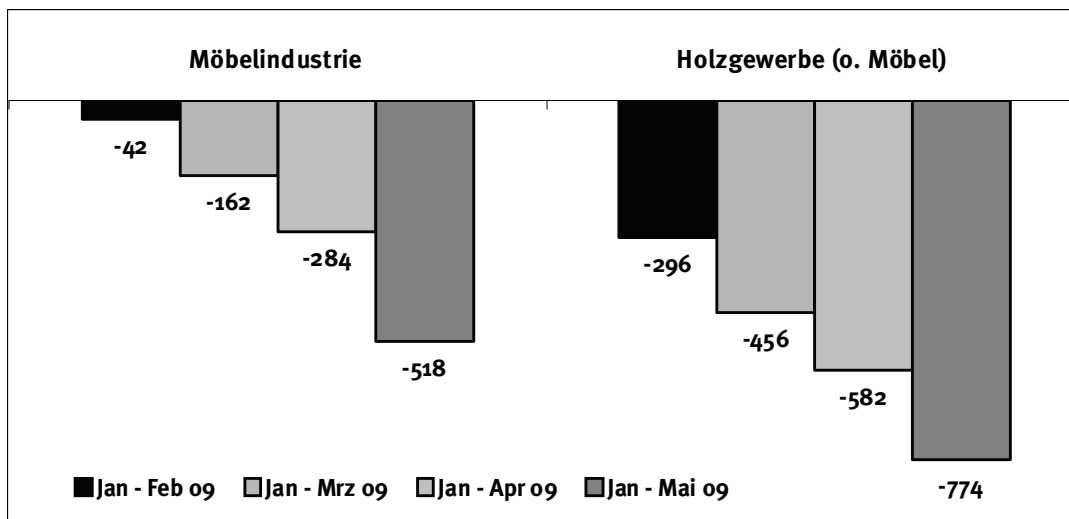
Das Instrument der Kurzarbeit ist die zur Zeit wirksamste strukturpolitische Maßnahme zur Stützung der Arbeitsplätze und damit zur Verhinderung von betriebsbedingten Entlassungen. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass Kurzarbeit für jeden davon Betroffenen mit erheblichen materiellen Einbußen verbunden ist. Für Kurzarbeitende bedeutet dies in der Regel eine Verringerung der Arbeitseinkommen um rd. 40 Prozent, bezogen auf die wegfallende Arbeitszeit. Bei zur Zeit etwa 1,4 Millionen Arbeitnehmern in Kurzarbeit hat die Wirtschaftskrise den Beschäftigten schon bis heute Einkommensverluste in Milliardenhöhe gebracht. Je länger die Kurzarbeit andauert, desto weniger gelingt es den Betroffenen, den privaten Lebensstandard für sich und ihre Familien zu halten. Insoweit gibt es schon heute eine Vielzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die zu den Verlierern dieser Krise zählen.

Aus der Position der Beschäftigungssicherung ist die verlängerte Kurzarbeit der wichtigste Stabilisator für den Erhalt von Arbeitsplätzen in den von der Krise besonders stark betroffenen Branchen und Unternehmen. Deshalb gibt es zur Kurzarbeit derzeit keine beschäftigungspolitische Alternative. Fraglich ist jedoch, ob die auf langfristige Beschäftigungssicherung abzielenden Komponenten aus der Kurzarbeit von den Unternehmen auch tatsächlich und umfassend genutzt werden. So werden die Möglichkeiten zur Qualifizierung als Langfristmaßnahme zur Beschäftigungssicherung bislang nicht ausreichend angewendet. Und dies, obwohl die Rahmenbedingungen für Unternehmen erheblich erleichtert wur-

den und die Fördergelder so hoch wie nie zuvor sind. Trotz dieser Anreize lief die Qualifizierung in den Betrieben in den ersten Monaten 2009 nur schleppend an. „Die Zeit wird knapp. Wir dürfen nicht auf die Arbeitgeber warten. Die Betriebsräte müssen selbst Qualifizierung anschieben“, sagt Klaus Heimann, Bereichsleiter Qualifizierung beim IG Metall Vorstand. „So günstig wie jetzt wird Qualifizierung nie wieder. Da müssen die Beschäftigten zugreifen – um ihre eigenen Chancen zu verbessern.“

Neben der ausgeweiteten Kurzarbeit hat es – wie in der gesamten Industrie – auch in der Branche Holz/Möbel bereits sehr früh eine erste „Entlassungswelle“ bei der Leiharbeit und zuletzt auch bei den befristet Beschäftigten gegeben. Die Stammebelegschaften sind bislang von Entlassung vergleichsweise wenig betroffen. Dennoch hat es in beiden Sektoren in den letzten Monaten einen Beschäftigungsrückgang gegeben.

Abb. 9 Beschäftigungsrückgang Januar – Mai 2009
(Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten)



(Quelle: Statistisches Bundesamt, HDH/VDM)

Im Zeitraum von Januar bis Mai 2009 sind insgesamt rd. 1.300 Arbeitsplätze verloren gegangen. Danach hat sich die Beschäftigung im Möbelsektor um 518 Stellen und im Holzgewerbe um 774 Plätze verringert.

Die betriebliche Flexibilisierung der Arbeitsorganisation und vor allem das stützende Instrument der verlängerten Kurzarbeit scheinen in dieser Krise insgesamt dennoch besser zu wirken, als dies in vorangegangenen Rezessionen der Fall war. Dies gilt nicht allein für die Branche Holz/Möbel, sondern gerade auch im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Krisenbewältigung.

Bleibt die Frage, wie lange die Unternehmen in Deutschland an dieser Praxis festhalten werden. Gewerkschafter – so der IGM Bezirksleiter von NRW Oliver Burkhard – befürchten, „dass viele Firmen nur noch die Sommerpause abwarten, bis sie Kündigungen hinausschicken“ und „dass dann die Stammebelegschaften zusammengestrichen werden.“⁴

Mit diesem „Umschwenken“ in Richtung Personalabbau droht sich der Konflikt um die „richtige“ Strategie zu verschärfen. Der IG Metall Vorsitzende Berthold Huber kritisierte: „Die Kassandrarufer der Metallarbeitgeber helfen jetzt in der Krise nicht weiter. Gefragt ist jetzt der Blick auf die kommenden vier und mehr Jahre und nicht hektische Reaktionen in den nächsten vier oder fünf Monaten. Die Beschäftigten erwarteten, auch in der Krise fair behandelt zu werden.“⁵

Droht jetzt also – nach dem ersten Entlassungsschub bei Leiharbeitern und befristet Beschäftigten – eine zweite Phase mit dem Abbau von Stammebelegschaften? Die Meldungen über geplante oder schon durchgeführte Personalabbaumaßnahmen in der Branche sind zuletzt mehr geworden. Der Küchenmöbler SieMatic hat im Mai die Entlassung von weiteren 80 Beschäftigten eingeleitet. Andere Unternehmen ziehen nach. So der Wohnmöbelhersteller Interlübke: 28 der hier insgesamt 313 Beschäftigten wurden im Juni betriebsbedingt gekündigt. Ebenso beim Büromöbelhersteller König & Neurath. Hier wurden jetzt 54 Stellen gestrichen.

10.06.2009. Siematic baut 80 Arbeitsplätze ab. Heimischer Küchenhersteller begründet Entlassungen mit sinkenden Auslandsumsätzen

Löhne (nw/jn/indi). Die Entlassungen bei SieMatic gehen in die nächste Runde. Nachdem der heimische Produzent von Premium-Küchen bereits im Januar angekündigt hatte, 26 betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen, fallen jetzt weitere 80 Arbeitsplätze weg. Betroffen davon ist nach Auskunft des Unternehmens auch der Standort Löhne. (...) Vor der ersten Kündigungswelle Anfang des Jahres waren hier noch 450 Mitarbeiter beschäftigt.

Siematic-Geschäftsführer Ulrich W. Siekmann und IG Metall-Vertreter Andreas Bilz (Herdorf) äußerten übereinstimmend: „Die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise treffen die Küchen-Möbelindustrie, insbesondere aber die Hersteller von Premium- und Luxusküchen, härter als erwartet.“ Siekmann ergänzte: „Wie andere exportorientierte Unternehmen mit einem hohen Auslandsanteil am Umsatz profitieren wir überproportional von

⁴ Zitiert nach WirtschaftsWoche vom 20.07.2009 (aus Artikel: Wann kommt die Flut? – Kurzarbeit und dann?)

⁵ IG Metall Vorstand, Pressemitteilung Nr.54/2009 vom 22.07.2009

einer guten weltweiten Entwicklung, spüren aber auch besonders deutlich, wenn internationale Märkte zurückgehen.“

Gewerkschaftsvertreter Bilz sagte: „Wir bedauern natürlich jeden Arbeitsplatz, der jetzt verloren geht. Es ist aber leider eine Tatsache, dass Siematic genauso die Folgen der weltweiten Krise zu spüren bekommt wie alle anderen auch.“ Bilz äußerte sich zuversichtlich, dass die betroffenen 80 Arbeitsplätze bei Siematic nicht sämtlich durch betriebsbedingte Kündigungen wegfallen: „Die Geschäftsleitung und die IG Metall versuchen jetzt gemeinsam, so viele sozial verträgliche Ausstiege wie möglich zu erreichen.“ (...)

Der Siematic-Geschäftsführer geht für die Branche in diesem und wohl auch für das nächste Jahr von einem spürbaren Umsatzrückgang aus, insbesondere im oberen Drittel des Marktes. Er sagte: „Wir sind jedoch zuversichtlich, dass das Unternehmen SieMatic mit den Anpassungsmaßnahmen deutlich gestärkt aus der Krise hervorgehen wird.“ Einen hoffnungsvollen Blick nach vorn warf auch Gewerkschaftsvertreter Andreas Bilz: „Soweit wir es bei der IG Metall beurteilen können, ist das jetzt für die überschaubare Zukunft das Ende der schlechten Nachrichten bei Siematic.“

(Quelle: Neue Westfälische vom 10.06.2009)

Im Holzwerkstoffsektor hat der Pfeleiderer-Konzern Anfang Juli die Streichung von etwa 200 Stellen angekündigt. Andere Holzwerkstoffhersteller werden vermutlich nachziehen. Im Unterschied zur Situation in der Möbelindustrie wird in der Holzwerkstoffindustrie nicht nur über Personalabbau, sondern gar über die Schließung ganzer Standorte gesprochen.

Ein Grund für dieses radikale Vorgehen sind die in den letzten Jahren aufgebauten Überkapazitäten bei Holzwerkstoffen mit der Folge fallender Umsätze und aktuell sinkender Preise. Die zuletzt in 2006/2007 realisierten kräftigen Preisanstiege in allen Sortimenten und insbesondere bei Spanplatten sind in der gegenwärtigen Krise nicht zu halten. Das Überangebot bei Platten und die reduzierte Nachfrage bewirken deshalb, dass die Preise beständig nach unten gehen. Hinzu kommt, dass Holzwerkstoffhersteller aus dem umliegenden Europa derzeit mit niedrigeren Preisen auf den deutschen Markt ausweichen, was die Lage insgesamt weiter verschlechtert. Die gegenwärtige Markt- und Absatzkrise wirkt damit als Verstärker für langfristig entstandene, strukturelle Probleme in der wirtschaftlichen Ausrichtung der Holzwerkstoffindustrie. Die größer werdenden Spannungen in dieser Teilbranche sind deshalb zu einem gewissen Teil auch das Ergebnis von Fehlern in der wirtschaftlichen Branchenausrichtung, die sich in der Konjunkturkrise weiter beschleunigen.

Dass auch unter den aktuell schlechter gewordenen Bedingungen betriebliche Regelungen gegen den Arbeitsplatzabbau und für den Erhalt von Beschäftigung erfolgreich durchgesetzt werden können, beweist das Beispiel der Kolleginnen und Kollegen beim Büromö-

belhersteller Haworth. Unter der Überschrift „Entlassene haben Rückkehrrecht“ meldete die „metallzeitung“ am 8. August 2009:

Krise hin, Krise her: Der Kampf gegen Job-Abbau kann auch in dieser Zeit erfolgreich sein – vorausgesetzt, eine Belegschaft ist zum Äußersten entschlossen. Wie die des US-Büromöbelherstellers Haworth im münsterländischen Ahlen (360 Beschäftigte). Erst nachdem die Urabstimmung gelaufen und der Streik beschlossene Sache war, konnten Betriebsrat und IG Metall einen akzeptablen Interessenausgleich und Sozialplan durchsetzen. Deren Quintessenz: Die Zahl der Kündigungen wurde fast halbiert, die Höhe der Abfindung fast verdoppelt. Es sollte ursprünglich nur eine Abfindung von 35 Prozent des Monatsentgelts pro Beschäftigungsjahr geben, jetzt sind es 65 Prozent. Die 54 (statt 92) Entlassenen können für 12 Monate in eine Transfergesellschaft wechseln. Ihr Transferkurzarbeitergeld wird von 60 oder 67 Prozent des letzten Nettoentgelts um 20 Prozentpunkte aufgestockt. Mehr noch: Sollte sich der Auftragseingang von Haworth in den nächsten vier Quartalen verbessern, werden schrittweise bis zu 33 Ex-Mitarbeiter wieder eingestellt.

(Aus: metalzeitung, Jg. 61 Nr. 8 August 2009, S. 29)

Diese aktuellen Meldungen aus der Branche lassen erkennen, dass die Fragen des Erhalts von Arbeitsplätzen und die der perspektivischen Beschäftigungssicherung im zweiten Halbjahr 2009 voraussichtlich an Brisanz zulegen werden. Für die gewerkschaftliche und betriebliche Vertretung von Arbeitnehmerinteressen bedeutet dies zunächst einmal, dass der Ausbau der Sicherungsinstrumente – Weiterführung der Kurzarbeit in allen Varianten, die Abschmelzung noch vorhandener Zeitkonten, der Verzicht auf temporäre Überstunden – weiter betrieben werden muss. Neben den Instrumenten der Beschäftigungssicherung in akuten betrieblichen Krisenfällen muss jetzt die Diskussion über weitere Arbeitszeitverkürzungen begonnen werden.

Hier sind neue Ideen der Arbeitszeitverkürzung gefordert, die den Arbeitsmarkt wirksam beeinflussen können, wie u.a. die befristete Förderung von kollektiver Arbeitszeitverkürzung oder von freiwilliger Teilzeit. Diese Formen könnten für Qualifizierungsprogramme genutzt werden, wie es sie z. Bsp. in einigen skandinavischen Ländern gibt.

Branchenpolitisch und aus Sicht der Beschäftigten gibt es keine Alternative, als für den Erhalt eines jeden Arbeitsplatzes zu kämpfen. Und dies insbesondere aus zwei Gründen: Zum Einen zeigen frühere Krisenverläufe, dass einmal abgebaute Arbeitsplätze branchenweit auf Dauer verloren bleiben. Nach jeder Krise ist die Branche beschäftigungspolitisch schwächer geworden. Zum Anderen geht es darum, dass Unternehmen, die in den letzten Jahren deutlich bessere Gewinne gemacht haben, ihre Sozial- und Beschäftigungsverantwortung in der Krise beweisen müssen. Krisenbewältigung durch Entlassungen darf hier keine Option sein. Im Sinne des Erhalts von Arbeitsplätzen muss von den Unternehmen

verlangt werden, dass sie die wirtschaftliche Krise beschäftigungspolitisch überbrücken – auch auf Kosten zeitweilig fehlender Gewinne.

Jetzt durchgeführte Entlassungen bewirken eine weitere Machtverschiebung zugunsten der Kapitalinteressen und damit die Schwächung der Positionen betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung in der Zukunft. Derzeit kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zum Kalkül langfristig operierender Unternehmen gehört, sich mit Verweis auf die Krisenlasten jetzt von Teilen ihrer Stammbeslegschaften zu trennen, um sowohl kurz- wie langfristig Personalkosten einzusparen. Dieses „Geschäftsmodell“ schließt dann die strategische Option ein, die jetzt wegfallenden Stammarbeitsplätze bei sich verbessernder Konjunkturlage aus dem Reservoir der Leiharbeit wieder zu besetzen. Die Gefahren aus dem rückläufigen Leiharbeitereinsatz für die Stammbeschäftigung würden dann in die Betriebe zurückkehren mit der Wirkung, das der Druck auf die verbliebenen, regulär Beschäftigten erneut ansteigen würde. Selbst wenn der Umfang der Leiharbeit in der Branche Holz/Möbel im Durchschnitt geringer war, als in anderen Industriezweigen, ist nicht auszuschließen, dass dieser Trend hin zu mehr Leiharbeit in der Zukunft auch auf diese Branche übergreift. Wie immer gilt dann: Ist der Anfang in einem Unternehmen gemacht, folgen andere sehr schnell diesem „Muster“ nach.

Ein weiterer Aspekt gewinnt in diesem Zusammenhang an Bedeutung: Die Unternehmen haben in den letzten Monaten erfahren, wie leicht es ist, sich von Leiharbeitnehmern zu trennen. Oftmals geschah dies von heute auf morgen, ohne Sozialplanverhandlungen, ohne Abfindungen und ohne Interventionsmöglichkeiten für Betriebsräte. Auf solcherart Vorteile werden viele Betriebe, die schon Leiharbeiter-„Erfahrung“ haben, in der Zukunft kaum mehr verzichten wollen. Das lautlose Verschwinden der Leiharbeitnehmer aus den Einsatzbetrieben wird von der Verleihbranche geradezu als Aktivposten für diese Arbeitsform hervorgehoben. Die Leiharbeitsfirmen rechnen schon heute damit, dass bei steigendem Personalbedarf künftig noch stärker auf Leiharbeit zurückgegriffen wird. Große Verleiher nennen eine Zahl von über einer Million erwarteter Leiharbeitnehmer für den Fall, dass die Konjunktur wieder anspringt. Die Probleme aus der Leiharbeit und der davon ausgehende Druck auf die Stammbeslegschaften sind mit diesem Krisenverlauf nicht automatisch oder für immer verschwunden. Das Thema „Leiharbeit“ wird spätestens mit dem konjunkturellen Aufschwung in die Betriebe zurückkommen. Das könnte dann auch in der Holz/Möbelindustrie zu Problemen führen. Die betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen müssen deshalb die hieraus entstehenden Veränderungen schon heute betriebspolitisch „mitdenken“, damit ihre strategische Position am Ende dieser Krise nicht schwächer ist und ihr Einfluss auf die Gestaltung der Beschäftigung und der betrieblichen Standards langfristig gewahrt bleibt.

1.3 Eine vorläufige Zwischenbilanz

Die aktuelle Konjunkturkrise hat die Branche im bisherigen Jahresverlauf heftiger getroffen als zunächst erwartet. Allerdings sind die krisenbedingten Einbrüche in der Holz-/ Möbelbranche geringer als in anderen Branchen – zum Beispiel im Maschinenbau oder in der Autoindustrie. Ursache ist, dass die Holz- und Möbelwirtschaft den Großteil ihrer Umsätze am Inlandsmarkt erzielt, wobei das Inlandsgeschäft trotz Einbrüchen bislang insgesamt besser abschneidet als das Exportgeschäft.

Die ab Jahresbeginn 2009 eingetretenen branchenwirtschaftlichen Verschlechterungen haben bei den (dauer-)optimistischen Verbandsvertretern zu einer weitergehenden Ernüchterung geführt. Diese haben ihre Jahresprognosen inzwischen nochmals nach unten korrigieren müssen, aber an dem „Prinzip Hoffnung“ wird unverändert festgehalten.

„Vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise kann sich die deutsche Möbelindustrie nach wie vor behaupten. (...) Nachdem in den beiden ersten Monaten dieses Jahres erwartungsgemäß Umsatzrückgänge von zusammen 17,8 Prozent verzeichnet wurden, sind die Tendenzen für März, April und Mai wieder besser. (...) Insgesamt besteht kein Grund zum Schwarzsehen, denn wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass die Verbraucher im Inland gerade in dieser Wohlfühlkrise auch in den kommenden Monaten weiter in die eigenen vier Wände und damit in Möbel investieren werden. Zum Glück lassen sich die Bundesbürger vom derzeitigen Krisengeschrei nicht anstecken.“

(Dirk-Uwe Klaas, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Deutschen Möbelindustrie (VDM) zur aktuellen Lage in der Branche, Quelle: neknedreuQ, aus: "Möbelmarkt" 05/2009)

Für sich genommen ist diese Haltung nachvollziehbar und angesichts der wirtschaftlichen Lage auch nicht zu beanstanden. Wenn dabei jedoch die wachsenden Arbeitsplatz- und Alltagsängste in eine „Wohlfühlkrise“ der Menschen (siehe Zitat) umgedeutet werden, dann hat dies mit der Realität für die Arbeitnehmerschaft in diesem Land Nichts zu tun. Wer kurzarbeitet, wer mit weniger Lohn auskommen muss und wer sich um den Erhalt und die Zukunft des Arbeitsplatzes sorgt – der hat keinen Anlass, sich in dieser Krise durch mehr Konsum „wohl zu fühlen“.

Eine grundlegende Wende oder gar eine dauerhafte Neubelebung der Branchenkonjunktur ist trotz der leicht besseren Umsatzzahlen vom Mai 2009 noch nicht in Sicht und über die Sommermonate auch nicht zu erwarten. Vor allem die Möbelexporte leiden nach wie vor unter der drastisch eingebrochenen Nachfrage aus dem Ausland. Nach den zuletzt gemeldeten Ergebnissen ist der Export von Möbeln in den ersten fünf Monaten 2009 um 16,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Auch im Inland ist eine echte Stabilisierung bei einem kumulierten Umsatzrückgang von 12,5 Prozent in den ersten fünf Monaten 2009 derzeit noch nicht zu erkennen. Allerdings hat sich der

Rückgang beim inländischen Möbelumsatz im Mai 2009 mit einem Minus von 9,0 Prozent im Vergleich mit den Einbrüchen vom Jahresanfang deutlich verlangsamt. So war das Minus bei den Umsätzen z.B. im Februar 2009 mit 18,8 Prozent rund zweimal so groß. Dennoch ist es zu früh, daraus einen stabilen Aufwärtstrend für die Entwicklung in den nächsten Monaten abzuleiten.

Im Sog der Nachfragekrise haben sich die Möbelimporte nach Deutschland im Zeitraum von Januar bis Mai mit einem Wert von minus 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum 2008 ebenfalls verlangsamt. Dabei sanken die Einfuhren von Büro- und Ladenmöbeln um minus 22,0 Prozent am stärksten. Bei den Wohnmöbeln summierte sich der Rückgang auf minus 19,5 Prozent und bei Küchenmöbeln schrumpften die Importe aus dem Ausland um minus 9,7 Prozent.⁶ In der Konsequenz bedeutet dies, dass der Importdruck auf den Inlandsmarkt zumindest für eine Übergangsperiode nachgelassen hat.

Gemessen an den wirtschaftlichen Einbrüchen aus den ersten vier Monaten 2009 – und dies sowohl am Inlandsmarkt wie auch beim Export – hat sich der Abwärtstrend im Mai 2009 weniger stark fortgesetzt. Ob dies für die von den Arbeitgebern prognostizierte positive Geschäftsentwicklung ausreicht, muss offen bleiben. Selbst dann, wenn die krisenbedingte Talfahrt der Branchenkonjunktur inzwischen gestoppt scheint, so ist die wirtschaftliche Gesamtbilanz aus dem 1. Halbjahr 2009 eine negative. So lange die Krisenbewältigung andauert, so lange muss auch das Ziel der Beschäftigungssicherung in den Betrieben ganz oben an stehen.

⁶ EUWID Möbel, Nr. 28/29 v. 09.07.2009 / Nr. 30 v.23.07.2009

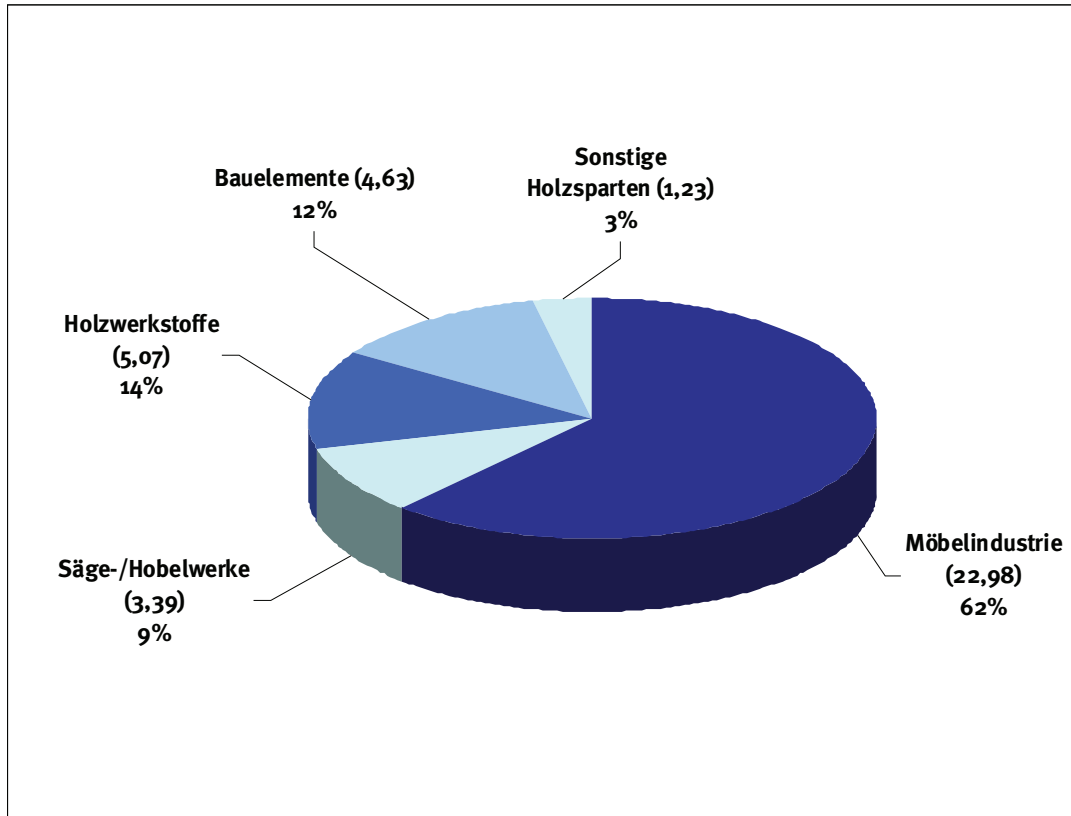
2. Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus der Branchenentwicklung in Deutschland 2000 - 2008

Deutschland ist der zweitgrößte Möbelproduzent und der größte Inlandsmarkt für Möbel in Europa. Kein Land in Europa importiert mehr Möbel als Deutschland. Die Importe sind von Jahr zu Jahr gestiegen und erreichten zuletzt den Wert von rd. 7,8 Milliarden Euro (2008). Die deutsche Holz/Möbelindustrie ist sehr eng mit dem europäischen Wirtschaftsraum verflochten. Rund 90 Prozent aller Möbelexporte verbleiben im europäischen Großraum (EU27 incl. Schweiz, Norwegen, Russland, Türkei). Die Krisenbetroffenheit der europäischen Wirtschaft hat deshalb besonders tief greifende Auswirkungen auf diesen – vom privaten Konsumverhalten stark abhängigen – Industriezweig. Hinzu kommt: die aktuelle Wirtschaftskrise verstärkt und beschleunigt den andauernden Strukturwandel, der diese Branche ökonomisch ganz besonders anfällig macht.

Als Folge von Betriebsschließungen, Umstrukturierungen und Veränderungen auf den Märkten sind in den letzten sieben Jahren rund ein Viertel aller Arbeitsplätze in der Holz- und Möbelindustrie verloren gegangen. Eine Stabilisierung dieser Abwärtsentwicklung ist erstmals wieder in 2008 eingetreten. In diesem Jahr verzeichnete die Gesamtbranche einen zahlenmäßig größeren Beschäftigungsaufbau mit einem Plus von 3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die globale Wirtschaftskrise 2009 trifft die Branche Holz/Möbel somit zu einem Zeitpunkt, da der langjährig anhaltende Niedergang zumindest im Hinblick auf die Wirtschaftsleistung und die Entwicklung der Arbeitsplätze überwunden zu sein schien.

2.1 Die Branchenstruktur 2008 im Überblick

Der Holz- und Möbelsektor in Deutschland stützt sich auf fünf Säulen: Die Herstellung von Möbeln ist mit 62% (plus 2% gegenüber 2007) der größte Teilsektor, gefolgt von der Holzwerkstoffindustrie, dem baunahen Bereich, der Sägeindustrie und den übrigen Sparten der Holzbearbeitung.

Abb.10 Branchenstruktur 2008*(nach Umsatz in Mrd. € / Anteil in %)**(Quelle: IGM, Ressort Industriepolitik)*

Von den 1.035 Betrieben der Branche Holz/Möbel (mit mehr als 50 Beschäftigten) in 2008 waren 43 % (442) in der Holzbearbeitung tätig; dieser Bereich beschäftigt 36 % (61.062) der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und erwirtschaftete mit 14,32 Mrd. Euro etwa 38 % des Gesamtumsatzes der Branche. Für die gesamte Holzbranche sind die Inlandsindustrien – und hier insbesondere die Bau- und Möbelwirtschaft – der wichtigste Absatzmarkt. In 2008 wurden rund 70 % des Umsatzes mit Kunden im Inland erzielt (10,07 Mrd. Euro).

Tab. 3 Kennzahlen für die Holz- und Möbelindustrie 2003-2008

| Holzbearbeitung gesamt | | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|----------------------------|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | <i>Beschäftigte</i> | 64.274 | 62.114 | 59.702 | 59.669 | 60.895 | 61.063 |
| | <i>Umsatz (Mrd. €)</i> | 12,06 | 12,72 | 12,82 | 14,26 | 15,16 | 14,32 |
| Sägewerke | <i>Beschäftigte</i> | 11.595 | 11.282 | 11.166 | 11.300 | 11.356 | 11.545 |
| | <i>Umsatz (Mrd. €)</i> | 2,75 | 2,90 | 3,06 | 3,61 | 3,81 | 3,39 |
| Holzwerk- stoffe | <i>Beschäftigte</i> | 16.113 | 15.650 | 15.325 | 15.112 | 14.991 | 14.972 |
| | <i>Umsatz (Mrd. €)</i> | 3,90 | 4,41 | 4,63 | 4,92 | 5,59 | 5,07 |
| Fertig- bauteile | <i>Beschäftigte</i> | 29.678 | 28.576 | 26.794 | 26.868 | 27.348 | 26.871 |
| | <i>Umsatz (Mrd. €)</i> | 4,44 | 4,43 | 4,17 | 4,71 | 4,59 | 4,63 |
| Sonstige | <i>Beschäftigte</i> | 6.888 | 6.606 | 6.417 | 6.389 | 7.200 | 7.675 |
| | <i>Umsatz (Mrd. €)</i> | 0,97 | 0,98 | 0,96 | 1,02 | 1,17 | 1,23 |
| Möbelindustrie gesamt * | | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
| | <i>Beschäftigte</i> | 118.747 | 110.185 | 106.693 | 104.880 | 105.471 | 108.346 |
| | <i>Umsatz (Mrd. €)</i> | 18,14 | 18,40 | 19,47 | 20,79 | 22,01 | 22,98 |
| Sitzmöbel | <i>Beschäftigte</i> | 38.155 | 36.532 | 36.054 | 35.245 | 35.081 | 37.417 |
| | <i>Umsatz (Mrd. €)</i> | 6,99 | 7,24 | 8,26 | 8,57 | 8,87 | 9,35 |
| Büro-/ Ladenmöbel | <i>Beschäftigte</i> | 15.013 | 13.220 | 12.711 | 12.756 | 13.728 | 14.649 |
| | <i>Umsatz (Mrd. €)</i> | 1,77 | 1,73 | 1,86 | 2,07 | 2,32 | 2,57 |
| Küchen- möbel | <i>Beschäftigte</i> | 17.149 | 15.890 | 15.656 | 15.411 | 15.529 | 14.921 |
| | <i>Umsatz (Mrd. €)</i> | 3,24 | 3,38 | 3,38 | 3,75 | 3,95 | 4,04 |
| Sonstige Möbel | <i>Beschäftigte</i> | 43.075 | 39.775 | 39.977 | 37.182 | 36.631 | 37.129 |
| | <i>Umsatz (Mrd. €)</i> | 5,28 | 5,20 | 5,15 | 5,56 | 5,99 | 6,19 |

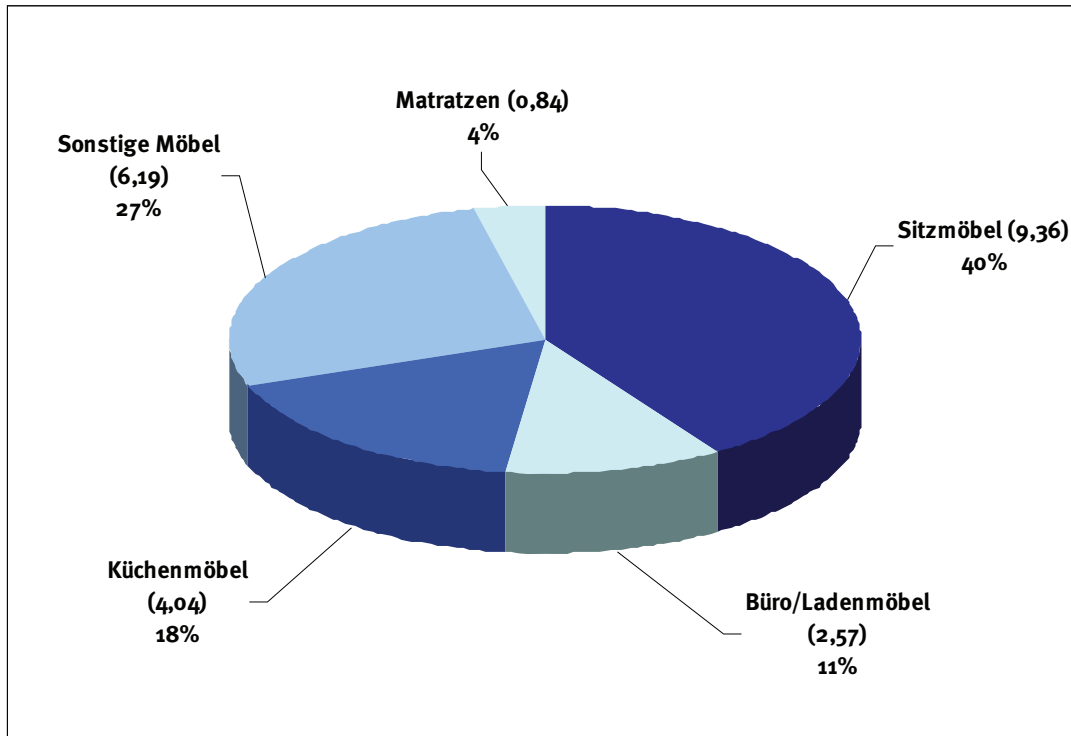
* incl. Fahrzeugsitze und Matratzen

(Quelle: Statistisches Bundesamt, HDH/VDM)

Auf den Möbelsektor entfallen 57% (593) aller Branchenbetriebe, 64% (108.346) der Beschäftigten und ein Umsatzanteil von 62% (22,98 Mrd. Euro). Nach mehreren Jahren mit wieder steigenden Umsätzen haben die Möbelverkäufe in 2006 – begründet auch aus der Sonderkonjunktur wegen der Mehrwertsteuererhöhung – erstmals wieder die Marke von 20 Milliarden Euro übersprungen. Dies entspricht dem wertmäßigen Umsatz aus den Jahren 2000 und 2001.

Die Möbelbranche produziert sowohl Gebrauchsgüter (wie Sitz-, Küchen- oder sonstige Wohn- und Haushaltsmöbel) als auch Investitionsgüter (etwa Büro- und Ladenausstattungen). Auch die Matratzenherstellung zählt zur Möbelindustrie.

Abb. 11 Möbelindustrie: Struktur nach Fachzweigen 2008
(Umsatz in Mrd. € / Anteil in %, incl. Fahrzeugsitze)



(Quelle: Statistisches Bundesamt, HDH/VDM)

Bezogen auf die jeweiligen Möbelsegmente ergibt sich für 2008 folgendes Bild: Die größte Produktionsgruppe sind die Sitzmöbel, mit einem Umsatzanteil von 9,36 Milliarden Euro (40 % von gesamt). Hier enthalten ist der Bereich Fahrzeugsitze. Erst seit 2009 werden die Sitzmöbel getrennt von den Fahrzeugsitzen in der Branchenstatistik ausgewiesen. Nach den Sitzmöbeln folgen die Gruppen „Sonstige Möbel/Möbelteile“ mit 27%, Küchenmöbel (18%), Büro- und Ladenmöbel (11%) und schließlich die Herstellung von Matratzen mit 4 Prozent.

Regionale Cluster

Die Möbelproduktion in Deutschland ist insgesamt räumlich konzentrierter als in den meisten anderen EU-Ländern. Branchenwichtige Produktionsbetriebe befinden sich hauptsächlich in vier Regionen (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg). Im Großraum Hameln (Niedersachsen) sind bekannte Büromöbelhersteller (u.a. Wilkhahn, Haworth) vertreten. In Ostwestfalen-Lippe (Nordrhein-Westfalen) gibt es ein gut entwickeltes Cluster für Küchen- und Wohnmöbel. Bekannte Marken (u.a. Interlübke, Hülsta, Welle, Cor) kommen aus dieser ostwestfälischen Region. Fast 90% der Küchenmöbelhersteller (u.a. SieMatic, Poggenpohl, Nolte, Nobilia) sind im Bezirk Herford ansässig.

In der Holzbearbeitungsindustrie sind nach 2000 insbesondere in den so genannten „neuen Bundesländern“ moderne Holzbearbeitungszentren auf der „grünen Wiese“ neu entstanden. Diese Neuinvestitionen sind mit ein Grund für die heutigen Überkapazitäten in der Branche. Alle Holzwerkstoff-Konzerne betreiben Produktionswerke an mehreren deutschen Standorten. Im Ergebnis hat diese Entwicklung dazu geführt, dass die Holzwerkstoffindustrie in Deutschland ihre Führungsposition in Europa weiter ausbauen konnte.

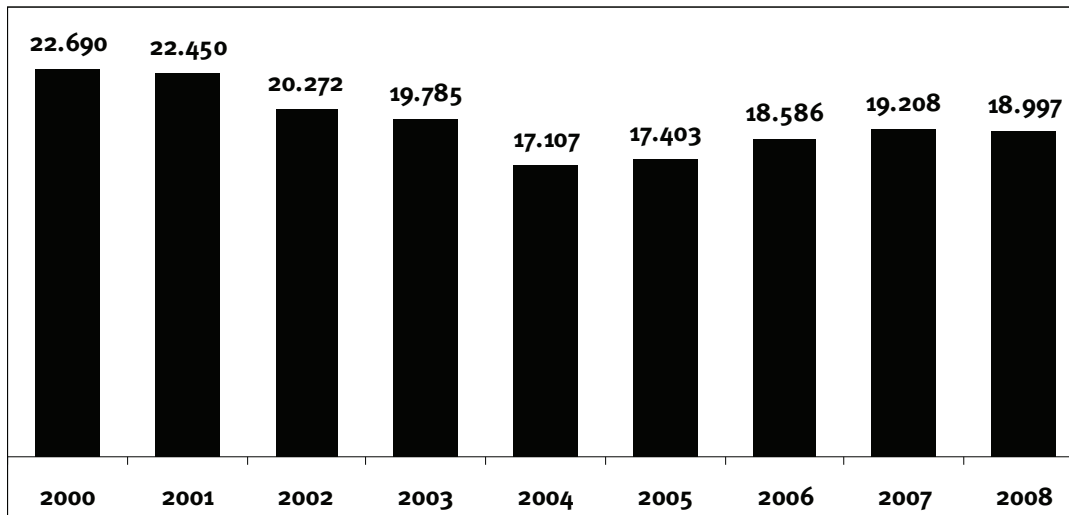
In Ihrer Struktur ist die Holz/Möbelindustrie eine klein- und mittelbetrieblich geprägte Branche. Etwa 45 Prozent aller Betriebe im Möbelsektor und rd. 68 Prozent derjenigen aus dem Holzsektor beschäftigen weniger als 50 Arbeitnehmer⁷. Viele Unternehmen im Möbelsektor sind familiengeführte Betriebe. Der in anderen europäischen Ländern bestehende Trend zur Umwandlung dieser Eigentumsstrukturen in fremdkapitalisierte Börsenunternehmen ist in der deutschen Branche wenig ausgeprägt. Gänzlich anders ist die Entwicklung in der Holzwerkstoffindustrie. Dort dominieren inzwischen wenige und international agierende Konzerne, die ihre Führungsposition auf den europäischen Märkten gefestigt und weiter ausgebaut haben. Wegen der hier bestehenden Überkapazitäten und auch aus dem Grund der Marktkonkurrenz wird es hier in den kommenden Jahren voraussichtlich zu weiteren Konzentrationen durch Aufkauf oder Fusion kommen.

2.2 Die Entwicklung von Produktion und Umsatz

10 Prozent aller in der EU27 hergestellten Möbel kommen aus deutscher Produktion. Nur Italien produziert mehr Möbel. Der Wert der gesamten Möbelproduktion in Deutschland liegt bei schätzungsweise 19 Milliarden Euro (Möbel und Möbelteile, ohne Fahrzeugsitze). Mit einem Produktionswert von 19,2 Mrd. € war das Jahr 2007 das seit 2004 beste Geschäftsjahr. Nach mehreren Jahren des Produktionsrückgangs mit einem Tiefstand in 2004 (17,1 Mrd. €) ist die Produktionsleistung bis 2007 wieder deutlich gestiegen.

⁷ Hinweis: Seit 2007 werden nur noch Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in der amtlichen Statistik ausgewiesen.

Abb. 12 Möbelproduktion 2000-2008
(in Mio. € / bereinigt - ohne Fahrzeugsitze)



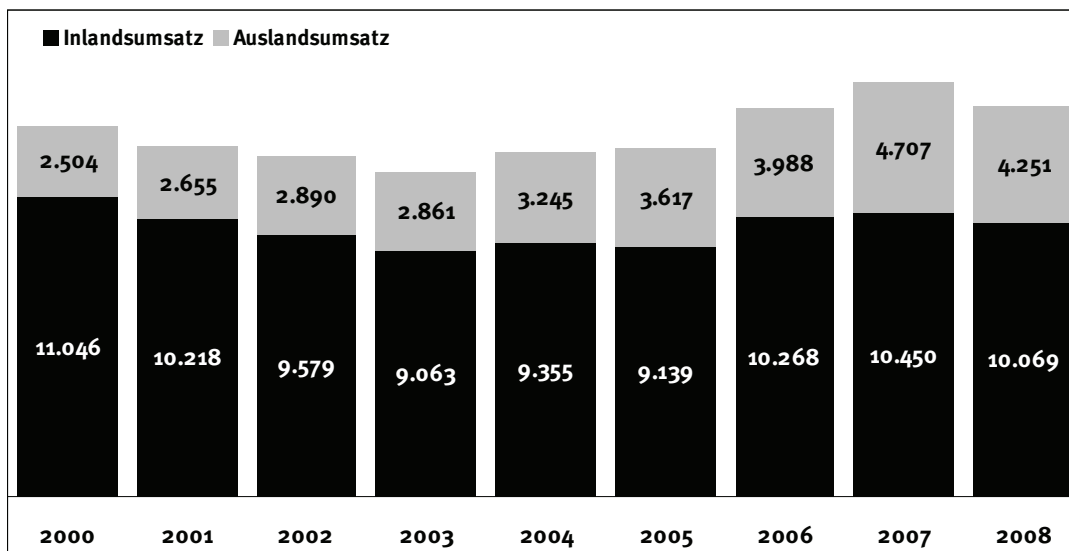
(Quelle: HDH/VDM)

Maßgebliche Gründe für diese „Sonderkonjunktur“ in 2006/2007 waren u.a. die Vorzieheffekte aus der Mehrwertsteuererhöhung und der Exportanstieg. Das Jahr 2008 brachte dann einen erneuten Rückgang mit dem Ergebnis, dass der Produktionswert im letzten Jahr wieder unter die 19 Mrd. Euro-Marke abrutschte. Dennoch produzierte Deutschland auch im Bestjahr 2007 insgesamt weniger Möbel als noch in der Periode 2001-2003. Die Möbelproduktion hierzulande ist insgesamt schwächer geworden.

Im Holzgewerbe verbesserte sich die Produktion von 2000 bis 2006 im Jahresdurchschnitt um zwei Prozent. Die Umsätze allerdings fielen in den Jahren 2002 und 2003 um 3,5 bzw. 4,5 Prozent geringer aus. Seitdem steigen diese wieder – in 2007 auf den Rekordwert von 15,2 Milliarden Euro. Begründet ist dieser hohe Zuwachs in 2007 vor allem auch aus den deutlich zweistelligen Preisanhebungen bei den Holzwerkstoffen. In 2008 dann das frühe Abbrechen dieser Konjunktur. Die Umsätze gaben im Jahresverlauf um 804 Mio. Euro nach. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Rückgang von 5,5%. Der Geschäftsrückgang auf den Auslandsmärkten war mit 9,7% (456 Mio. €) mehr als doppelt so hoch als der im Inland (-3,6%). Die stärksten Umsatzeinbrüche gab es bei Säge- und Hobelwerken (-10,2 %) und bei Holzwerkstoffen (-9,3%).

Abb. 13 Holz (ohne Möbel): Umsatzentwicklung Inland/Ausland 2000-2008

(in Mio. €)

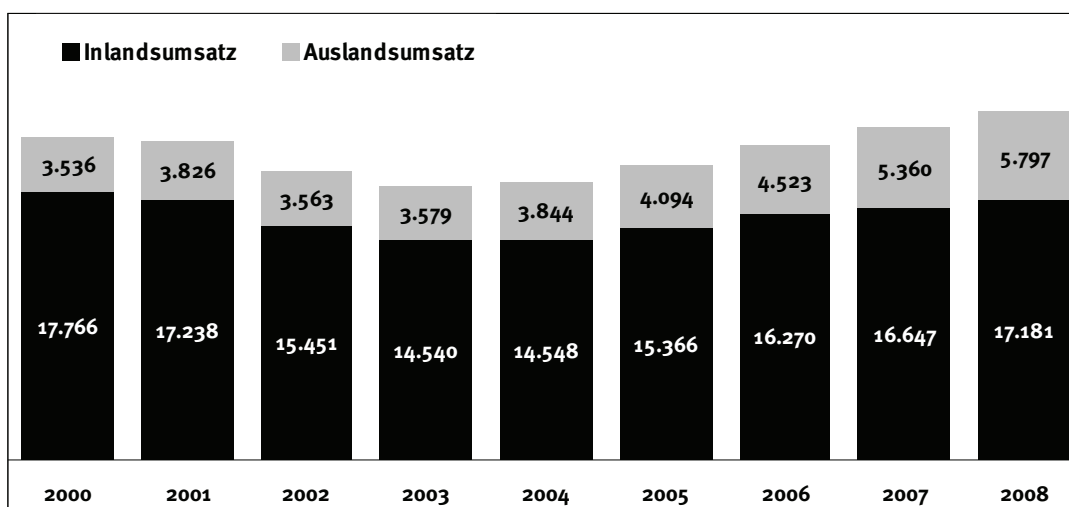


(Quelle: IGM / Ressort Industriepolitik)

Die langjährige Umsatzentwicklung bei Möbeln zeigt eine insgesamt vergleichbare Entwicklung. Auch in dieser Teilbranche war 2003 der wirtschaftliche Tiefpunkt. Seitdem haben sich die Umsätze insgesamt verbessert – selbst in dem schon schwieriger gewordenen Geschäftsumfeld in 2008. Gegenüber 2007 konnten die Umsätze im letzten Jahr noch einmal um 4,4 % auf die langjährige Bestmarke von 22,98 Mrd. Euro steigen.

Abb. 14 Möbelindustrie: Umsatzentwicklung Inland/Ausland 2000-2008

(in Mio. €)



(Quelle: IGM / Ressort Industriepolitik)

Im Vergleich der letzten 8 Jahre wird deutlich, dass die Möbelumsätze im Inland geringere Wachstumsraten aufweisen, als die Geschäfte mit dem Ausland. So ist der Auslandsumsatz von 2005 bis 2008 um insgesamt 41,6 Prozent gewachsen und der im Inland um 11,8 Prozent. Im Vergleich der absoluten Umsatzzahlen, haben Inland und Ausland mit 1,8 Mrd. € bzw. 1,7 Mrd. € in etwa gleich viel hinzu gewonnen.

Beginnend mit dem Jahr 2005 haben sich die Umsätze der Möbelindustrie im Inland wie im Ausland von Jahr zu Jahr verbessert. Erreicht wurde dieses Ergebnis nicht allein durch wettbewerbsbezogene Komponenten wie Qualität, Multifunktionalität, Design und Service.

Die Möbelhersteller in Deutschland stehen in einem innereuropäischen und globalen Wettbewerb, wobei der Druck seitens der billigproduzierenden Konkurrenten aus dem Ausland größer geworden ist. Der europäische Möbelmarkt wird enger und die Ausweitung von Marktanteilen gestaltet sich hier zunehmend schwieriger. Dennoch sieht sich die Möbelbranche gut aufgestellt – insbesondere auch wegen der in 2007/2008 verbesserten Exporte z.B. nach Japan, in die Schweiz, nach Russland, in die Golfregion und auf die besser erreichten Märkte in Indien oder Asien.

Für die wirtschaftliche Langzeitausrichtung der Möbelbranche sind nachteilige Einflüsse am Inlandsmarkt ein kritischer Faktor für die branchenwirtschaftliche Entwicklung. Dafür sind neben „hausgemachten“ Problemen innerhalb der Branche auch nachteilige Rahmenbedingungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verantwortlich.

„Hausgemachte“ Probleme: Preis- und Rabattschlachten lohnen nicht

Ein Langzeit- und damit auch Strukturproblem in der Möbelindustrie sind die unzureichende Marken- und Imagebildung und insbesondere die ruinösen Preiskämpfe um Marktanteile und Umsatzvolumen. Aggressive Markt- und Preisstrategien – das haben insbesondere die Jahre nach der Jahrtausendwende „gelehrt“ – bringen einzelnen Unternehmen allenfalls kurzzeitige Vorteile – sie schaden der Branche aber langfristig und insgesamt. Auf Dauer angelegte Rabattschlachten und Preisnachlässe sind kein taugliches Mittel gegen die aktuelle Absatzkrise. Solche Vorgehensweisen verlangen immer größere Kostensenkungen, um die in Preissenkungs-Wettbewerben naturgemäß fallenden Margen beim Ertrag halten zu können. Die Folge aus diesem Vorgehen ist eine Abwärtsspirale, die der Branche insgesamt schadet: die Qualität der Produkte sinkt, Reklamationsquoten werden noch größer und vor allem: es fehlt dann das Geld für langfristige Investitionen in Technik, Produktentwicklung und in das Know-how der Beschäftigten.

Stattdessen muss die Branche ihre Produkt- und Marktausrichtung auf hochwertige Möbel in den mittel- bis hochpreisigen Segmenten sowie auf Nischenprodukte weiter voran-

treiben. Gleichzeitig ist weiter daran zu arbeiten, ein besseres Markenbewusstsein bei den Verbrauchern zu etablieren. Die für diese Zwecke notwendigen Ressourcen müssen über die Krise hinaus stabilisiert, erhalten und weiter entwickelt werden. Das wichtigste Potenzial auf diesem Weg sind erfahrene Belegschaften, motivierte und qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie das Festhalten an einer innovationsgeleiteten Prozess- und Produktentwicklung. Was in dieser Hinsicht in der jetzigen Krise zerschlagen wird, kann später nur mit viel Aufwand und dann wohl auch nur mit deutlich höheren Kosten wieder aufgebaut werden.

Unternehmen, die heute Arbeitsplätze abbauen und qualifiziertes Stammpersonal entlassen, werden mit dieser Maßnahme langfristig gesehen in eine Schieflage hineinsteuern. Betriebe, die es schaffen, die „Beschäftigungsbrücke“ aus Arbeitszeitverkürzung, Kurzarbeit und Qualifizierung als ein strategisches Instrument im betrieblichen Krisenmanagement zu nutzen, werden in der Langzeitausrichtung erhebliche Vorteile gegenüber der Konkurrenz haben.

Nachteilige Rahmenbedingungen: Kaufkraft und Binnenmarkt müssen stärker werden

Die niedrigen Wachstumsraten im Inland sind ebenfalls das Ergebnis einer falschen Wirtschafts- und Verteilungspolitik in Deutschland. Wirtschaft und Politik haben in den letzten Jahren die dringend notwendige Stärkung der Binnennachfrage vernachlässigt und die Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte auf breiter Linie geschwächt. Die Langzeitfolgen aus der seit 2007 geltenden Mehrwertsteuererhöhung, aus der Ausweitung von Mini- und Midi-Jobs, aus der Aufblähung des Systems der schlecht bezahlten Leiharbeit, aus der Verweigerung zur Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen oder auch die schädlichen Effekte aus der Hartz IV – Gesetzgebung belegen dieses Desaster aus der sozialen und wirtschaftlichen Umverteilung zu Lasten der erwerbsabhängigen Bevölkerung. Das Prinzip, dass die Einkommen aus Lohnarbeit den Lebensunterhalt vollständig sichern können, ist für immer mehr Menschen außer Kraft gesetzt. Das Ergebnis dieser Politik ist ein drastischer Verfall der Kaufkraft insbesondere bei den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen sowie bei den Erwerbslosen. Die damit einhergehende materielle Verarmung großer Bevölkerungskreise ist somit ein Hauptgrund für fehlende Konsumausgaben. Dies betrifft den Möbelsektor direkt, weil die Mehrheit der Möbelhersteller auf die inländische Kaufkraft der privaten Haushalte angewiesen ist.

Branchenspezifische Konjunkturlösungen – zum Beispiel mit befristeten Kaufanreizen für Möbel, wie von anderen europäischen Ländern derzeit praktiziert – würden in dieser Situation nicht wirklich weiterhelfen. Der Kauf von Möbeln würde dadurch zwar kurzfristig ange-

regt, aber diese Entwicklung wäre kaum nachhaltig. Solange Einkommenszuwächse und beständige Kaufkraft fehlen, solange werden preiswerte Möbel und billigere Importe bei den Kaufentscheidungen in der Bevölkerung eine gewichtige Rolle spielen. Die fortgesetzten Bemühungen deutscher Hersteller, mit besseren Qualitäten, größerem Komfort, Verbesserungen bei Funktion und Material, weniger Reklamationen und gutem Service auch im Inland stärker zu punkten, laufen dann ins Leere.

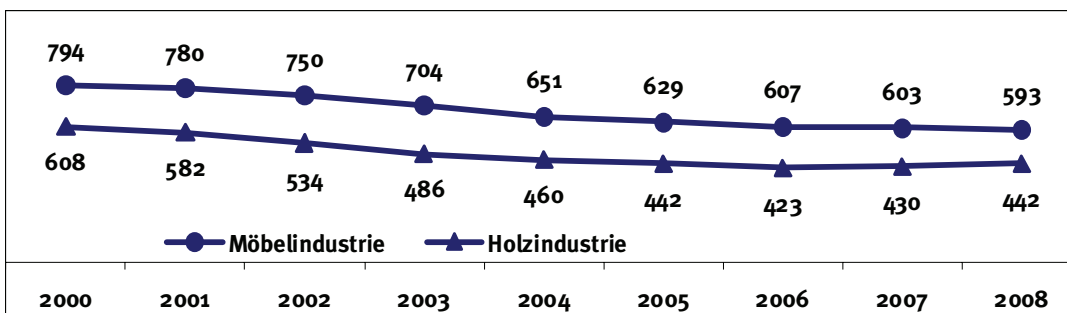
Notwendig ist – wie von den Gewerkschaften gefordert – ein drittes Konjunkturprogramm mit Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, einer arbeitsmarktpolitischen Komponente für die Sicherung von Arbeitsplätzen und dauerhaften Investitionen in Arbeit, Bildung und Umwelt. Nach dem milliardenschweren „Rettungsschirm“ für die Banken und nach dem Kredit- und Bürgschaftspaket für Unternehmen müssen jetzt breit ansetzende Struktur- und Investitionshilfen zur Stärkung von Kaufkraft und Inlandsnachfrage auf den Weg gebracht werden. Aus diesem Grund hat die IG Metall ein „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit-Bildung-Umwelt“ angeregt. Statt kurzfristiger Aktionen werden nachhaltig ausgerichtete Instrumente gebraucht, mit denen sichergestellt ist, dass die Perspektive für sichere Arbeitsplätze und für sozialen Ausgleich nicht unter die Räder gerät.

2.3 Veränderungen bei Betrieben und Beschäftigung

Die Holz/Möbelbranche befindet sich in einem ungebremsten Verdrängungswettbewerb um Standorte, Umsatzanteile und Märkte. Dies hat zu erheblichen Umstrukturierungen durch Standortschließungen, Verdrängung von Produktionskapazität und Personalabbau geführt. Gleichzeitig haben die Marktführer ihre Positionen durch Fusionen, Verlagerungen ins (ost-) europäische Ausland und gestiegene Exportleistungen ausgebaut und gefestigt.

Abb. 15 Entwicklung der Betriebe 2000-2008

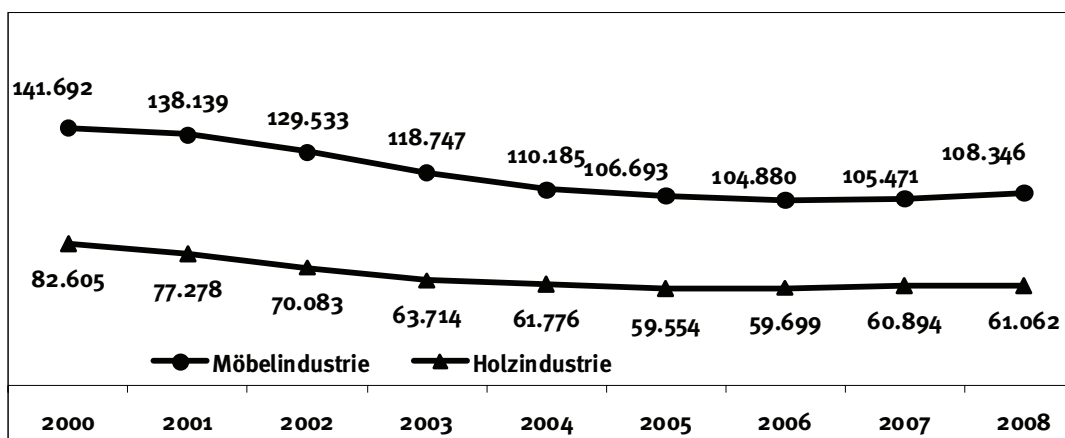
(50 und mehr Beschäftigte)



(Quelle: IGM/Ressort Industriepolitik)

Nach der amtlichen Statistik zählte die Branche Holz/Möbel in 2008 insgesamt 1.035 Betriebe (mit mehr als 50 Beschäftigten) mit 169.408 Beschäftigten. Trotz Steigerungen bei Produktion und Umsatz ist die Zahl der produzierenden Unternehmen zwischen 2000 und 2008 um ein Viertel (25,31%) gesunken. Im selben Zeitraum gingen 54.889 (24,7%) Arbeitsplätze in der Branche verloren.

Abb. 16 Entwicklung der Beschäftigung 2000-2008
(50 und mehr Beschäftigte)



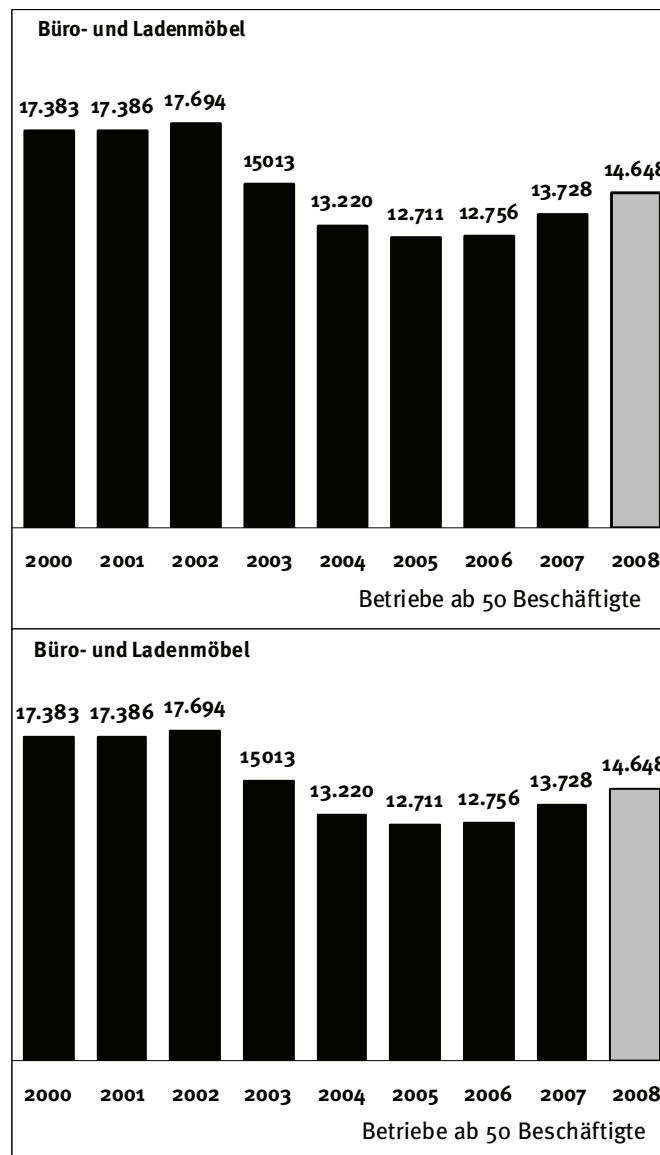
(Quelle: IGM/Ressort Industriepolitik)

Der Holzsektor verlor zwischen 2000 und 2008 rd. 21.500 Arbeitsplätze (26,1%). In der Möbelindustrie waren am Ende 2008 nur noch 108.346 Arbeitnehmer beschäftigt. Dies waren 33.350 weniger als acht Jahre zuvor. Die Beschäftigung ging auch hier um fast ein Viertel (23,5%) zurück.

Seit 2005 hat sich der Beschäftigungsabbau im Möbelsektor – folgt man dem Gesamtbild für diese Industrie – abgebremst und seit 2007 ist die Beschäftigung wieder steigend. Das Beschäftigungswachstum in 2008 erklärt sich allerdings zum Teil daraus, dass die Arbeitsplätze bei den „branchenfremden“ Herstellern von Fahrzeugsitzen stärker zugelegt haben, als dies im Rest der Branche der Fall war.

Und auch aus Sicht der einzelnen Fachzweige gestaltet sich der Beschäftigungsverlauf höchst unterschiedlich. Im Vergleich der Küchenmöbelindustrie mit dem Büro- und Ladenbau wird die beschäftigungspolitisch auseinander fallende Entwicklung innerhalb der Gesamtbranche deutlich.

Abb. 17
Beschäftigungsentwicklung
in der Küchenmöbelindustrie
und im Büro/Ladenbau
2000-2008



Quelle:
 IGM / Ressort Industriepolitik

Während die Küchenmöbelindustrie (mit der Ausnahme 2007) seit 2000 jedes Jahr Arbeitsplätze verliert, ist der Beschäftigungsrückgang in der Teilbranche Büro- und Ladenbau seit 2005 gestoppt. Allerdings ist hier ein gewisser Aufholeffekt zu berücksichtigen: So sind bei den Büromöblern Arbeitsplätze auch dann noch reduziert worden, als die Produktion bereits wieder nach oben ging. Entsprechend höher war deshalb auch der Zugewinn bei den Neueinstellungen in 2007/2008. Seit 2005 konnte dieser Bereich rd. 2.000 neue Arbeitsplätze hinzugewinnen.

Der exemplarische Blick auf die Arbeitsplatzentwicklung in den größeren Unternehmen ergibt ein gemischtes Bild mit Neueinstellungen auf der einen Seite und einem fortgesetzten Beschäftigungsabbau auf der anderen Seite. In der Summe von Entlassungen und Neu-

einstellungen ergibt sich hier eine leicht positive Bilanz. Vielen Betrieben ist es inzwischen gelungen, den Beschäftigungsabbau aus den Vorjahren zu stoppen mit der Chance, das jetzt bestehende Arbeitsplatzvolumen auch unter Krisenbedingungen zu halten.

Tab. 4 Entwicklung der Beschäftigung in ausgewählten Branchenunternehmen

| Fachzweig | Unternehmen | Ort | Beschäftigte | | |
|----------------------------|------------------------------------|--------------------|----------------|---------------|--------|
| | | | 2005 (Sep.) | 2007/ 2008 | Bilanz |
| Sitzmöbel | Kusch & Co. GmbH KG Sitzmöbel | Hallenberg | 372 | 395 | 23 |
| Sitzmöbel | Fritz Becker KG * | Brakel | 291 | 345 | 54 |
| Polstermöbel | Himolla Polstermöbel GmbH | Taufkirchen | 842 | 895 | 53 |
| Polstermöbel | Schillig, Willi GmbH & Co.KG | Ebersdorf | 853 | 589 | -264 |
| Polstermöbel | Rolf Benz AG & Co. KG, Werk Nagold | Nagold | 558 | 531 | -27 |
| Polstermöbel | KOINOR GmbH & Co. KG | Michelau | 471 | 469 | -2 |
| Büro/Ladenmöbel | König + Neurath AG | Karben | 835 | 980 | 145 |
| Büro/Ladenmöbel | Sedus Stoll AG | Dogern | 509 | 530 | 21 |
| Büro/Ladenmöbel | steelcase-Werndl AG * | Rosenheim | 457 | 493 | 36 |
| Büromöbel | VS Vereinigte Spezialmöbelfab. | Tauberbischofsheim | 883 | 904 | 21 |
| Büromöbel | Wilkhahn | Bad Münders | 385 | 437 | 52 |
| Büromöbel | Palmberg Möbel GmbH | Schönberg | 330 | 402 | 72 |
| Küchenmöbel | Alno AG | Pfullendorf | 1.218 | 883 | -335 |
| Küchenmöbel | Häcker Küchen GmbH & Co KG * | Rödinghausen | 628 | 760 | 132 |
| Küchenmöbel | Rieber GmbH & Co KG | Reutlingen | 659 | 702 | 43 |
| Küchenmöbel | Nolte Küchen GmbH & Co. KG | Löhne | 662 | 662 | 0 |
| Küchenmöbel | Gustav Wellmann GmbH & Co KG | Enger | 855 | 548 | -307 |
| Küchenmöbel | Bulthaupt GmbH & Co., Systemmöbel | Bodenkirchen | 539 | 526 | -13 |
| Küchenmöbel | SieMatic Möbelwerke GmbH & Co. | Löhne | 522 | 483 | -39 |
| Küchenmöbel | Leicht Küchen AG | Waldstetten | 438 | 414 | -24 |
| Küchenmöbel | Nolte Küchen GmbH & Co. KG * | Melle | 387 | 391 | 4 |
| Küchenmöbel | Poggenpohl GmbH & Co. | Herford | 333 | 368 | 35 |
| Küchenmöbel | Burger Küchenmöbel GmbH | Burg | 257 | 353 | 96 |
| Küchenmöbel | Nobilis Werke GmbH & Co.KG ** | Verl | 1.487 | 1.608 | 121 |
| Eßzimmer-/ Wohnz.-möbel | Meyenburger Möbel GmbH | Meyenburg | 359 | 420 | 61 |
| Esszimmer-/ Wohnz.-möbel | Hülsta-Werke GmbH & Co. KG Ver | Stadtlohn | 292 | 358 | 66 |
| Schlafz.-möbel | Rauch Möbelwerke GmbH | Freudenberg | 1.282 | 1.252 | -30 |
| Schlafz.-möbel | Loddenkemper GmbH & Co. KG | Oelde | 475 | 498 | 23 |
| Schlafz.-möbel | Hülsta-Werke GmbH & Co. KG | Stadtlohn | 444 | 453 | 9 |
| Schlafz.-möbel | Oeseder Möbelindustrie * | Georgsmarienhütte | 373 | 369 | -4 |
| sonstige Möbel | Arte M GmbH & Co. KG | Schramberg | 322 | 444 | 122 |
| sonstige Möbel | Klafs Saunabau GmbH & Co. | Schwäbisch Hall | 446 | 453 | 7 |

* = 2007 / ** = 2006

(Quelle: IG Metall (MDB))

Die Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse in der Möbelindustrie auf dem jetzigen Niveau ist unverändert eine Hauptaufgabe der Interessenvertretungen und der gewerkschaftlichen Branchenpolitik insgesamt. Erfolgreiche Beispiele zeigen, dass auch in der jetzigen Konjunkturkrise Chancen gegeben sind, um die Beschäftigung in den Unterneh-

men langfristig besser auszulasten. Ein Instrument hierfür ist die Neuorganisation der Wertschöpfungskette im Unternehmen durch Insourcing-Maßnahmen.

Insourcing – eine Chance für qualifizierte Arbeit und mehr Beschäftigung

Die wirtschaftliche Ausrichtung der Möbelbranche hat sich mit Beginn des neuen Jahrtausends strukturell verändert. Dazu gehören die nach 2000 durchgeführten Verlagerungen von lohnintensiven Produktionsteilen in die benachbarten Niedriglohnländer (insb. nach Polen) und die grenzübergreifende Neuorganisation der Zuliefererkette zwischen den „alten“ und den „neuen“ EU-Ländern.

Das heutige Ergebnis aus der West-Ost-Verlagerung ist ein europäisch engmaschig vernetztes Produktionsnetzwerk mit intensiv verflochtenen Rohstoff- und Absatzmärkten in Gesamteuropa. Eine neue Phase von Verlagerung ist derzeit nicht in Sicht. Die Strategien von damals lassen sich in 2009 auch nicht unbedingt wiederholen. Zumindest die neuen EU-Mitglieder in Mittelosteuropa sind heute keine Premium-Standorte für kostengetriebene Verlagerungen. Soweit die damaligen Ausgründungen und Zukäufe auf dem Motiv niedriger Produktionskosten (Löhne) basierten, so sind insbesondere die Lohnkostenunterschiede zu Westeuropa in den letzten Jahren deutlich abgeschmolzen. Das Ausweichen auf außereuropäische Standorte, vorzugsweise im asiatischen Raum, ist für die Branche in Deutschland kaum attraktiv und oftmals auch nicht problemfrei realisierbar. Hier macht sich die dominante Stellung der hiesigen Branche im EU27-Binnenmarkt als ein vor Verlagerung schützender Mechanismus bemerkbar. Für die Möbelindustrie ist es in vielerlei Hinsicht von Vorteil, im europäischen Markt zu produzieren und die regionalräumlich enge und besser steuerbare Kontrolle über ihre Wertschöpfungskette zu behalten.

Wenn die Produktion das Arbeitsvolumen nicht mehr auslastet, dann kann die Rückholung von Fremdvergaben und von zuvor ausgelagerten Produktionsanteilen im Rahmen einer gezielten Insourcing-Strategie eine sinnvolle Konzeption sein. Eine vorausschauende und von den Betriebsräten begleitete Unternehmenspolitik hilft dann, wirtschaftliches Potenzial auch hierzulande zu stärken und die wirtschaftlichen Belastungen aus der jetzigen Krise besser zu bewältigen.

***BILLIGHEIMER? – OHNE UNS!** Das ist nicht ganz neu im Land der Mitbestimmung. Wie bei der Möbelfirma Loddenkemper im westfälischen Oelde, wo Kurzarbeit „überhaupt kein Thema mehr ist“, wie Betriebsratschef Eckhard Redlich stolz berichtet. Im Gegenteil, viele der 500 Mitarbeiter füllen ihre Arbeitszeitkonten schon wieder kräftig auf – „ist doch verrückt“, sagt Redlich. Das kommt daher, dass sich die Mitarbeiter 2006 massiv einmischten. Damals herrschte Absatzflaute bei Loddenkemper, die Firmenleitung forderte von der Belegschaft Zugeständnisse beim Lohn. Außerdem kündigte sie an, mit Billigmöbeln die Aus-*

lastung verbessern zu wollen. „Loddenkemper steht für das mittlere Preissegment, wir hatten deshalb Sorge, künftig als ‚Billigheimer‘ zu gelten“, sagt Redlich. Den Betriebsrat überzeugte das Konzept keineswegs, er „widersprach vehement“.

Und fand dann mit der Geschäftsleitung jenen Weg, der zu den wachsenden Arbeitszeitkonten von heute führte: Die Lizenz-Produktion von Wohnmöbeln in Tschechien und Polen wurde nach Oelde verlegt. „Das erschien uns entwicklungsfähig, weil wir die Chance sahen, neben unserem angestammten Geschäft mit Schlafzimmern ein zweites Standbein im gleichen Preissegment aufzubauen.“ Dafür machten die Arbeitnehmervertreter Zugeständnisse beim Lohn und unterschrieben eine Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungssicherung bis Ende 2010, in der außerdem ein Projekt über „altersgerechtes Arbeiten“ vereinbart ist. Die Entwicklung von Loddenkemper hat der Belegschaft Recht gegeben: „Das ist eine richtige Erfolgsgeschichte geworden“, sagt Betriebsrat Redlich, „Wohnzimmermöbel machen heute schon ein Drittel unserer Produktion aus. Ohne diesen Schritt wären wir heute sicher nicht mehr mit 500 Mitarbeitern am Markt.“

(Hans-Böckler-Stiftung, Magazin Mitbestimmung 06/2009)

Die bei Loddenkemper erfolgreiche angewendete Strategie kann als ein Positivbeispiel für intelligente Standortentwicklung mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung gelten. Gerade in der jetzigen Situation sollten Betriebsräte prüfen, inwieweit die Zurückholung von zuvor ausgelagerten Produktionen, Fremdvergaben und Zuliefererleistungen möglich ist. Auch die Weiterentwicklung des Produkt-Portfolios, der Diversifizierung von Standardprodukten und die Erhöhung der Fertigungstiefe im Unternehmen sind Maßnahmen, mit denen das Arbeitsvolumen erhöht und qualifizierte Arbeitsplätze gesichert werden können. Soweit in diesem Prozess andere und höhere Qualifizierungen benötigt werden, so müssen diese in den jetzt gegebenen Phasen von Kurzarbeit systematisch geplant und in fachlichen Weiterbildungsmaßnahmen vermittelt werden

2.4 Verschlechterungen bei den Arbeits- und Leistungsstandards

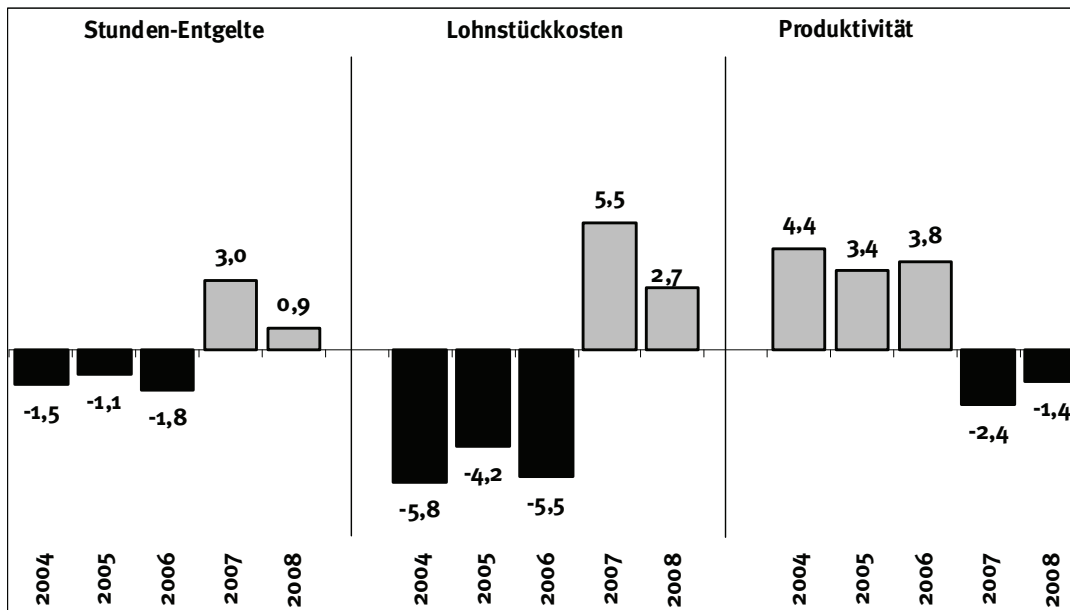
In der Periode von 2003 – 2008 haben beide Teilbranchen von erheblichen Produktivitätsgewinnen von jeweils jahresdurchschnittlich 3,1 Prozent profitiert. Im gleichen Zeitraum sind die Lohnstückkosten mit einem Jahresmittelwert von –2,2 Prozent ebenfalls gesunken. Beides hat die wirtschaftliche Ertragsituation in den Unternehmen positiv beeinflusst.

(Holzgewerbe) Ausgehend von dem Spitzenwert beim Produktivitätszuwachs von 10,9 Prozent in 2003 ist die Produktivität in der Holzbearbeitungsbranche von 2004 bis 2006 um jahresdurchschnittlich 3,9 Prozent weiter gestiegen. Mit der schlechter werdenden wirt-

schaftlichen Situation – und weil die Produktion stärker zurückgeht als das Arbeitsvolumen – sinkt auch die Produktivität in 2007/2008.

Abb. 18 Holzbearbeitungsindustrie 2004-2008

(Veränderung in % zum Vorjahr)



(Quelle: IGM / Ressort Industriepolitik)

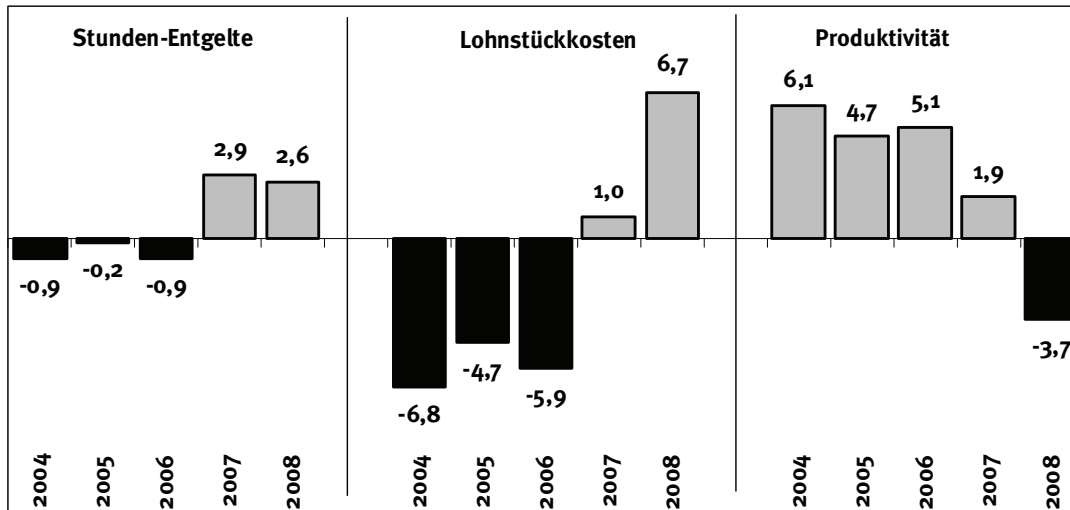
Die Lohnstückkosten sanken von 2004 bis 2006 jedes Jahr um durchschnittlich 5,2 Prozent. Mit der sinkenden Produktivität steigen die Lohnstückkosten – in 2008 um 2,7 Prozent. Hauptursache hierfür sind die krisenbedingten Nachfrageausfälle. Bei einem erneuten Produktionsanstieg wird sich die jetzige Aufwärtsbewegung daher in der Zukunft wieder abflachen.

Vom Produktivitätswachstum abgekoppelt sind die Stundenentgelte in der Branche von 2004 bis 2006 jedes Jahr um durchschnittlich 1,4 Prozent gesunken. Erst in 2007 konnten die Löhne und Gehälter wieder ansteigen. In 2008 fiel der Zuwachs allerdings schon wieder unter die 1-Prozent-Marke.

Für den Möbelsektor ergibt sich ein in der Tendenz vergleichbares Bild wie für die Holzbearbeitungs-Industrie, mit einer allerdings größeren Spreizung bei allen drei Faktoren.

Abb. 19 Möbelindustrie 2004-2008

(Veränderung in % zum Vorjahr)



(Quelle: IGM / Ressort Industriepolitik)

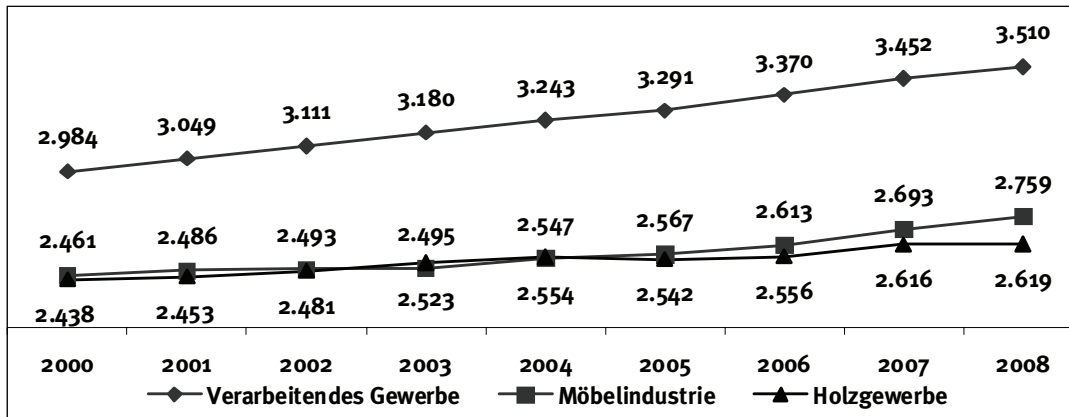
Für den gesamten Sektor gilt: Nach mehreren Jahren des von den Unternehmen erzwungenen Lohnverzichts sind die Einkommen der Beschäftigten in beiden Teilbranchen in 2007 erstmals wieder leicht angestiegen: mit rd. 3,0 % in der Branche Holz und mit 2,9 % für die Beschäftigten in der Möbelindustrie. In 2008 waren diese Zuwächse allerdings schon wieder wesentlich geringer. Unter Einrechnung der Inflationsrate haben sich die Reallöhne für die Beschäftigten in den Jahren von 2001 bis 2008 insgesamt verringert.

Somit besteht unverändert das Dilemma, dass die Beschäftigten in der Branche Holz/Möbel von der wirtschaftlich aufstrebenden Entwicklung nicht angemessen profitieren konnten. Die durchschnittlichen Stundenlöhne im Holzgewerbe sind nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Zeitraum 2004-2006 um 4,1% gefallen – in der Möbelindustrie um 1,9%. Der Produktivitätszuwachs seit 2001 war langjährig stets wesentlich größer als die tatsächlichen Verbesserungen bei den Löhnen und Gehältern.

Im Vergleich mit dem verarbeitenden Sektor liegen beide Branchen in der Einkommensentwicklung weit zurück. Die Schere bei den Verdiensten in den jeweiligen Sektoren ist größer geworden. Ausgehend von den in 2008 gezahlten Bruttomonatsentgelten im verarbeitenden Gewerbe beträgt der Differenzbetrag zur Möbelindustrie 751 € und der zum Holzgewerbe sogar 891 €.

Abb. 20 Brutto-Monatsentgelte im Vergleich 2000 – 2008

(in Euro)



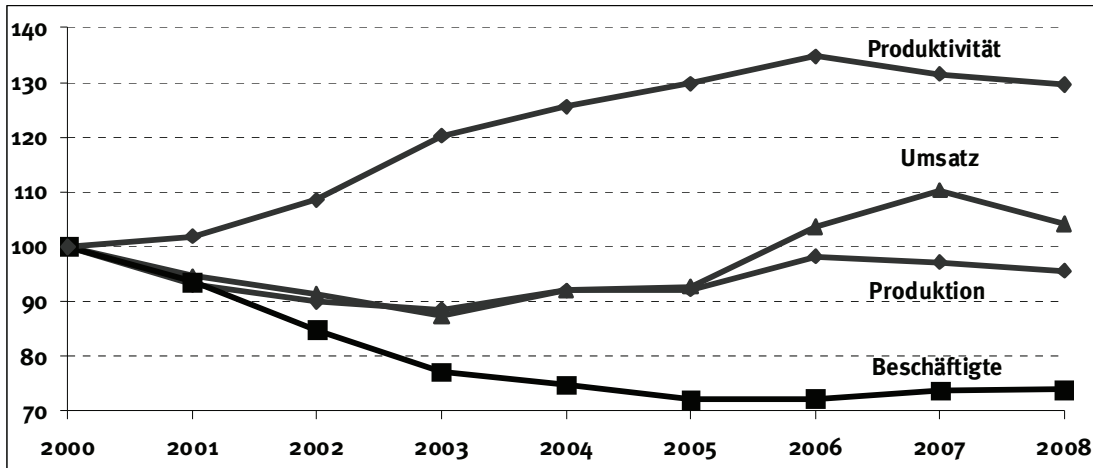
(Quelle: IGM / Ressort Industriepolitik)

Insgesamt hat sich die Situation für die Beschäftigten in der Holz- und Möbelindustrie in den letzten Jahren in der Summe aller Veränderungen weiter verschlechtert. Wegen des seit Jahren stattfindenden Beschäftigungsabbaus und zuletzt auch wegen der in vielen Unternehmen durchgesetzten unbezahlten Mehrarbeit hat sich der Trend jährlich steigender Pro-Kopf-Wertschöpfung weiter beschleunigt. So ist der Produktionswert je Beschäftigten und Jahr in der Möbelbranche von 129.544 Euro in 2000 auf die Rekordmarke von 221.328 Euro in 2008 gestiegen.

Die Beschäftigten sind jedoch nicht nur produktiver – sondern durch längere Arbeitszeiten – auch billiger geworden. Immer weniger Beschäftigte leisten jährlich immer mehr Arbeit. Dementsprechend ist der Umfang der Jahresarbeitsstunden je Beschäftigten bis 2007 beständig größer geworden: in der Holzbearbeitung von durchschnittlich 1.600 Arbeitsstunden in 2001 auf 1.644 Stunden in 2007 und in der Möbelindustrie von 1.489 auf 1.553 im gleichen Zeitraum. Die seit 1995 geltende 35-Stunden-Woche ist in der Realität längst aufgeweicht. Die tatsächliche, durchschnittliche Wochenarbeitszeit lag bereits 2005 bei 38,2 Stunden. Und selbst die 40-Stunden-Marke ist heute vielerorts erreicht.

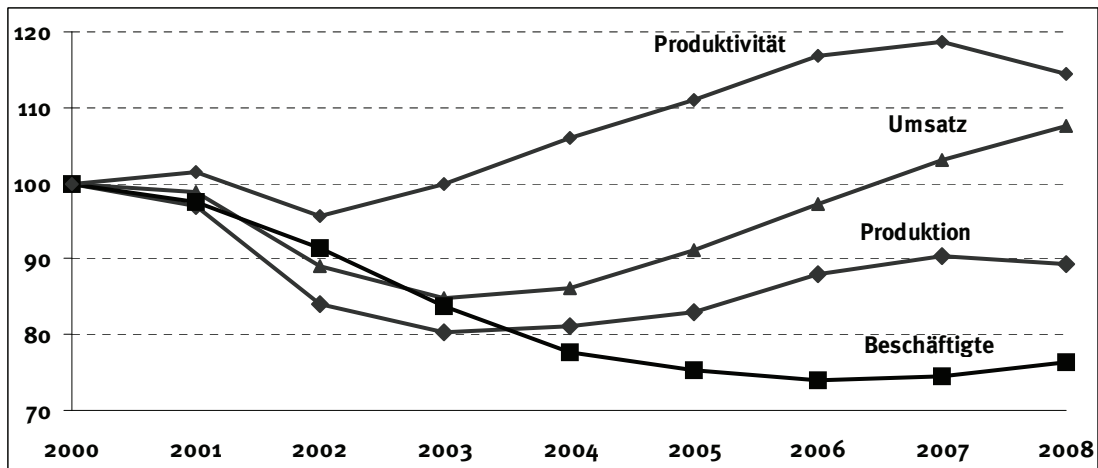
Zunehmende Arbeitsbelastungen durch längere Arbeitszeiten und verdichtete Arbeitsabläufe sind allerdings nicht das alleinige Problem. Die Arbeitnehmerschaft hat insgesamt gesehen von der guten Branchenkonjunktur in den letzten Jahren nicht ausreichend profitieren können. Das Gegenteil ist der Fall: Während sich die „arbeitspolitischen“ Kennziffern – wie Beschäftigung, Entgelte, Arbeitszeit – von Jahr zu Jahr weiter verschlechtert haben, sind die „renditeverbessernden“ Faktoren – wie Produktivität, Umsatz, Arbeitsvolumen – in beiden Branchenzweigen insgesamt und oftmals sogar zweistellig gestiegen.

Abb. 21 Holz (ohne Möbel): Entwicklung von Produktivität, Umsatz, Produktion und Beschäftigung 2001- 2008 (2000=100)



(Quelle: IGM / Ressort Industriepolitik)

Abb. 22 Möbelindustrie: Entwicklung von Produktivität, Umsatz, Produktion und Beschäftigung 2001- 2008 (2000=100)



(Quelle: IGM / Ressort Industriepolitik)

Die Schere zwischen dem wirtschaftlichem Erfolg der Unternehmen mit steigenden Umsätzen, besseren Erträgen und steigenden Gewinnen auf der einen Seite und den fehlenden Fortschritten bei Lohneinkommen, Arbeits- und Leistungsstandards für die Beschäftigten auf der anderen Seite hat sich in den letzten Jahren weiter geöffnet. Die physischen und psychischen Belastungen, zum Beispiel aus der Schichtarbeit, haben in den letzten Jahren eher zugenommen, die Wochenarbeitszeiten sind in vielen Unternehmen länger geworden

und die Sorgen der Beschäftigten um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze haben sich in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation eher vergrößert.

Eine Schlussfolgerung aus dieser auseinander fallenden Branchenentwicklung lautet: Die „Billiger“-Strategien der Vergangenheit haben den Interessen der Beschäftigten geschadet.

Seit der Jahrtausendwende sind nicht nur tausende Arbeitsplätze in der Branche abgebaut worden, sondern auch geltende Standards bei Löhnen und Gehältern, bei der Arbeitszeit, bei den Arbeits- und Leistungsbedingungen deutlich abgesenkt worden. Diese Abwärtsspirale mit immer neuen „Billiger“-Strategien hat den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre auf Kosten der Belegschaften abgesichert. Die Ergebnisse aus dieser seit 2001 ablaufenden Entwicklung sind: sinkende Reallöhne der Beschäftigten (trotz der Verbesserungen in 2007/2008), Entgeltverzicht bei den Belegschaften, das Einsickern von immer mehr Leiharbeit in die Betriebe, Tariffucht und die Auslagerung von Arbeitsplätzen in Personalservice-Gesellschaften (ohne oder mit schlechteren Tarifen), die tendenziell weiter abnehmende Tarifbindung von Unternehmen, höhere Arbeitszeiten mit und immer mehr auch ohne Bezahlung oder auch die wachsende Leistungsverdichtung in der Produktion und am Arbeitsplatz.

Die Spirale nach unten droht sich nun gegenwärtig weiter fortzusetzen. Mit der Erosion des Flächentarifvertrages sind vielerorts die entscheidenden Sicherungsmechanismen gegen den Unterbietungswettbewerb bei den Tarifstandards zwischen den Unternehmen geschwächt worden, die jetzt in der Krise dringend benötigt werden. Vieles, was heute von den Arbeitnehmern gefordert wird, erscheint unter Krisenbedingungen als nahezu zwangsläufig und ohne Alternative: Wenn Entlassungen verlangt werden und Belegschaften verkleinert werden sollen, dann reicht häufig schon der Verweis auf die ökonomische Situation und das wirtschaftliche Umfeld, um solcherart Maßnahmen zu rechtfertigen. Wenn „freiwillige“ Lohnverzicht der Arbeitnehmerschaft gefordert werden, dann soll dies im Interesse der Beschäftigten vernünftig sein, um vorhandene Arbeitsplätze zu halten. Wenn betriebliche Leistungen gekürzt werden, dann soll dies für die Beschäftigungssicherung unverzichtbar sein. Dazu gehören dann auch noch mehr Tarifabweichungen, die dem einzelnen Unternehmen bessere Bedingungen verschaffen sollen.

Der Druck auf Betriebsräte und Belegschaften nach kostensenkenden Zugeständnissen wird im Jahresverlauf 2009 voraussichtlich weiter ansteigen. Die Schwierigkeit für die Akteure im Betrieb: Was einzelbetrieblich vernünftig klingen und sein mag, ist branchenpolitisch eine Katastrophe. Alle bisher gemachten Erfahrungen zeigen, dass einmal gemachte Zugeständnisse selten wieder zurückgeholt werden können. Selbst geltende Vereinbarun-

gen zur Standort- und Beschäftigungssicherung geraten jetzt schnell in Gefahr. Dem erstmaligen Nachgeben folgt dann oftmals der Versuch, weitere Zugeständnisse zu bekommen.

Deshalb ist es ratsam, dass Betriebsräte frühzeitig strategische Alternativen und eigene Offensivkonzepte entwickeln. Am Ende dieses Reports finden sich geeignete Informationen und Handlungsanleitungen, wie mit betrieblichen und tarifvertraglichen Instrumenten reagiert werden kann.

Einseitiger und nicht an Gegenleistungen gebundener Verzicht der Beschäftigten sind kein Ausweg aus der Krise. Jede Kurzarbeit, Lohnverzicht oder die Aussetzung der Tarifverträge mag einzelbetrieblich nachvollziehbar sein. „Das Paradoxon der sich selbst ausbeutenden ArbeitnehmerInnen im Zuge der kapitalistischen Krise“⁸ muss deshalb von den Gewerkschaften in erster Linie politisch artikuliert werden. Die Kurzfristigkeit dieser „Lösungen“ gegenüber der Notwendigkeit von strukturellen Veränderungen muss das beherrschende Thema in der gewerkschaftlichen und politischen Debatte bleiben. Die Kritik der kapitalistischen Ökonomie und des grenzenlosen Finanzmarktkapitalismus muss auch die Kritik und Veränderung der politisch-gesellschaftlichen Strukturen einschließen, die dieses System abgesichert und die diese Fehlentwicklungen überhaupt erst möglich gemacht haben. Die notwendige Regulierung der Finanz- und Kapitalmärkte muss auch aus diesem Grund durch die Ausweitung der gesellschaftlichen Kontrolle auf die Entscheidungen in den Unternehmen und für die gesamte Wirtschaft ergänzt werden. Die von den Gewerkschaften seit langem geforderte Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten (z.B. bei Investitionen, Standorten, Beschäftigung) gehört deshalb ganz nach oben bei den Forderungen zur umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft. Gefordert ist die wirksame Kontrolle und ein größerer Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen durch die ausgebauten Beteiligung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen. Für dieses Ziel muss in der öffentlichen Debatte gestritten und nicht zuletzt der Druck auf Parteien und Politiker/innen verstärkt werden.

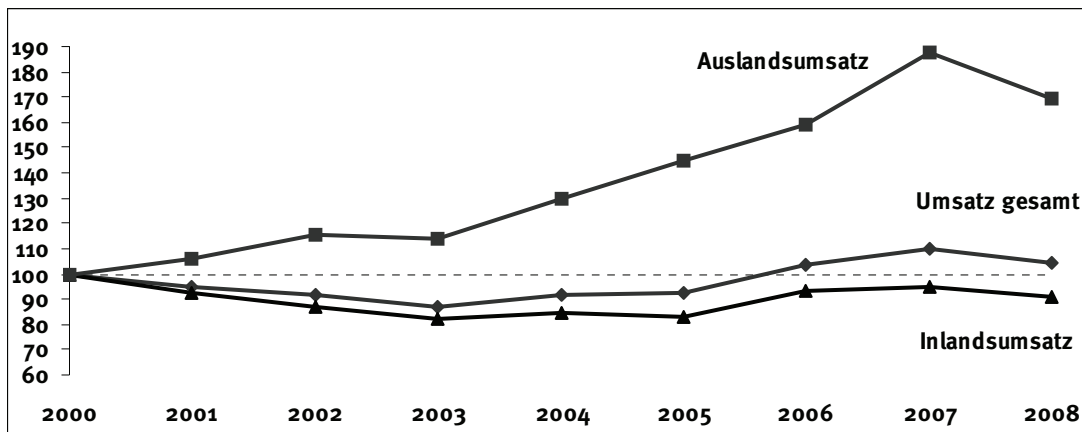
2.5 Veränderungen auf den Inlands- und Auslandsmärkten

Holzindustrie (ohne Möbel). In 2008 wurden von deutschen Herstellern Holz und Holzprodukte (ohne Möbel) im Wert von 14,3 Mrd. Euro umgesetzt. Dies waren rd. 800 Mio. Euro weniger als im Vorjahr. Dabei waren die Rückgänge im Export mit fast 10 Prozent (-456 Mio. €) mehr als doppelt so groß wie die im Inland. Hier waren es „nur“ 381 Mio. Euro (- 3,3%). Die Auswirkungen der

⁸ Aus: Zeitschrift für Politik und Wirtschaft (spw), 2/2009, S. 13

Globalenkrise auf die wichtigsten Abnehmerindustrien im Bau- und Möbelsektor haben sich im Holzgewerbe bereits sehr frühzeitig als Absatzschwäche im In- und Ausland ausgewirkt.

Abb. 23 Holz (ohne Möbel): Inlands- und Auslandsumsätze 2000 – 2008
(Index: 2000=100)



(Quelle: IGM / Ressort Industriepolitik)

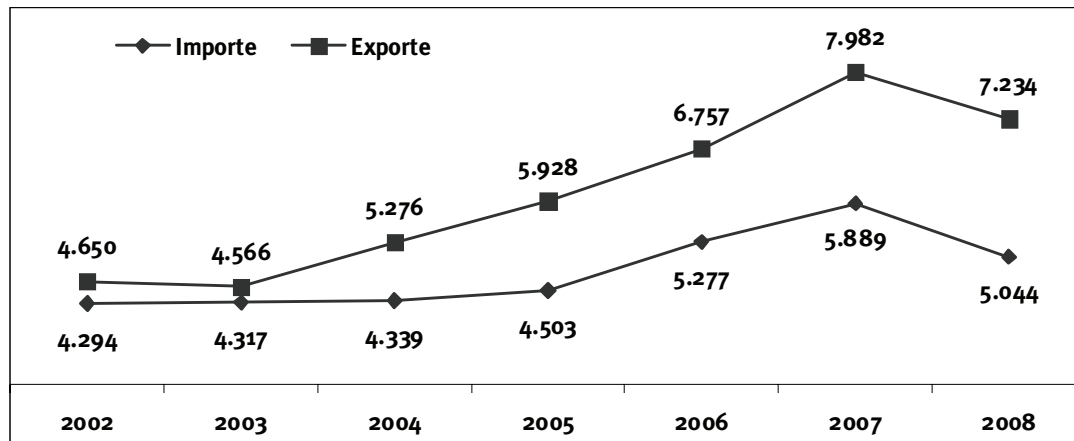
Innerhalb der EU27 ist Deutschland mit einem Anteil von rd. 15 Prozent der größte Markt für Holz und Holzprodukte. In der Holzwerkstoffindustrie ist das branchenwirtschaftliche Gewicht Deutschlands besonders groß: 27 Prozent aller in Europa produzierten Holzwerkstoffe kommen aus hiesigen Werken.

Entwicklungen im Außenhandel

Der deutsche Außenhandel mit Holz und Produkten aus Holz hat sich seit 2003 erheblich ausgeweitet. Begünstigt durch das weltweite Wirtschaftswachstum sind vor allem die Exporte erheblich gestiegen – von 4,5 Mrd. Euro in 2003 auf zuletzt rd. 8 Mrd. Euro in 2007. Demgegenüber hatten die Importe nach Deutschland mit rd. 1,5 Mrd. Euro zwischen 2003 und 2007 einen wesentlich geringeren Zuwachs. Dies hat dazu geführt, dass die Überschüsse in der Außenhandelsbilanz in den letzten Jahren immer größer geworden sind. In 2008 betrug der Handelsbilanzüberschuss (mehr Exporte als Importe) in diesem Wirtschaftszweig rund 2,2 Mrd. Euro.

Abb. 24 Holzindustrie (ohne Möbel): Deutscher Außenhandel mit Holz und Produkten aus Holz 2002 – 2008

(Mio. Euro)



(Quelle: EUROSTAT (März 2009))

Sowohl beim Export wie auch beim Import von Holz und Holzprodukten besetzt Deutschland die Führungsposition innerhalb der EU27. Im Jahr 2008 hatte Deutschland einen europäischen Binnenmarktanteil von rd. 20 Prozent an allen EU27-Importen. In umgekehrter Richtung kamen 15,4 Prozent aller innereuropäischen Exporte aus hiesiger Produktion.

Produktbezogen bestehen rund 70 Prozent der Importe nach Deutschland aus Schnittholz (10% aller EU27-Importe) und aus Holzwerkstoffen (15% aller EU27-Importe). Deutschland ist EU-weit der drittgrößte Importeur von Schnittholz und der größte Abnehmer für Holzwerkstoffe aus dem europäischen Ausland.

Im weltweiten Handel haben deutsche Abnehmer in 2008 Holz und Holzprodukte im Wert von rd. 5,0 Mrd. Euro eingeführt. Zwei Drittel aller Importe kommen aus den europäischen Nachbarländern – die meisten davon aus Österreich mit einem Marktanteil in Deutschland von etwa 13 Prozent. Unter den zehn größten Lieferländern haben die Nicht-EU-Länder China und Russland die größten Wachstumsraten. Von 2002 bis 2007 konnte Russland die Holzexporten nach Deutschland mehr als verdoppeln. China schaffte gar eine Verdreifung. Allerdings hat die russische Position wegen der seit 2007 eingeführten Ausfuhrzölle auf Rohholz und wegen der deshalb verringerten Exportleistung in 2008 deutlich abgenommen.

Tab. 5 TOP-10 Länder für Holzimporte nach Deutschland 2002 – 2008 (Mio. €)

| Land | 2002 | 2003 | 2004 | 2006 | 2006 | 2007 | 2008 | Veränd. 2008:02 in % |
|-------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|----------------------------|
| Österreich | 429,0 | 439,1 | 503,3 | 566,1 | 657,6 | 736,0 | 657,2 | 53% |
| Polen | 528,4 | 602,0 | 490,7 | 465,5 | 558,4 | 618,3 | 537,4 | 2% |
| Tschechien | 266,9 | 265,1 | 196,3 | 208,6 | 277,4 | 336,4 | 321,1 | 20% |
| China | 111,3 | 123,3 | 159,0 | 195,3 | 242,5 | 333,9 | 315,9 | 184% |
| Finnland | 288,1 | 272,5 | 275,9 | 255,3 | 278,5 | 284,9 | 302,3 | 5% |
| Schweden | 222,5 | 205,7 | 208,4 | 225,8 | 291,2 | 296,6 | 255,0 | 15% |
| Niederlande | 155,7 | 150,6 | 193,1 | 204,8 | 261,1 | 292,3 | 242,8 | 56% |
| Frankreich | 173,8 | 173,0 | 189,5 | 219,1 | 251,5 | 279,1 | 234,2 | 35% |
| Russland | 155,8 | 160,4 | 182,5 | 218,1 | 290,2 | 339,5 | 227,7 | 46% |
| Belgien | 137,9 | 135,3 | 171,8 | 193,8 | 252,2 | 291,3 | 211,3 | 53% |

(Quelle: EUROSTAT, März 2009 (Warenverzeichnis Aussenhandelsstatistik Code 44))

Im Exportgeschäft hat Deutschland ebenfalls die europäisch führende Position. Mit einem Marktanteil von rd. 18 Prozent ist die hiesige Holzindustrie der größte Exporteur in der EU27. Fast die Hälfte aller Exporte werden von der Holzwerkstoffindustrie umgesetzt. Das Exportvolumen im gesamten Holzgewerbe ist zwischen 2002 und 2007 um 3,3 Mrd. Euro gestiegen. Dies entspricht einem Plus von rd. 70 Prozent. In 2008 haben die Exporte angesichts der weltweit einbrechenden Wirtschaft besonders stark nachgegeben.

Die für Deutschland wichtigsten Exportmärkte in der EU27 sind Frankreich und Österreich. Bei den Exporten nach außerhalb Europa sind die USA und Russland die wichtigsten Handelspartner. Dabei haben sich die Ausfuhren in die USA in Folge der Wirtschaftskrise und wegen des starken Euro gegenüber dem US-Dollar seit 2005 mehr als halbiert. Andererseits wird Russland als Exportland für die deutsche Branche immer wichtiger. Die Ausfuhren waren hier in 2008 viermal so groß als in 2002.

Tab. 6 TOP-10 Länder für Holzexporte aus Deutschland 2002 – 2008 (Mio. €)

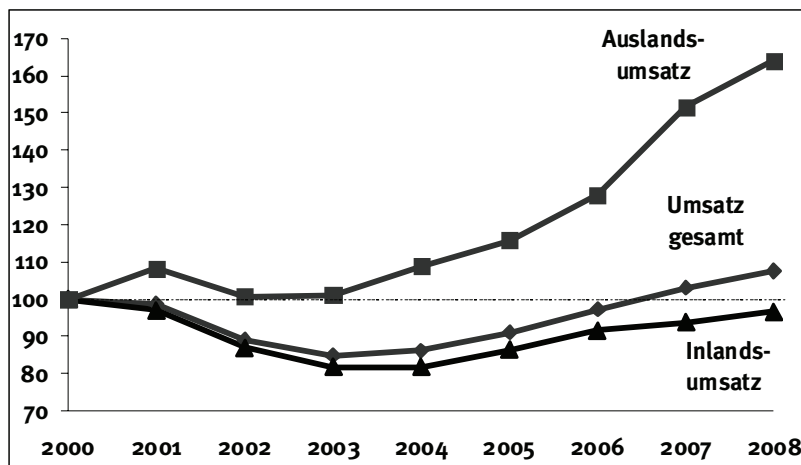
| Land | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | Veränd. 2008:02 in % |
|----------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|----------------------------|
| Frankreich | 368,9 | 406,4 | 474,8 | 541,7 | 626,5 | 788,7 | 785,1 | 113% |
| Österreich | 499,3 | 482,8 | 551,8 | 663,7 | 835,2 | 876,3 | 771,2 | 54% |
| Niederlande | 376,2 | 350,1 | 361,4 | 296,6 | 468,7 | 649,7 | 542,2 | 44% |
| Italien | 361,5 | 370,6 | 407,9 | 439,1 | 532,8 | 575,6 | 481,7 | 33% |
| Polen | 161,1 | 173,1 | 240,0 | 275,4 | 272,5 | 394,9 | 441,2 | 174% |
| Großbritannien | 300,2 | 294,3 | 336,9 | 329,0 | 380,5 | 512,3 | 384,8 | 28% |
| Belgien | 273,9 | 250,4 | 260,9 | 276,8 | 290,8 | 404,4 | 372,9 | 36% |
| Schweiz | 307,1 | 322,2 | 359,3 | 379,3 | 457,6 | 488,9 | 491,2 | 60% |
| USA | 397,9 | 336,1 | 497,3 | 628,0 | 587,2 | 431,0 | 255,1 | -36% |
| Russland | 60,9 | 82,5 | 112,4 | 128,3 | 135 | 178,8 | 235,8 | 287% |

(Quelle: EUROSTAT, März 2009 (Warenverzeichnis Aussenhandelsstatistik Code 44))

Möbelindustrie

Der deutsche Möbelmarkt ist der größte in der EU27 mit einem Wert von rd. 22 Milliarden Euro in 2008. Damit ist er fast doppelt so groß wie der des nächst folgenden Landes Italien. Das Umsatzwachstum 2007 war das größte seit sieben Jahren. Neben den Vorzieheffekten aus der Mehrwertsteuererhöhung sind die besseren Exporterfolge für dieses Ergebnis mitverantwortlich. Der Möbelabsatz im Inland ist zwischen 2000 und 2003 gesunken und seit 2004 wieder steigend. Trotz der damit erzielten Verbesserungen bewegen sich die Zuwächse beim Inlandsumsatz auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.

Abb. 25 Möbelindustrie: Inlands- und Auslandsumsätze 2000 – 2008 (Index: 2000=100)



(Quelle: IGM / Ressort Industriepolitik)

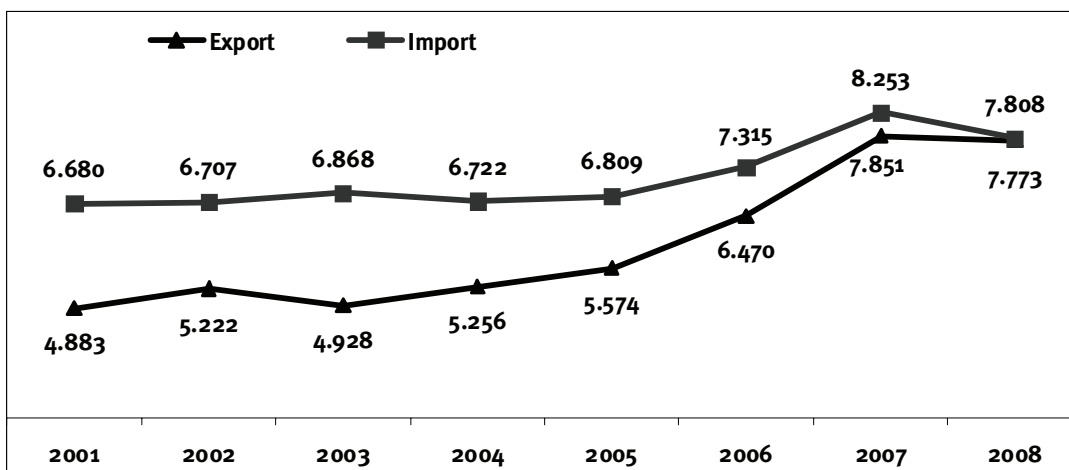
Für viele Konsumenten steht der Neukauf von Möbel nicht unbedingt an erster Stelle mit dem Ergebnis, dass Möbelanschaffungen im Vergleich zu anderen Konsumgütern eher auf spätere Zeiten hinaus geschoben werden. Der Möbelkonsum leidet in besonderem Maße unter den größer werdenden Ausgaben bei konkurrierenden Konsumgütern wie Elektronik, Computer und Kommunikationsausrüstungen. Den Wirtschaftsforschern zufolge lag der Konsumanteil von Möbeln im Jahr 2006 bei nur 5,2 Prozent von den konsumtiven Gesamtausgaben in Deutschland.

Außenhandel mit Möbel

Die Exporte deutscher Möbelhersteller wachsen seit 2003 in jedem Jahr dynamischer und wertmäßig schneller als die Umsätze am Inlandsmarkt. 2008 exportierte Deutschland Möbel im Wert von etwa 7,8 Milliarden Euro. Dies ist ein Zuwachs von rd. 50 Prozent seit 2002 – aber gleichzeitig 0,6 Prozent weniger als in 2007. Die Möbelexporte aus Deutschland sind in 2008 krisenbedingt erstmals wieder leicht gesunken. In der europäischen Rangfolge ist Deutschland dennoch der zweitgrößte Exporteur nach Italien.

Abb. 26 Möbelindustrie: Export und Import 2001-2008

(in Mio. €)



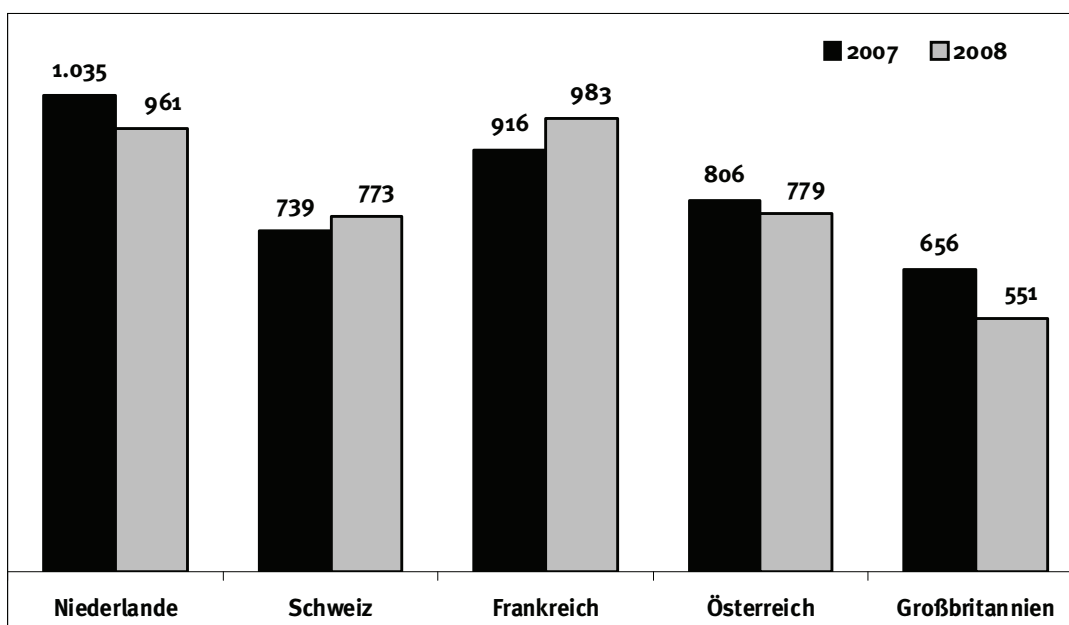
(Quelle: IGM, HDH/VDM)

Die Importe sind langjährig betrachtet nicht in derselben Geschwindigkeit gestiegen wie die Exporte. Im Jahr 2008 hat Deutschland Möbel im Wert von 7,8 Milliarden Euro importiert. Dies sind fast 22% von allen EU-Importen im betreffenden Jahr. Die Möbelimporte sind von 2002 bis 2007 rd. 1,4 Milliarden Euro (rd. 21%) gestiegen. In 2008 sanken diese um rd. 450 Mio. Euro (-5,5%) auf weit unter acht Milliarden Euro.

Fast 90 Prozent der deutschen Exporte gingen 2008 in europäische Länder (davon 62 Prozent in die EU-15). In der Rangliste der für Deutschland wichtigen Exportländer stehen Frankreich und die Niederlande auf den ersten beiden Plätzen, gefolgt von Österreich, der Schweiz und Großbritannien. Hinsichtlich der Exportleistung ergibt sich – bezogen auf diese fünf Länder – ein gemischtes Bild. Den Zuwächsen in der Schweiz (+4,5%) und in Frankreich (+7,3%) stehen Rückgänge in den Niederlanden (-7,1%), Österreich (-3,3%) und Großbritannien (-11,0%) gegenüber. Gerade in den Ländern mit einem hohen Anteil von Importmöbeln und einer nationalen Immobilienkrise – wie die Niederlande und Großbritannien – spüren die größten Rückgänge bei der Einfuhr von Möbeln. Bezogen auf alle westeuropäischen Länder (EU15) sind die Möbelexporte aus Deutschland in 2008 um 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gefallen.

Abb. 27 Deutsche Möbelexporte: TOP- 5 Länder 2007/2008

(in Mio. Euro / vorläufige Zahlen für 2008)



(Quelle: Statistisches Bundesamt, VDM)

Die verschiedenen Fachzweige der Möbelindustrie unterscheiden sich in ihrer Exportintensität ganz deutlich. Bezogen auf die jeweiligen Möbelsortimente ergibt sich für das Jahr 2007 folgendes Bild:

Tab. 7 Möbelindustrie: Export/Import nach Produktgruppen 2007

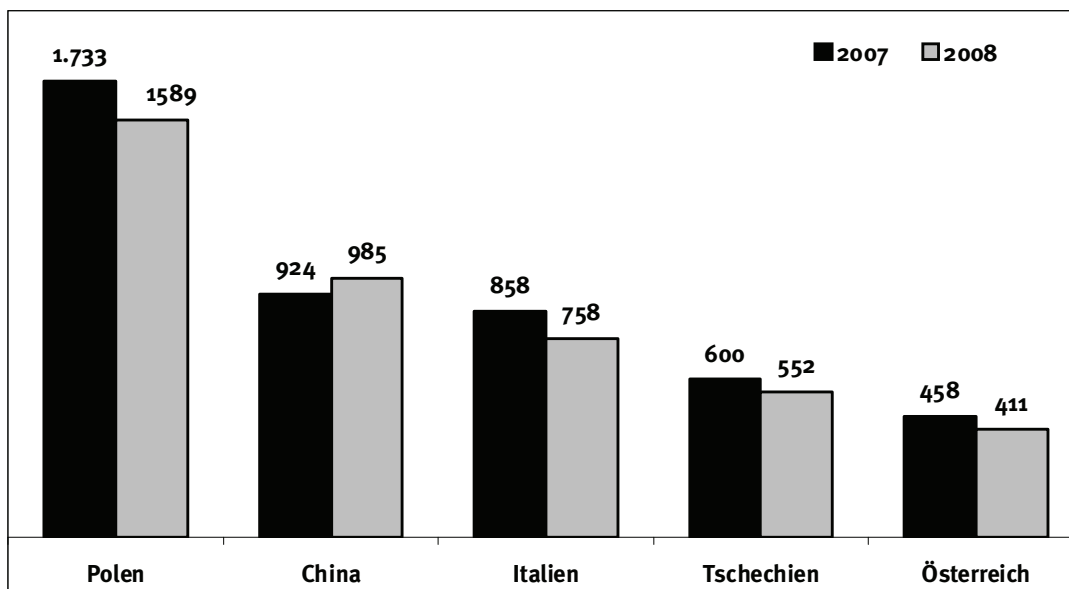
| PRODUKT | EXPORT | | IMPORT | |
|----------------|----------------|---------------------|----------------|---------------------|
| | 2007 Mio. € | Anteil 2007 % | 2007 Mio. € | Anteil 2007 % |
| Sitzmöbel | 2.350 | 31,4% | 4.150 | 54,9% |
| Büromöbel | 620 | 8,3% | 200 | 2,6% |
| Küchenmöbel | 1.380 | 18,4% | 80 | 1,1% |
| Sonstige Möbel | 2.940 | 39,3% | 2.940 | 38,9% |

(Quelle: Statistisches Bundesamt, VDM)

Deutschland ist der größte Möbelimporteur innerhalb der EU27. Mit einem Anteil von 21% bzw. einem Warenwert von 1,6 Milliarden Euro ist Polen der größte Möbelimporteur nach Deutschland. Danach folgt China mit 985 Millionen Euro. In der weiteren Rangfolge stehen Italien (758 Millionen Euro), die Tschechische Republik (552 Millionen Euro) und Österreich (411 Millionen Euro).

Abb. 28 Deutsche Möbelimporte: TOP- 5 Länder 2007/2008

(in Mio. Euro / vorläufige Zahlen für 2008)



(Quelle: Statistisches Bundesamt, VDM)

Die Möbelimporte aus Südost-Asien sind insgesamt am stärksten gestiegen. In 2008 wurden aus ganz Asien Möbel und Möbelteile im Wert von 1,4 Mrd. Euro nach Deutschland eingeführt. Allein die Lieferungen aus China, dem führenden Möbelproduzenten in dieser Region, haben im Zeitraum von 2002 bis 2008 um 255% von 277 Millionen Euro auf 985

Millionen zugenommen. Und auch die anderen asiatischen Ländern wie Indonesien, Vietnam, Taiwan und Thailand haben in dieser Hinsicht kräftig zugelegt. Während die Importe aus der EU15 in 2008 gegenüber dem Vorjahr um minus 11,5 Prozent gefallen sind, konnte Asien um 6,3 Prozent dazu gewinnen.

Tab. 8 Möbelindustrie: Export / Import nach Globalregionen 2008 (in Mio. Euro)

| Länderregion | EXPORT | | | IMPORT | | |
|----------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 2007 | 2008 | Veränd. % | 2007 | 2008 | Veränd. % |
| EU - 15 | 5.044 | 4.838 | -4,1% | 2.336 | 2.067 | -11,5% |
| Osteuropa * | 1.147 | 1.183 | 3,1% | 3.676 | 3.400 | -7,5% |
| Sonstiges Europa ** | 844 | 887 | 5,1% | 565 | 615 | 8,8% |
| Nah-/Mittelost | 86 | 135 | 57,0% | 11 | 11 | 0,0% |
| Asien | 382 | 405 | 6,0% | 1.356 | 1.442 | 6,3% |
| Nordamerika | 312 | 307 | -1,6% | 31 | 30 | -3,2% |
| Mittel-/Südamerika | 45 | 56 | 24,4% | 72 | 65 | -9,7% |
| Gesamt | 7.851 | 7.773 | -1,0% | 8.253 | 7.808 | -5,4% |

* = incl. Russland / ** = incl. Norwegen, Schweiz, Türkei / Für 2008 vorläufige Zahlen

(Quelle: Statistisches Bundesamt, VDM)

Die Entwicklungen im Außenhandel belegen: Die Möbelindustrie in Deutschland ist eine traditionell exportschwache Branche. Deshalb trifft die aktuelle Krise diese Branche auch weniger hart als andere Exportgüterindustrien. Verglichen mit anderen Industriezweigen und Konsumgütern ist der Exportanteil der hierzulande hergestellten Möbel niedrig. Bis 2008 ist die Exportquote für die gesamte Möbelindustrie auf durchschnittlich 28 Prozent gestiegen, natürlich mit Abweichungen nach oben und unten bei Unternehmen und Fachzweigen.

Ausgehend von der Exportschwäche wurde das „Wachsen im Export“ zu einem erklärten Hauptziel der Möbelbranche in den letzten Jahren. Die Fachzeitschrift „Möbelmarkt“ fragte in der Ausgabe 01/2008: „Worin liegen die Chancen für die deutsche Möbelindustrie?“ Die damalige Antwort war:

„Zu allererst in der Globalisierung. Die Märkte weltweit öffnen sich und bieten enorme Wachstumsmöglichkeiten. (...) Nur wer kräftig exportiert, entzieht sich den konjunkturellen Schwankungen im Inland. Doch wo sind weltweit die Märkte mit dem größten Wachstum?“

Alleine von den hierzulande hergestellten Holzbearbeitungsmaschinen werden über 75% außerhalb Deutschlands installiert. Hauptabnehmer sind die USA, Russland, Polen, China und die Türkei. Gerade deshalb sind diese Länder auch gute Abnehmerländer für

deutsche Möbel, weil dort der Möbel-Konsum zunimmt. Die Märkte in China, Indien und auch im Nahen Osten haben seit Jahren enorme Wachstumsraten. Damit entsteht auch eine immer kaufkräftigere Mittel- und Oberschicht und damit das Marktpotenzial für hochwertige Möbel „Made in Germany“. Daneben bietet auch Europa jede Menge Exportmöglichkeiten. Mit den aktuell 25 Mitgliedsländern und annähernd 460 Mio. Einwohnern ist der Wirtschaftsraum größer als die nordamerikanische NAFTA. Generell bieten sich für deutsche Möbelhersteller sowohl in Ländern mit Wachstum in der Mittel- und Oberschicht als auch in Volumenmärkten große Chancen.“⁹

Krise des Exportmodells?

Die möglichen Folgen und Risiken aus einer einseitig exportorientierten Industrie- und Branchenentwicklung werden gegenwärtig zunehmend mehr auf den Prüfstand gestellt. Mit dem Einbrechen der Weltwirtschaft gerät die „Deutsche Exportweltmeisterschaft“ insgesamt in die Kritik. Im Zentrum hierbei: die übergewichtige Abhängigkeit von den weltweiten Auslandsmärkten und die von Jahr zu Jahr größer gewordenen Leistungsbilanzüberschüsse in der Außenwirtschaft. Nicht nur für die Globalisierungskritiker von Attac ist die weltweite ökonomische Krise das Alarmsignal für eine „Krise des Exportmodells“. Danach ist das exportgetriebene Wachstum der entwickelten Industrieländer mitverantwortlich für die bestehenden Ungleichgewichte im Weltwarenhandel zu Lasten der ökonomisch schwächeren Entwicklungs- und Schwellenländer. Die Krise in der Weltwirtschaft wird mit den fehlenden ökonomischen und sozialen Entwicklungschancen in vielen Ländern rund um den Globus in Verbindung gebracht. Heute ist der Kreis der Kritiker dieser, von den Interessen der Industrieländer beherrschten, ungleichen Weltwirtschaftsordnung größer geworden – und dies auch wegen der daraus resultierenden Belastungen für die Wirtschafts- und Sozialentwicklung in Deutschland selbst.

„Ganz wichtig ist, dass Deutschland weg kommt von dem Wachstumsmodell der vergangenen Jahre, das ausschließlich auf Exportwachstum basierte. Wir brauchen ein gleichgewichtigeres Wirtschaftswachstum, bei dem auch die private Konsumnachfrage und die Staatsnachfrage stetig zulegen und damit Wachstumsmotoren sein können. Die große Verschuldung der Unternehmen und Privathaushalte in einigen Volkswirtschaften wie den USA, Großbritannien, Irland oder Spanien ist das Spiegelbild der großen Leistungsbilanzüberschüsse einiger Länder wie Deutschland, China und Japan. Das mickrige Wachstum der Inlandsnachfrage in Deutschland ist in den vergangenen Jahren durch ein größeres, kreditgetriebenes Wachstum in den USA und Spanien ausgeglichen worden. Jetzt sehen wir, dass diese Kombination nicht nachhaltig ist. Von daher ist die Schwäche der deutschen Inlandsnachfrage nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäi-

⁹ Möbelmarkt, 01/2008

sches und internationales Problem. Um den Konsum in Deutschland anzukurbeln brauchen wir ein stärkeres Wachstum der Masseneinkommen, insbesondere der Lohneinkommen. (...) Darüber hinaus sollte der Staat mit Investitionen in Bildung, aber auch in Infrastruktur das Produktivitätswachstum fördern, das nun einmal den möglichen Raum für Lohnsteigerungen vorgibt.“

(Sozialistische Politik und Wirtschaft, 2/2009, S. 9)

Auf die Frage „Wie sieht die deutsche Industrie nach der Krise aus?“ antwortete der zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzels, in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ am 13. März 2009:

„Die industriellen Strukturen werden anders als heute aussehen: Wir werden nie mehr so hohe Exportüberschüsse haben, weil andere Staaten unsere Überschüsse nicht mehr hinnehmen werden. Die gesamte Wirtschaft und auch die industrielle Produktion muss sich stärker auf den Binnenmarkt orientieren.“

Die von der IG Metall geforderte Wende hin zu einer stärkeren Binnenmarkt-Orientierung als Basis für eine gleichgewichtige Wirtschaftsentwicklung betrifft alle Industriezweige und ist auch bei Holz/Möbel von Bedeutung. Das Exportwachstum in den letzten Jahren darf nicht dazu führen, dass der Inlandsmarkt für Möbel im Wettbewerb mit den Importen aus dem Ausland vernachlässigt wird. Die Möbelindustrie in Deutschland (wie auch in ganz Europa) wird bei der für 2010 erhofften Konjunkturerholung branchenpolitisch nicht nahtlos dort anknüpfen können, wo sie vor der Krise gestanden hat. Die notwendigen Veränderungen betreffen sowohl die Entwicklungsmöglichkeiten von Unternehmen und Teilbranchen wie auch die wirtschaftliche Neuausrichtung auf internationalen Märkten. Dabei wird es darum gehen müssen, zu einem stabilen Gleichgewicht mit einer qualifizierten Wachstumsstrategie im In- und Ausland zu kommen.

Die erste Konsequenz muss daher sein:

Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Einkommenspolitik, bei der die Niedrigverdiener entlastet und die Höchstverdiener steuerlich belastet werden. Geldvermögen sowie Finanzmarkt- und Aktiengeschäfte müssen deshalb in die Besteuerung von Einkünften stärker einbezogen sein. In mittelfristiger Hinsicht braucht es zudem eine expansive Lohn- und Tarifpolitik, mit der die Arbeitnehmereinkommen und die Kaufkraft nachhaltig gestärkt werden. Hier sind die Tarifparteien und auch die Politik gefordert.

Die zweite Konsequenz richtet sich auf die Branchenentwicklung selbst:

Notwendig ist die Herstellung einer regional ausgewogenen Exportstruktur, die sich nicht allein auf Europa konzentriert, sondern bei der auch die entfernter gelegenen Auslandsmärkte besser erreicht werden.

Der Export von Möbeln gerät zur Zeit in große Bedrängnis. Die schwierige wirtschaftliche Lage in Gesamteuropa wie auch auf den weltweiten Absatzmärkten lässt die Ausfuhren deutlich schrumpfen. Wenn große Investitionsprojekte in Nahost oder auch in Russland auf Eis gelegt sind, so betrifft dies die deutsche Branche mit ihrer Ausrichtung auf hochwertige Ausstattungen im Objektgeschäft ganz besonders. Am Ende dieses Jahres wird die Exportbilanz gemessen an dem Ergebnis aus 2008 voraussichtlich wesentlich schlechter ausfallen. Ein Hauptgrund für diese Entwicklung ist der sinkende Absatz innerhalb der EU27 aufgrund der schwächer werdenden Inlandsmärkte im westlichen Europa. Gerade in Ländern wie Spanien und Großbritannien sind die Folgen der jeweils „hausgemachten“ Immobilienkrise am Möbelmarkt deutlich zu spüren.

Die innereuropäischen Märkte für Möbelexporte aus Deutschland sind schon in 2008 schwächer geworden. Viele europäische Länder hatten schon im letzten Jahr einen Rückgang bei den globalen Möbeleinfuhren. Sinkende Importe verbuchten u.a. Spanien (-12,5%), Italien (-7,0%), USA (-6,0%), Dänemark (-1,0%), Schweiz (-1,5%) und auch Belgien (-0,5%). In Portugal und in den Niederlanden stagnierten die Möbellieferungen aus dem Ausland auf dem Vorjahresniveau von 2007. Mehr Möbelimporte gab es hingegen in China (+10,7%), Polen (+16,0%), Schweden (+3,0%) und bereits deutlich geringer in Österreich (+2,4%) und Frankreich (+1,0%).¹⁰

Im 1. Halbjahr 2009 hat sich dieser Trend im Außenhandel weiter fortgesetzt. In Spanien sind die Möbeleinfuhren von Januar bis Juni um 37% gegenüber dem 1. Halbjahr 2008 eingebrochen. Vergleichbar umfassend sind die Import-Rückgänge auf anderen Auslandsmärkten (jeweils 1. Quartal 2009): Lettland – 59,6%, USA –20,3%, Schweden –21,0%, Polen –21,0%, Italien – 11% und Schweiz –9,2%. Die gesunkene Aufnahmefähigkeit der innereuropäischen Märkte beeinträchtigt die Exportleistung der deutschen Möbelindustrie. Die Branchenkonjunktur wird es dann wieder Anspringen, wenn sich die für die Möbelbranche in Deutschland wichtigen EU27-Auslandsmärkte soweit erholt haben, dass sie die aus dem Inland kommenden wirtschaftlichen Impulse verstärken können.

Nationale, staatliche Stützungsmaßnahmen für die Exportbelebung und zur Mobilisierung der Inlandsnachfrage – wie jetzt von mehreren Ländern auf den Weg gebracht - nützen

¹⁰ EUWID Möbel, verschiedene Ausgaben 2009

der Möbelbranche hierzulande nur sehr bedingt. Im europäischen und internationalen Spektrum werden dazu verschiedene Instrumente eingesetzt¹¹:

- Um die Nachfrage anzukurbeln hat die Türkei die Umsatzsteuer auf Möbel befristet für zunächst 3 Monate bis einschließlich Juni 2009 von 18 auf 8 Prozentpunkte gesenkt.
- China hat die Kürzungen bei den Exportsubventionen zurück genommen. Diese wurden in diesem Jahr bereits zweimal – von 11 Prozent auf 13 Prozent und jetzt noch einmal auf 15% – erhöht.
- Die Regierung der spanischen Provinz Navarra fördert durch ein Sofortmaßnahmenpaket den Kauf von Küchen- und Badmöbeln im Rahmen von Renovierungsprojekten. Gefördert werden 20% der Anschaffungskosten bzw. maximal 3.000 Euro.
- Italien hat bereits zum Jahresanfang 2009 ein vergleichbares Hilfspaket mit Anreizen u.a. zum Kauf von Möbeln verabschiedet. Danach werden Möbelkäufe ab 10.000 Euro mit einer 20-prozentigen Steuervergünstigung unterstützt.

Die in der Branche geltende Wachstumsperspektive mit der Ausrichtung auf jährliche steigende Exporte hat sich aktuell riskant verändert. Und dies im Wesentlichen aus drei Gründen:

(1) Die EU27 ist der global größte Absatzmarkt für weltweit produzierte Möbel und Deutschland ist das größte Lieferland innerhalb der Europäischen Union. Nahezu 80 Prozent der Möbelexporte aus Deutschland gehen in die Länder der europäischen Union. Zählt man die nicht der EU angehörenden Länder wie Norwegen, Schweiz, Russland und die Türkei hinzu, so erhöht sich die in Europa verbleibende Exportleistung auf nahezu 90 Prozent. Die jährlichen Zuwachsraten im EU-Intra-Handel sind – zumindest was die deutsche Position betrifft – gering und mit von Jahr zu Jahr schwächer werdender Tendenz.

Nur äußerst geringe 10 Prozent werden weltweit gehandelt – und dort wiederum mit der hauptsächlichen Ausrichtung auf die USA sowie auf die Nahost-Region. Die für die deutsche Wirtschaft insgesamt so wichtigen BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China), die wegen ihres hohen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum als die global bedeutendsten „Zukunftsmärkte“ gelten, sind für die Branche Holz/Möbel von eher geringer Bedeutung.

(2) Die Vorrangstellung deutscher Hersteller auf dem europäischen Markt wird durch die wachsende Importkonkurrenz von außerhalb der EU27 geschwächt. Vor allem die jährlich steigenden Möbeleinfuhren aus den mittelost- und südosteuropäischen Mitgliedsländern nach Westeuropa – und damit in die Hauptmärkte der hiesigen Möbelproduzenten – bedrängen den Markt und das Absatzpotential für Möbellieferungen aus deutscher Fertigung.

¹¹ EUWID Möbel, verschiedene Ausgaben 2009

Heute wird klar: Von Jahr zu Jahr steigende Exportleistungen sind im EU27-Binnenmarkt immer schwieriger zu realisieren.

(3) Die deutschen Möbelhersteller sind im EU-Ländervergleich auf den außereuropäischen Möbelmärkten deutlich unterrepräsentiert. Die in den Exportstatistiken für die Möbelindustrie zuletzt prominent vermeldeten zweistelligen Zuwachsraten in Regionen außerhalb der EU27 sind relative Verbesserungen – ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Diese Exporterfolge lassen unberücksichtigt, dass Deutschland beim Möbelaußenhandel – z.B. mit den Golfstaaten, Russland, Indien und auch USA – oftmals hinter den Ausfuhren anderer, europäisch führender Branchenländer zurückliegt. Verglichen mit Italien oder Skandinavien sind die Exportaktivitäten deutscher Hersteller schwächer entwickelt. Für künftige Marktchancen ist deshalb das perspektivisch weiter wachsende Nachfragepotential nach europäisch gefertigten Möbeln allein nicht ausschlaggebend. Ebenso wichtig ist die konkrete Wettbewerbsposition mit den global konkurrierenden, europäischen Ländern. In den zentralen Feldern – u.a. bei Markenbildung, Qualität, Liefer- und Kundenservice, Bekanntheitsgrad, Vertriebsnetze, Image usw. – sind die europäischen Mitbewerber auf wichtigen Auslandsmärkten „traditionell“ gut aufgestellt. Die deutsche Möbelindustrie steht unverändert vor der Herausforderung, dass sie in vergleichbarer Weise mit Qualität und Leistung sowie bei Vertrieb und Marketing vorankommen muss.

Im Sinne einer branchenwirtschaftlichen Perspektive bedeutet dies: Die Verfestigung der Krise in Europa und die enge Marktbindung vor allem an Westeuropa macht es höchst unwahrscheinlich, dass die hier zur Zeit stattfindenden Einbrüche binnen kurzer Zeit wieder aufgeholt werden können. Die nachlassende Exportleistung der deutschen Möbelbranche und damit die Absatzkrise innerhalb der EU27 wird deshalb für eine unbestimmte Zeit ein Risikofaktor in der branchenwirtschaftlichen Entwicklung sein.

3. Erfolgsfaktoren für die Branchenentwicklung und für die Beschäftigungs-Sicherung in der Branche Holz/Möbel

Unabhängig von dem gegenwärtigen Konjunkturunbruch muss die strategische Ausrichtung der Möbelbranche an folgenden Zielen festhalten und deren Umsetzung – sowohl im Rahmen von Unternehmenskonzepten wie auch bei den branchenwirtschaftlichen Weichenstellungen – konsequent weiter ausbauen.

Marktorientierung - Schnelles Umsetzen von Markttrends in Produkte für Zielgruppen.

Trotz der schwierigen Gesamtsituation gibt es immer noch Wachstumspotenziale für die Unternehmen, denen es gelingt, Trends am Markt frühzeitig aufzuspüren und diese schnell und flexibel in neue Produkte umzusetzen. Solcherart Trends ergeben sich bei Funktionalitäten, Wohnstilen, Komfort und Material. Wichtige Ansatzpunkte entstehen aus der demographischen Entwicklung – z.B. die wachsende Bedeutung der Senioren. Obwohl demographische Daten und Informationen über das Konsumverhalten ausreichend vorhanden sind, erfolgt ihre Umsetzung in passende Produkt- und Dienstleistungsangebote nicht immer optimal. Gefordert sind hier mehr „Konzeptlösungen“, die auf unterschiedliche Zielgruppen (Kinder, Singles, junge Familien, Senioren) und Motivstrukturen (sich wohlfühlen, mobil sein, gesund bleiben, sich ökologisch verhalten) zugeschnitten sind.

Service und Kundenorientierung werden immer wichtiger.

Für die Zukunft der Holz- und Möbelindustrie ist es auch zukünftig wichtig, Service und Kundenorientierung weiter zu verbessern. Insbesondere in den Bereichen Flexibilität der Liefermengen, elektronischer Datenaustausch und Just-in-time-Belieferungen gilt es, individuelle Wünsche und Bedürfnisse umfassender zu berücksichtigen. Die zunehmende Komplexität vieler Produkte erhöht den Bedarf an Beratung und Service. Verstärkungen beim Kundenservice und produktbezogene Dienst- und Zusatzleistungen sind somit wichtige Erfolgsfaktoren für die Möbelbranche. Moderne Informations- und Kommunikationstechniken ermöglichen es dem Hersteller, Kundenkommunikation und Serviceleistungen über beliebige Distanzen hinweg zu betreiben. Dies reduziert Wartezeiten (z.B. bei Änderungen, Reklamationen und Produktmängeln) und beschleunigt den Dienst am Kunden.

Investitionen und Innovationen sind Schlüsselfaktoren für die zukünftige Branchenentwicklung.

Aus den angesprochenen Trends ergibt sich die Notwendigkeit zu permanenten Innovationen, mit denen die zentralen Kompetenzen gestärkt werden. Der Holz- und Möbelsektor ist hier schwach aufgestellt. Beide Teilbranchen liegen bei ihren Innovationsaktivitäten auf den untersten Rängen aller deutschen Industriebranchen. Die jetzt benötigten Innovationschübe sind maßgeblich durch die Aktivierung der folgenden Faktoren zu erreichen: hohe Qualifikation der Beschäftigten, intelligente Arbeitsorganisation, Verbesserung der Produktstandards, Qualität und Design sowie Forschung und Entwicklung.

Die strategische (Neu-)Ausrichtung ist mitentscheidend für den langfristigen Erfolg der Branche.

Die in den letzten Jahren vorherrschenden, defensiven Unternehmensstrategien, die lediglich Effizienzsteigerung, Rationalisierung und Kostensenkungen angestrebt hat, wird den heutigen wirtschaftlichen Ansprüchen langfristig nicht gerecht. Notwendig ist eine von Innovationen geleitete Reorganisation der Branche. Innovationen beschränken sich dabei nicht mehr nur auf Produkt- und Prozessinnovationen, sondern schließen gerade auch Veränderungen bei den administrativen Abläufen und Organisationsstrukturen ein. Um innovative Lösungen am Markt anbieten zu können, muss die Umsetzung von Konzepten und Produkten heute schneller und besser erfolgen als noch vor einigen Jahren. Dieser Prozess wird aber nur dann zum Erfolg avancieren, wenn er von allen Mitarbeitern des Unternehmens mitgetragen werden kann. Die Basis hierfür muss daher durch eine entsprechende, innovationsförderliche „Unternehmenskultur“ und letztlich durch die Schaffung von Qualifikationen gelegt werden.

Defizite bei der Ausbildung und Qualifizierung müssen beseitigt werden.

Die Strukturwandlungsprozesse in der Branche – vor allem auch die Verkürzung der Lebenszyklen von Technologien, Entwicklungen und Produkten – erhöhen die Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten auf allen Ebenen. Personalentwicklung – auch in Form einer qualifizierten Berufsausbildung – ist damit ein wesentlicher, strategischer Erfolgsfaktor. Dieser Zusammenhang wird von den Unternehmen immer noch zu wenig beachtet. Der Qualifikation und Motivation der Mitarbeiter kommt vor allem in Zeiten des Strukturwandels eine Schlüsselfunktion für Zukunftsausrichtungen zu. Zusätzlich erfordert der Wandel unserer Gesellschaft zur wissensbasierten Informationsgesellschaft ständig neue Qualifikationen der Beschäftigten und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen. Die Fähigkeit zur Nutzung der jeweils neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ist in der In-

formationsgesellschaft die entscheidende Voraussetzung zur effizienten Nutzung des Produktionsfaktors Information.

Führungs- und Managementqualitäten sind gefordert.

Die Branche Holz/Möbel braucht verbesserte Management- und Führungsqualitäten in den Unternehmen. Die Möbelindustrie hat in den letzten Jahren erhebliche Konsum- und Marktanteile an andere Branchen – unter anderem an die Auto-, Freizeit- und Gesundheitswirtschaft – verloren. Diese Konsumanteile gilt es zurückzuholen. Preis- und Kostensenkungsstrategien sind hier allerdings die falschen Wege. Im Vordergrund müssen vielmehr die Steigerung der Innovationsfähigkeit, die Entwicklung neuer Produkte und deren intelligente Vermarktung stehen, wozu der Einsatz von hoch qualifizierten, erfahrenen und „mit der Branche verbundenen“ Managern notwendig ist.

Veränderung durch Kooperationen

Der Strukturwandel in der Holz-/Möbelindustrie zwingt zu erheblichen Investitionen in Forschung und Entwicklung, Fertigungstechnologie, Logistik und Vertrieb. Klein- und mittelständische Unternehmen haben hier oftmals große Schwierigkeiten, diese Investitionen allein zu tätigen. Eine Erfolg versprechende Strategie für KMU's kann darin bestehen, sich Größenvorteile durch zwischenbetriebliche Kooperationen zu sichern. Auch die mit dem Strukturwandel einhergehende Konzentration von Unternehmen auf ihre Kernkompetenzen und die damit oftmals verbundene Neuordnung der Wertschöpfungsketten lässt Kooperationen immer wichtiger werden. Um hochwertige Produkte und Qualitäten entwickeln und anbieten zu können, ist es deshalb in vielen Fällen unumgänglich, Kooperationen nicht nur mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen, sondern auch mit anderen Unternehmen in der Branche einzugehen. Dieses Vorgehen verlangt allerdings, dass das Konkurrenzdenken innerhalb der Branche und zwischen Unternehmen zugunsten einer umfassenderen Kooperationsbereitschaft zurückgedrängt wird.

4. Dokumentation

Handlungshilfe: Weniger Aufträge. Weniger Produktion. Was nun?

Die nachfolgenden Hinweise und Empfehlungen sind dem Extranet der IG Metall entnommen. Sie werden dort laufend aktualisiert und ergänzt.

Nachschauen lohnt sich!

http://extranet.igmetall.de/cps/rde/xchg/extranet/style.xsl/view_51621.htm

Angesichts der weiter fortbestehenden massiven Wirtschaftskrise wird es in den kommenden Monaten vor allem darum gehen, einen "Schutzschirm für Arbeitnehmer" zu schaffen. Die IG Metall hat dafür eine umfassende Handlungshilfe "Weniger Aufträge - weniger Produktion. Was nun?" erarbeitet und diese mit nützlichen Informationen und Werkzeugen im Extranet veröffentlicht. Dort sind auch die passenden Checklisten und weitere Tipps für die Praxis zum Abruf hinterlegt. Informiert wird darüber, was Betriebsräte aktuell tun können und welche betrieblichen, arbeitsmarktpolitischen und tarifvertraglichen Instrumente in der konkreten Betriebspraxis angewendet werden können.

Aktiv in der Krise - offensiv im Betrieb! - Für ein offensives betriebspolitisches Handeln

Die betrieblichen Interessenvertretungen und die IG Metall insgesamt stehen vor großen Herausforderungen. Die Krise ist aber gleichzeitig auch eine Chance, um unsere beschäftigungs- und gewerkschaftspolitische Kompetenz in den Betrieben zu unterstreichen und in Mitgliedererfolge umzusetzen.

Hierzu gilt es eine offensive gewerkschaftspolitische Strategie zu entwickeln, die Forderungen für die Belegschaften entwickelt und Erfolge auch über gesetzliche Regelungen hinaus erstreitet.

Hierzu:

- prüfen und entwickeln wir Alternativen zu den Planungen des Unternehmens
fordern wir selbstbewusst Zukunftskonzepte ein
- entwerfen und fordern Beschäftigungssicherungskonzepte
- entwickeln wir mitglieder- und beteiligungsorientierte Durchsetzungsstrategien

Diesem hohen Anspruch an offensive und innovative gewerkschaftliche Betriebspolitik können wir nur erfüllen, wenn es uns gelingt, alle Ressourcen innerhalb und außerhalb der Betriebe zu mobilisieren.

Rahmenbedingungen und Ziele

Wie reagieren Unternehmen auf die Krise? Deren Rezepte lauten fast überall gleich: billiger produzieren, Personalkosten senken, Innovationen auf die lange Bank schieben. Sie handeln nach dem Motto: Warten auf den Aufschwung. Der Markt wird's schon richten.

Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall trauen den Selbstheilungskräften des Marktes aber schon lange nicht mehr. Weil sie wissen: "Schnell Kosten mindern" bedeutet "restrukturieren mit Substanzverlust", "Kapazitäten anpassen" steht für die dauerhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen. Aus vertagten Investitionen werden verpasste Innovationen.

Die IG Metall setzt deshalb auf eine betriebspolitische Doppelstrategie:

- Kurzfristig geht es darum Entlassungen zu verhindern und Ausbildungskapazitäten zu sichern, betriebliche Strukturen zu erhalten und Wertschöpfungskapazitäten zu stabilisieren. Krisenfolgen zu Lasten der Beschäftigten müssen begrenzt, Trittbrettfahrer auf Arbeitgeberseite gestoppt werden.
- Mittel- und langfristig wollen wir mit der Entwicklung eigener Konzepte und Ideen dazu beitragen, Betriebe krisenrobuster aufzustellen und industrielle Beschäftigung in Deutschland zu sichern.

Es gilt betriebspolitische Alternativen zu einseitigen Kostensenkungsprogrammen des Managements zu entwickeln und aufzuzeigen. Wir müssen Zukunftskonzepte einfordern und "Besser-Strategien" durchsetzen. Unser Ziel: Innovationsfähigkeit der Betriebe erhöhen, Tarifbindung festigen und Mitbestimmung stärken. Das Vorgehen: Mitglieder- und beteiligungsorientiert.

Der erste Schritt muss sein: Einschätzung der Lage im Betrieb

Bevor Maßnahmen ergriffen werden, muss zunächst eine Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage des Betriebs und des Unternehmens getroffen werden. Handelt es sich bei dem Problem "nur" um einen vorübergehenden Rückgang der Aufträge oder liegen noch weitere Risiken vor? Ist das Unternehmen beispielsweise von der Finanzkrise betroffen, gibt es möglicherweise Finanzierungsprobleme? Je nach Art der vorliegenden Krise können neben dem Umgang mit dem aktuellen Arbeitsausfall auch noch andere Maßnahmen erforderlich sein.

Als Hilfestellung zur Beschaffung der erforderlichen Informationen kann der nachfolgende Fragenkatalog für Betriebsrat und Wirtschaftsausschuss dienen.

Fragenkatalog zur Einschätzung der Lage

Die gesammelten Informationen sollten den Betriebsrat in die Lage versetzen, die folgenden Fragen zu beantworten, die für die weitere Strategiebildung von entscheidender Bedeutung sind:

- Welcher Anteil des drohenden Arbeitsausfalls ist unvermeidbar, und inwieweit deshalb mit Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze erhalten werden sollen - evtl. auch gegen den Willen des Arbeitgebers;
- welcher Anteil des drohenden Arbeitsausfalls soll kurzfristig, möglichst jedoch langfristig vorbeugend durch bessere Planung oder organisatorische und beschäftigungspolitische Maßnahmen verhindert werden;
- welcher Anteil des drohenden Arbeitsausfalls ist als reine Kostensenkungsmaßnahme des Arbeitgebers anzusehen, inwieweit soll deshalb Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung als unnötige Belastung der Arbeitnehmer und bei Kurzarbeit auch der Arbeitslosenversicherung abgelehnt werden.

Die im Fragenkatalog aufgelisteten Informationen sollten kontinuierlich gesammelt und ausgewertet werden. Denn zu einem Zeitpunkt, zu dem der Arbeitgeber Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung einführen will, kann es für wirksame ergänzende oder alternative Maßnahmen bereits zu spät sein.

Zur Frage nach den (rechtlichen) Möglichkeiten, um Informationsrechte durchzusetzen, sei wird dieser auf die entsprechende Literatur verwiesen (u.a. Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz). Insbesondere die Rechte des Wirtschaftsausschusses nach § 106 (3) BetrVG bieten gute Möglichkeiten für den Betriebsrat, rechtzeitige und umfassende Informationen vom Arbeitgeber zu erhalten. Nicht zuletzt sollte der Betriebsrat überlegen, ob es ratsam ist, einen Sachverständigen zur Unterstützung bei der Problemanalyse und der Strategieentwicklung hinzuzuziehen. Die IG Metall Verwaltungsstellen bieten Unterstützung bei der Suche.

Krise nutzen - Innovationspotenzial aufzeigen Alternativen durch Gegenkonzepte

Beschäftigung wird nicht durch einen Wettbewerb um die niedrigsten Entgelte gesichert. Vielmehr ist die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens die entscheidende Stellschraube, um langfristig auf den Märkten bestehen zu können. Stellt sich bei der Analyse der Lage des Unternehmens heraus, dass es sich nicht nur um eine kurzfristige Absatzkrise handelt, sollte bei der Strategieentwicklung der Gedanke: "Besser statt billiger" im Mittelpunkt stehen. Die Forderungen der Arbeitgeber an die Beschäftigten bei Unternehmenskrisen suggerieren, dass Entlassungen, Leistungsverdichtung, Rationalisierung und Lohnverzicht die

einzig mögliche Antwort sind. Dem gilt es mit dem politischen Druck gut organisierter Belegschaften und ausgereiften Strategien gegenzusteuern.

Information und Einbeziehung der Belegschaft

Von großer Bedeutung sowohl für die Entwicklung als auch für die Durchsetzung eines Maßnahmeplans ist die Unterstützung der Belegschaft. Arbeitgeber versuchen oft, die Verunsicherung der Arbeitnehmer/innen über den Erhalt der Arbeitsplätze zu ihren Gunsten zu nutzen, indem sie z.B. die Einführung von Kurzarbeit bzw. Arbeitszeitverkürzung als einzig mögliche Alternative zu Entlassungen darstellen. Der Betriebsrat kann dadurch sehr schnell unter Druck geraten, dem vermeintlich kleineren Übel zuzustimmen.

Je besser dagegen die Beschäftigten über die reale Situation des Betriebes und über die Vorschläge des Betriebsrats zur Vermeidung von Arbeitsausfall informiert sind, desto weniger werden sie Gerüchten von Arbeitgeber-Seite Glauben schenken. Andererseits benötigt auch der Betriebsrat die konkreten Informationen aus den Abteilungen und von einzelnen Arbeitsplätzen, um realisierbare Vorschläge zu entwickeln. Aber auch auf mögliche Interessenunterschiede zwischen verschiedenen Personen und Gruppen sollte der Betriebsrat bei der Erarbeitung seines Maßnahmeplans eingehen.

So können z.B. Besserverdienende durchaus auch ein gewisses Interesse an der bei Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung entstehenden Freizeit entwickeln. Andere könnten z.B. vom Betriebsrat vorgeschlagene (zeitweilige) Umsetzungen an andere Arbeitsplätze als unzumutbar empfinden. Wieder andere sind vielleicht auf Mehrarbeitszuschläge angewiesen und würden protestieren, wenn der Betriebsrat plötzlich jegliche Mehrarbeit ablehnt oder die Abgeltung der Mehrarbeitszuschläge in Freizeit vereinbart usw.

Neben der Information über Vorschläge des Betriebsrats ist daher auch die Diskussion in der Belegschaft mit dem Ziel, unterschiedliche Interessen zu klären und aufeinander abzustimmen, mit einer Voraussetzung für ein einheitliches Vorgehen von Betriebsrat und Beschäftigten.

Jede betriebliche Auseinandersetzung bietet die Chance, auf die Bedeutung einer schlagkräftigen und durchsetzungsfähigen Arbeitnehmervertretung hinzuweisen und für den Eintritt in die Gewerkschaft zu werben. Diese Chance sollte in einer Auseinandersetzung um Beschäftigungssicherung und die Zukunft des Betriebs nicht ungenutzt verstreichen.

Instrumente zum Umgang mit Arbeitsausfall

Betriebliche Instrumente

Nach der Analyse der betrieblichen Lage sollten zunächst einmal die betrieblich vorhandenen Instrumente angegangen werden, die geeignet sind, Beschäftigung zu sichern. Dazu gehört, im Betrieb bestehende Zeitkontingenthaben zu nutzen. Darüber hinaus können und sollten Regelungen zu Freischichten oder zu verlängerten Werksferien abgeschlossen werden. Dies setzt natürlich voraus, dass die Liefersituation für größere Betriebsbereiche eine längerfristige Schließung möglich macht (z.B. durch eine Synchronisation mit den Kundenabrufen).

Die Durchsetzung und Anwendung der Tarifverträge steht weiter oben. Unter beschäftigungspolitischen und Solidaritätsaspekten ist die Durchsetzung der tariflichen Arbeitszeitnorm von 35 Stunden geboten. Von erheblichen Konflikten kann auch die Reduzierung von Schichtarbeit begleitet sein, bedeutet sie doch immer einen beträchtlichen Einkommensverzicht (insbesondere bei der Zurückfahung von steuer- und sozialversicherungsbegünstigten Schichten), kann aber auch erhebliche Personalreduzierungen bedeuten (z.B. beim Wechsel von 3- in 2-Schicht-Modelle). Zudem sind die Auswirkungen auf die Herstellkosten dann erheblich. Trotzdem sollte zunächst eine Zurücknahme von Sonder- und Wochenendschichten erfolgen, wenn die Auslastung insgesamt rückläufig ist.

Das Gleiche gilt für die systematische Reduzierung und Abschaffung von Mehrarbeit. Mit dem Tarifvertrag „Altersteilzeit“ gibt es ein Instrument, mit dem - eine entsprechende Altersstruktur vorausgesetzt - auch ein relativ schonender Abbau von Arbeitsplätzen erfolgen kann. Da dieses Instrument für die Arbeitgeber zudem deutlich günstiger ist als die Finanzierung von Aufhebungsverträgen für Altersgesicherte, ist es in Krisenzeiten häufig möglich, höhere Altersteilzeit(ATZ)-Quoten als nach dem Tarifvertrag betrieblich durchzusetzen.

Allerdings wirkt dieses Instrument nicht kurz sondern mittelfristig, da die Beschäftigten in ATZ zunächst in der Arbeitsphase Zeit aufbauen müssen. Betrieblich können auch unterschiedliche Modelle im Bereich Qualifizierung durchgeführt werden. Aktuell sind insbesondere Maßnahmen im Programm WeGebAU der Agentur für Arbeit zu nennen, mit denen gezielt Maßnahmen für Un- und Angelernte gefördert werden.

Kurzarbeit und Kurzarbeitergeld (KuG)

Kurzarbeit bedeutet eine vorübergehende Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in dem gesamten Betrieb oder organisatorisch abgrenzbaren Teilen eines Betriebs. Die Beschäftigten arbeiten über einen gewissen Zeitraum hinweg weniger oder gar nicht (Kurzarbeit Null).

Der hierdurch entstehende Verdienstaufschlag wird durch die Zahlung des Kurzarbeitergeldes (Kug) teilweise ausgeglichen

Der betriebliche Umgang mit Kurzarbeit ist in allen Tarifbezirken mit vergleichbaren (Mindest-)Regelungen - wie z.B. im nachfolgenden Auszug aus dem Manteltarifvertrag für die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Niedersachsen und Bremen dokumentiert - festgelegt. Notwendig ist der Abschluss einer diesbezüglichen Betriebsvereinbarung.

Kurzarbeit

(Auszüge aus: Manteltarifvertrag für die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Niedersachsen und Bremen)

(Eine Muster-Betriebsvereinbarung befindet sich im Anhang)

40.

Wenn die betrieblichen Verhältnisse es erfordern, insbesondere zur Vermeidung von Entlassungen, kann durch Betriebsvereinbarungen - in Betrieben ohne Betriebsrat nach Anhörung der Belegschaft - von der regelmäßigen betriebsüblichen wöchentlichen Arbeitszeit für den Betrieb oder für Betriebsabteilungen ohne Kündigung der Arbeitsverhältnisse abgegangen und Kurzarbeit eingeführt werden.

41.

Kommt innerhalb einer Frist von drei Arbeitstagen ab Antragstellung eine Betriebsvereinbarung nicht zustande, so ist unverzüglich eine Entscheidung der Einigungsstelle gemäß § 87 Absatz 2 BetrVG herbeizuführen.

42.

Bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Person des unparteiischen Vorsitzenden der Einigungsstelle im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes, so gilt der Präsident des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen als unparteiischer Vorsitzender. Wenn dieser nicht zur Verfügung steht, gilt § 98 Arbeitsgerichtsgesetz.

43.

Die Kurzarbeit ist den betroffenen Arbeitnehmern mindestens fünf Arbeitstage vor Beginn betriebsüblich anzuzeigen.

44.

Der Antrag auf Gewährung von Kurzarbeitergeld ist unverzüglich zu stellen.

Kurzarbeit und Qualifizierung

Im Zuge der Umsetzung des Konjunkturpaketes II sind auf Initiative der IG Metall hin die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen worden, dass erstmalig Qualifizierungsmaßnahmen auch während der Kurzarbeit durch die Bundesagentur für Arbeit finanziell gefördert werden können.

Zusätzlich zur Zahlung des Kurzarbeitergeldes werden je nach Maßnahme und Größe des Unternehmens zwischen 25% und 80% der Weiterbildungskosten von der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Bei Geringqualifizierten erstattet die Arbeitsagentur sogar 100 % der Weiterbildungskosten. Endet die Kurzarbeit und ist die Qualifizierungsmaßnahme noch nicht abgeschlossen, kann die Arbeitsagentur bei Geringqualifizierten für die Zeit vom Ende der Kurzarbeit an bis zum Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme auf Antrag die Lohnkosten bis zu 100% übernehmen. Hierzu muss der Arbeitgeber die geringqualifizierten Beschäftigten bis zur Beendigung der Qualifizierungsmaßnahme freistellen.

Bei vorübergehendem völligem Arbeitsausfall sind betriebsinterne Lösungen bei Kurzarbeit Null in einer internen Qualifizierungsabteilung des Betriebes denkbar. Hierbei werden Beschäftigte in eigens hierfür geschaffene Qualifizierungsabteilungen des Betriebes zusammen gefasst und dann bei vollständiger Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit wegen vorübergehenden Arbeitsausfalls (Kurzarbeit Null) nach den Vorschriften der Qualifizierung während der Kurzarbeit qualifiziert.

Nach Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme kehren die Beschäftigten an ihren alten Arbeitsplatz zurück. Für die Beschäftigten hat dies den Vorteil, dass ihr Arbeitsverhältnis während der Zeit der Qualifizierung bestehen bleibt und sie sich nach wie vor in Beschäftigung befinden. Im Gegensatz dazu setzt der Übergang in eine Transfergesellschaft und damit auch die Qualifizierung im Rahmen einer Transfergesellschaft immer voraus, dass der Arbeitsvertrag mit dem alten Arbeitgeber endet und ein neuer Arbeitsvertrag mit der Transfergesellschaft abgeschlossen wird.

Tarifliche Instrumente

Bei den tariflichen Instrumenten zum Umgang mit konjunkturell und/oder betrieblich bedingtem, zeitweiligen Arbeitsausfall zählen in der Holz- und Möbelbranche in erster Linie die Regelungen im Manteltarifvertrag (MTV). Neben den Bestimmungen zur Einführung von Kurzarbeit sind die tariflichen Regelungen zur Flexibilisierung bei den Arbeitszeiten das wichtigste Instrument für die Beschäftigungssicherung und für den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Die Manteltarifverträge eröffnen eine erhebliche Flexibilisierung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit durch abweichende Betriebsvereinbarungen. In der aktuellen Krise besonders bedeutsam: die Nutzung von Zeitkonten und die zeitlich befristete Reduzierung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit. Diese tariflichen Flexi-Möglichkeiten können als ergänzende Regelungen zur Kurzarbeit eingesetzt werden. Und dies insbesondere dann, wenn es keinen Anspruch auf Kurzarbeit (mehr) gibt, zum Beispiel weil der Umfang der Reduzierung oder die Zahl der Betroffenen nicht ausreicht oder weil das Instrument KuG bereits ausgeschöpft wurde.

Nachfolgend die exemplarisch wiedergegebenen Vereinbarungen aus dem Manteltarifvertrag für die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie in Niedersachsen und Bremen. Vergleichbare oder gar identische Regelungen gelten auch für alle anderen Tarifbezirke.

Arbeitszeit

(Auszüge aus: Manteltarifvertrag für die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Niedersachsen und Bremen)

18. a)

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 35 Stunden von montags bis freitags.

Durch Betriebsvereinbarungen kann im Rahmen der nachfolgenden Bestimmungen für Arbeitnehmergruppen, Betriebsabteilungen oder den ganzen Betrieb davon abgewichen werden.

18. b)

(...)

3. Arbeitszeitkonten

auf Grundlage der 35-Stunden-Woche mit einer jeweils durch Betriebsvereinbarung festgelegten, wechselnden Wochenarbeitszeit zwischen 0 und 45 Stunden. Die Ankündigungsfrist beträgt 7 Tage. In begründeten Ausnahmefällen kann diese Frist mit Zustimmung des Betriebsrates auf 3 Tage verkürzt werden.

Die Abweichung von der tariflichen oder durch nach diesem Tarifvertrag zulässigen Betriebsvereinbarung festgelegten Soll-Wochenarbeitszeit darf für den einzelnen Arbeitnehmer nicht mehr als 200 Stunden Zeitguthaben bzw. 100 Stunden Zeitschuld betragen. Es ist ein individuelles Arbeitszeitkonto zu führen. Der Ausgleich von Zeitguthaben oder Zeitschulden muss nicht im Voraus mitgeplant werden. Er erfolgt längstens innerhalb von 12 Monaten nach Entstehen des Zeitguthabens oder der Zeitschuld.

(...)

19.

Zur Vermeidung von Entlassungen und zur Sicherung der Beschäftigung kann durch freiwillige Betriebsvereinbarung die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für Arbeitnehmergruppen, Betriebsabteilungen oder für den ganzen Betrieb für einen Zeitraum von maximal 12 Monaten bis zu 3 Stunden abgesenkt werden. Die Betriebsparteien können in begründeten Fällen eine Verlängerung des Zeitraums vereinbaren. Die Arbeitnehmer haben Anspruch auf eine der hiernach festgelegten Arbeitszeit entsprechende Bezahlung.

Um eine Absenkung der monatlichen Entgelte zu vermeiden oder zu mindern, können die Betriebsparteien Ausgleichszahlungen vereinbaren, die mit dem anteiligen 13. Monatsinkommen und/oder dem zusätzlichen Urlaubsgeld verrechnet werden.

Für den Zeitraum eines abgesenkten Arbeitszeitvolumens sind betriebsbedingte Kündigungen der betroffenen Arbeitnehmer ausgeschlossen.

Sollten zukünftige betriebliche Ereignisse während der Wirksamkeit der freiwilligen Betriebsvereinbarung über die Absenkung der Arbeitszeit betriebsbedingte Kündigungen unumgänglich machen, bedürfen diese der Zustimmung des Betriebsrates. Den von Kündigung betroffenen Arbeitnehmern wird die Einkommensdifferenz seit Wirksamkeit der freiwilligen Betriebsvereinbarung nachgezahlt. Diese Nachzahlungsverpflichtung ist begrenzt auf einen Zeitraum von 12 Monaten vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Das Gleiche gilt für auslaufende Zeitverträge und spätere betriebsbedingte Kündigungen bis 12 Monate nach Auslaufen dieser Vereinbarung.

(...)

Die wichtigsten Regelungen aus den geltenden Manteltarifverträgen in der Zusammenfassung:

■ **Arbeitszeit und Arbeitszeitkonten**

Durch Betriebsvereinbarung kann von der tariflichen Wochenarbeitszeit im Umfang von 0 - 45 Stunden abgewichen werden. Die individuellen Arbeitszeitkonten ermöglichen den Aufbau von bis zu 200 Plus-Stunden und eine Absenkung auf bis zu 100 Minus-Stunden. Der Ausgleichszeitraum von Zeitguthaben oder Zeitschulden muss nicht im Voraus mitgeplant werden. Dieser muss jedoch innerhalb von 12 Monaten erfolgen.

■ Verkürzung der Wochenarbeitszeit um bis zu 3 Stunden

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann durch freiwillige Betriebsvereinbarung für die Dauer von maximal 12 Monaten um bis zu 3 abgesenkt werden. Damit ist das Instrument vom Volumen her begrenzt, anders als das Instrument des konjunkturellen Kurzarbeitergeldes. Die Absenkung der Arbeitszeit kann einheitlich für den ganzen Betrieb oder Teile des Betriebes bzw. Gruppen von Beschäftigten erfolgen.

■ Ausgleichsregelungen beim Entgelt

Die monatlichen Entgelte vermindern sich entsprechend der verkürzten Arbeitszeit. Die Betriebsparteien können Ausgleichszahlungen vereinbaren, die mit den tariflichen Jahresleistungen (13. Monatseinkommen und/oder zusätzliche Urlaubsvergütung) verrechnet werden. Sozialversicherungsbeiträge werden lediglich auf das abgesenkte Arbeitsentgelt entrichtet. Dies wirkt sich auf die Berechnung der Höhe von Ansprüchen - v.a. der gesetzlichen Rente - aus.

Eine verbindliche Bestimmung zum Lohn- oder Teillohnausgleich besteht laut Tarifvertrag nicht. Allerdings kann über die Umlage der Sonderzahlungen oder der zusätzlichen Urlaubsvergütung eine Ausgleichszahlung vereinbart werden.

Obwohl die Manteltarifverträge für die holzbe- und -verarbeitende Industrie die Möglichkeit eines "echten" Teillohnausgleichs nicht zwingend vorsehen, sind die dort gegebenen arbeitszeitpolitischen Ansätze die wichtigsten Instrumente, um Beschäftigungssicherung durch die Umverteilung von Arbeit im Betrieb zu organisieren.

■ Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen

Für den Zeitraum eines abgesenkten Arbeitszeitvolumens sind betriebsbedingte Kündigungen der betroffenen Arbeitnehmer ausgeschlossen. Sollten während der Wirksamkeit der freiwilligen Betriebsvereinbarung über die Absenkung der Arbeitszeit zusätzliche, neue betriebliche Ereignisse eintreten, „die betriebsbedingte Kündigungen unumgänglich machen“, ist die Zustimmung des Betriebsrats einzuholen. Den von Kündigung betroffenen Arbeitnehmern wird die „Einkommensdifferenz seit Wirksamkeit der freiwilligen Betriebsvereinbarung nachgezahlt. Diese Nachzahlungsverpflichtung ist begrenzt auf einen Zeitraum von 12 Monaten vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Das Gleiche gilt für auslaufende Zeitverträge und spätere betriebsbedingte Kündigungen bis 12 Monate nach Auslaufen dieser Vereinbarung.

Abbau von Arbeitszeitkonten und Resturlaub (bei Kurzarbeit)

Generell gilt bei Kurzarbeit, dass vorrangig die betrieblichen Instrumente zur Einschränkung des Arbeitsausfalls auszuschöpfen sind, bevor mit dem Kurzarbeitergeld die Sozialsysteme in Anspruch genommen werden.

Im Zuge der Umsetzung der Regelungen des Konjunkturpaketes II hat Bundesagentur für Arbeit allerdings an einigen Stellen ihre Verwaltungspraxis verändert: Der Einsatz von Leiharbeitnehmern muss nicht mehr beendet werden, um das Kurzarbeitergeld für die Stammbesellschaft zu erhalten. Auch befristete Arbeitsverträge müssen nicht mehr auslaufen, um das Kurzarbeitergeld für die Stammbesellschaft zu erhalten.

Zu den betrieblichen Instrumenten, die vorrangig vor Beantragung des Kurzarbeitergeldes zur Vermeidung des Arbeitsausfalls einzusetzen sind, gehören u.a. Arbeit auf Lager sowie die Umsetzung der Kurzarbeiter in andere, vollarbeitende Betriebsabteilungen, soweit diese arbeitsrechtlich zulässig und betriebstechnisch möglich ist. Vor dem Bezug von Kurzarbeitergeld ist auch Resturlaub abzubauen.

Dies gilt aber nur dann, wenn noch übertragene Urlaubsansprüche aus dem vorangegangenen Urlaubsjahr bestehen, bzw. wenn die Kurzarbeit gegen Ende des Jahres eingeführt und noch Resturlaub besteht, der auf das kommende Jahr übertragen wird, und jeweils keine Urlaubswünsche der Beschäftigten entgegen stehen. Ist mit dem Betriebsrat vorher eine Urlaubsregelung vereinbart (z.B. Betriebsferien), kann die Arbeitsagentur nicht verlangen, die Betriebsferien in die Zeit der Kurzarbeit vorzuverlegen.

Guthaben auf Arbeitszeitkonten müssen grundsätzlich nur zu dem Zweck eingesetzt und aufgelöst werden, zu dem sie angespart wurden. Nicht vor Beantragung des Kurzarbeitergeldes eingesetzt werden müssen und geschützt sind damit:

- „Echte“ Gleitzeitkonten (deren Verlauf aber von der BA überprüft werden kann),
- Konten, die für Rentenübergänge angespart wurden,
- Konten, die zum Zweck von Qualifizierung angespart wurden, und
- Konten mit anderer konkreter Zweckbestimmung

Flex-Konten, wonach die Arbeitszeit in wirtschaftlich schlechten Zeiten an eine veränderte Produktion angepasst werden kann, und die damit dazu bestimmt sind, Auftragschwankungen abzufangen, müssen vor Beantragung des Kurzarbeitergeldes grundsätzlich genutzt und ausgeschöpft werden. Im Zuge der Umsetzung der Regelungen des Konjunkturpaketes II hat es aber auch an dieser Stelle in der Praxis der Bundesagentur für Arbeit Erleichterungen für die Betriebe gegeben:

Guthaben auf Flex- Konten muss hiernach weiterhin abgebaut, die Konten müssen aber nicht mehr ins Minus gefahren werden. Um einen vollen Entgeltanspruch der Beschäftigten zu behalten, können die Betriebe die Flex-Konten aber weiterhin ins Minus fahren, bevor sie das Kurzarbeitergeld beantragen.

Bei allen anderen Konten ohne konkrete Zweckbestimmung gibt es von Seiten der Bundesagentur eine eher großzügige Auslegung: sie müssen nur bis zu einem Umfang von 10% der Jahresarbeitszeit in Anspruch genommen werden. Darüber hinausgehende Zeiten könnten bestehen bleiben. Grundsätzlich sollte die Nutzung der Zeitkonten Vorrang vor dem Bezug von Kurzarbeitergeld haben, auch wenn es für den Arbeitgeber Mehrkosten oder im Einzelfall für den Beschäftigten eine Einschränkung seiner längerfristigen Planungsfreiheit bedeutet. Allerdings unterscheiden sich die konkreten materiellen Auswirkungen je nach Umfang der Kurzarbeit.

Für die Beschäftigten ist die Vorrangregelung aufgrund der Durchzahlung des Entgelts zwar in vielen Fällen materiell günstiger als der Bezug von Kurzarbeitergeld; im Einzelfall kann sich dies jedoch auch umkehren. Bei der betrieblichen Ausgestaltung ist daher unbedingt auf eine eindeutige und belastbare Regelung hierzu (gegebenenfalls mit der Definition und Begrenzung von weiteren Ausnahmen) zu achten.

Tarifvertrag oder Kurzarbeit?

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Es gibt bezogen auf die jeweilige Problemlage im Betrieb, auf die notwendigen Voraussetzungen, auf mögliche Laufzeiten und auf die materiellen Folgen für die Beschäftigten erhebliche Unterschiede zwischen beiden Instrumenten.

Daraus lässt sich eine auf den ersten Blick relativ eindeutige Interessenlage ableiten: So wird für die betriebliche Interessenvertretung die Vermeidung materieller Nachteile der Belegschaft im Vordergrund stehen und damit eine Präferenz für das Instrument der Kurzarbeit.

Umgekehrt steht aus Sicht des Arbeitgebers die unmittelbare und unkomplizierte Kostenersparnis aus der Arbeitszeitabsenkung im Vordergrund. Durch die gesetzliche Neuregelung der verlängerten Kurzarbeit hat diese jedoch auch arbeitgeberseitig an Attraktivität gewonnen.

Letztendlich hängt die Wahl des Instruments aber von mehreren Faktoren ab, wie Anlass, Art, Umfang und Dauer der notwendigen Arbeitszeitabsenkung. Bei den betrieblichen Verhandlungen über das geeignete Instrument sollte insbesondere beachtet werden:

- Zunächst ist die Grundsatzentscheidung über die Anwendung von Kurzarbeit oder über die Abweichung gemäß dem Manteltarifvertrag zu fällen.
- Die Anwendung der Arbeitszeitabsenkung gemäß dem Tarifvertrag kommt insbesondere dann in Betracht, wenn die Möglichkeit zur Kurzarbeit ausgeschöpft ist und keine begründete Aussicht auf eine Besserung der Arbeitssituation erkennbar ist..
- Bei erheblichem Arbeitsausfall stößt der Manteltarifvertrag an seine Grenzen, da "nur" eine Absenkung von höchstens 3 Stunden pro Woche möglich ist.
- Weigert sich der Arbeitgeber, das Instrument der Kurzarbeit überhaupt in Erwägung zu ziehen, besitzt der Betriebsrat ein Initiativrecht zu deren Einführung. Er kann hier für Forderungen zum Abschluss einer Betriebsvereinbarung aufstellen, den Arbeitgeber zu Verhandlungen auffordern und im Scheiternsfall die Einigungsstelle anrufen. Weiterhin kann der Betriebsrat auch selbst die Anzeige bei der Bundesagentur zur Einführung von Kurzarbeit stellen (§ 173 I SGB III).

**Mehr aktuelle Meldungen und Informationen unter:
www.igmetall.de**

ANHANG 1**Muster-Betriebsvereinbarung zur Einführung von Kurzarbeit**

Betriebsvereinbarung Nr. / über die Einführung von Kurzarbeit

Zwischen der.....gesetzlich vertreten durch.....und dem Betriebsrat der.....wird nachstehende Betriebsvereinbarung zur Einführung von Kurzarbeit mit dem Ziel geschlossen, Entlassungen zu vermeiden.

§ 1 Einführung, Beginn und Dauer

I. In der Zeit vom.....bis..... wird Kurzarbeit im ganzen Betrieb eingeführt.
Oder: Für die Zeit vom.....bis.....wird Kurzarbeit für die Betriebsabteilungen eingeführt, die sich aus der Anlage 1 zu dieser Betriebsvereinbarung ergeben.
Oder: In der Zeit vom.....bis..... wird in den AbteilungenKurzarbeit eingeführt.

Die Zustimmung zur Einführung von Kurzarbeit wird nur unter der Bedingung erteilt, dass die Agentur für Arbeit das Kurzarbeitergeld zahlt.

II. Von der Kurzarbeit ausgenommen werden:

1. Auszubildende und BA- bzw. Werkstudenten sowie das mit der Ausbildung beauftragte Personal
2. Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis während des Kurzarbeitszeitraums aufgrund Kündigung oder Aufhebungsvertrag endet
3. Schwangere Frauen und werdende Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen werden, und bei denen der Bezug von Kurzarbeitergeld in den Bemessungszeitraum des Elterngeldes gem. § 2 BEEG fallen wird
4. Beschäftigte in Altersteilzeit
5. Geringfügig Beschäftigte
6. Arbeitnehmer, bei denen die persönlichen Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld nicht vorliegen

III. Während des Kurzarbeitszeitraums wird die betriebliche wöchentliche Arbeitszeit von.....Stunden aufStunden gesenkt.

IV. Die Arbeitszeit wird auf die Wochentage von.....bis.....verteilt. Bei dringenden betrieblichen Erfordernissen ist nach Zustimmung des Betriebsrates auch eine andere Verteilung der gekürzten Arbeitszeit auf die Wochentage möglich.

Oder: Geschäftsleitung und BR werden jeweils unter Einhaltung der tariflichen Ankündigungsfrist bekannt geben, an welchen Tagen des Folgemonats Kurzarbeit geleistet wird.

V. Im Monat.....wird wegen Kurzarbeit im ganzen Betrieb oder in den Abteilungennicht gearbeitet.

§ 2 Veränderung und Beendigung der Kurzarbeit

- I. Verbessert sich die Auftragslage, kann die Kurzarbeit mit Zustimmung des Betriebsrates beendet oder der Umfang der Kurzarbeit geändert werden.
- II. Besteht die Notwendigkeit, die Kurzarbeit zu verlängern, bedarf es der erneuten Vereinbarung mit dem Betriebsrat unter Beachtung der tariflichen Ankündigungsfristen.
- III. Ist in Eil- oder Notfällen oder sonstigen betriebsbedingten Gründen die Überschreitung der Kurzarbeit notwendig, bedarf es hierzu einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat.
- IV. Eine Unterbrechung, Ausweitung, Verlängerung oder vorzeitige Beendigung der Kurzarbeit ist nur mit Zustimmung des Betriebsrats möglich.

§ 3 Anzeige bei der Agentur für Arbeit - Information des Betriebsrates

- I. Die Geschäftsleitung stellt unverzüglich bei der zuständigen Agentur für Arbeit die Anträge zur Gewährung von Kurzarbeitergeld.
- II. Der Betriebsrat nimmt mit zwei seiner Mitglieder an den Gesprächen der Geschäftsführung mit der Agentur für Arbeit teil. Er erhält Kopien aller die Kurzarbeit betreffenden Unterlagen.
- III. Der Betriebsrat wird vom Unternehmen wöchentlich über die Entwicklung des Auftragsbestandes und der Absatzlage anhand von Unterlagen informiert. Dabei sind dem Betriebsrat Unterlagen vorzulegen über den Stand der Beschäftigten, Auftrags- und Lagerbestand, Umsatz und Produktion jeweils im Vergleich zu den letzten Monaten und den Monaten des Vorjahres.

§ 4 Zahlung des Kurzarbeitergeldes

Das Kurzarbeitergeld wird zum Zeitpunkt der üblichen monatlichen Entgeltzahlung durch den AG gezahlt. Dies gilt unabhängig von dem Zahlungszeitpunkt durch die Agentur für Arbeit.

§ 5 Sonstige Gehaltsansprüche

- I. Die von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer erhalten vom AG monatlich die der verkürzten Arbeitszeit entsprechende Vergütung.
- II. Sollte die Agentur für Arbeit – gleich aus welchem Grund – die Zahlung von Kurzarbeitergeld ablehnen, wird den von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten während der Kurzarbeitszeit die volle Vergütung gezahlt.

III. Während der Kurzarbeit wird bei folgenden Tatbeständen der Anspruch so berechnet, als würde nicht kurz gearbeitet:

1. Urlaubsentgelt und Urlaubsgeld
2. Entgelt für gesetzliche Feiertage
3. Vermögenswirksame Leistungen
4. Weihnachtsgeld
5. Sonstige Sonderzahlungen
6. Beiträge zur betrieblichen und tariflichen Altersvorsorge
7. Geldzahlungen für Freischichten
8. Tarifliche Jahresleistungen

Der Anspruch auf Freischichten wird durch die Kurzarbeit nicht berührt.

IV. Soweit nach Beendigung der Kurzarbeit die Höhe der Leistungen (z.B. Urlaubsentgelt, Entgeltfortzahlung) von Zeiträumen abhängt, in denen Kurzarbeit geleistet wurde, werden die Leistungen berechnet, als wenn keine Kurzarbeit eingeführt worden wäre.

§ 6 Zuschuss zum Kurzarbeitergeld (Aufstockung)

I. Diejenigen Arbeitnehmer, die von der Kurzarbeit betroffen sind, erhalten vom Arbeitgeber neben dem verkürzten Entgelt eine Aufstockung des von der Agentur für Arbeit zu erwartenden Kurzarbeitergeldes auf 80 % der Nettoentgeltdifferenz zwischen dem pauschalierten Nettoentgelt aus dem Sollentgelt und dem pauschalierten Nettoentgelt aus dem Ist-Entgelt nach § 179 SGB III.

(Anmerkung, nur soweit keine vorrangige tarifvertragliche Regelung existiert)

II. Der Zuschuss zum Kurzarbeitergeld wird zusammen mit der üblichen Entgeltauszahlung gezahlt. Dies gilt unabhängig von dem Zahlungszeitpunkt durch die Agentur für Arbeit.

III. Bei der Lohn- und Gehaltsabrechnung werden verdiente Vergütungen, Kurzarbeitergeld und Zuschuss gesondert ausgewiesen.

§ 7 Überstunden und Auftragsvergabe

I. Während der Kurzarbeit dürfen keine Überstunden/Mehrarbeit geleistet werden.

II. Während des Kurzarbeitszeitraums werden keine Aufträge, die auch im Unternehmen erledigt werden können, an auswärtige Unternehmen vergeben. Als auswärtige Unternehmen gelten auch rechtlich selbständige Unternehmen, die mit der.....verbunden sind.

§ 8 Urlaub – Arbeitszeitkonten

I. Übertragener Resturlaub ist bis zum.....zu nehmen, es sei denn dem stehen konkrete Urlaubswünsche der Beschäftigten entgegen.

II. Für die Zeit vom....bis.....wird Betriebsurlaub festgelegt.

III. Guthaben auf Arbeitszeitkonten werden vor Beginn der Kurzarbeit abgebaut. Dies gilt nicht für die in § 170 Abs. 4 S. 3 und 4 SGB III genannten Guthaben.
Oder: Folgende Arbeitszeitkonten.....werden vor Beginn der Kurzarbeit abgebaut.

§ 9 Kündigung

Während der Kurzarbeit ist der Ausspruch von betriebsbedingten Kündigungen nicht zulässig.

(Ort/Datum)

Für die Geschäftsleitung

Für den Betriebsrat

5. Anhang

5.1 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabellen

| | | |
|--------|--|----|
| Tab. 1 | Wirtschaftliche Kennzahlen für die Holz/Möbelindustrie Jan. - Mai 2009 | 12 |
| Tab. 2 | Kurzarbeiter insgesamt und nach Grad des Arbeitsausfalls | 18 |
| Tab. 3 | Kennzahlen für die Holz- und Möbelindustrie 2003-2008 | 29 |
| Tab. 4 | Entwicklung der Beschäftigung in ausgewählten Branchenunternehmen | 39 |
| Tab. 5 | TOP-10 Länder für Holzimporte nach Deutschland 2002 – 2008 | 50 |
| Tab. 6 | TOP-10 Länder für Holzexporte aus Deutschland 2002 – 2008 | 51 |
| Tab. 7 | Möbelindustrie: Export/Import nach Produktgruppen 2007 | 54 |
| Tab. 8 | Möbelindustrie: Export / Import nach Globalregionen 2008 | 55 |

Abbildungen

| | | |
|---------|---|----|
| Abb. 1 | Umsatzentwicklung Möbelindustrie Januar - Mai 2009 | 9 |
| Abb. 2 | Umsatzentwicklung im Holzgewerbe Januar - Mai 2009 | 10 |
| Abb. 3 | Möbelindustrie: Auftragsbestand (in Produktionsmonaten) | 13 |
| Abb. 4 | Möbelindustrie: Kapazitätsauslastung in % der Vollauslastung | 14 |
| Abb. 5 | Möbelindustrie: Rückgang der Nettoproduktion (im 1. Quartal 2009) | 15 |
| Abb. 6 | Veränderung der Arbeitslosenzahl zum Vorjahresmonat in % | 15 |
| Abb. 7 | Monatsanzeigen zur Kurzarbeit Okt. 2008 – Juli 2008 | 17 |
| Abb. 8 | Kurzarbeiter im März 2009 nach der Dauer der Kurzarbeit | 19 |
| Abb. 9 | Beschäftigungsrückgang Januar – Mai 2009 | 20 |
| Abb. 10 | Branchenstruktur 2008 | 28 |
| Abb. 11 | Möbelindustrie: Struktur nach Fachzweigen 2008 | 30 |

Abbildungen

| | | |
|---------|--|----|
| Abb. 12 | Möbelproduktion 2000-2008 | 32 |
| Abb. 13 | Holz (ohne Möbel): Umsatzentwicklung Inland/Ausland 2000-2008 | 33 |
| Abb. 14 | Möbelindustrie: Umsatzentwicklung Inland/Ausland 2000-2008 | 33 |
| Abb. 15 | Entwicklung der Betriebe 2000-2008 | 36 |
| Abb. 16 | Entwicklung der Beschäftigung 2000-2008 | 37 |
| Abb. 17 | Beschäftigungsentwicklung in der Küchenmöbelindustrie und im Büro/ Ladenbau 2000-2008 | 38 |
| Abb. 18 | Holzbearbeitungsindustrie: Produktivität, Lohnstückkosten und Entgelte 2004-2008 | 42 |
| Abb. 19 | Möbelindustrie: Produktivität, Lohnstückkosten und Entgelte 2004- 2008 | 43 |
| Abb. 20 | Brutto-Monatsentgelte im Vergleich 2000 – 2008 | 44 |
| Abb. 21 | Holz (ohne Möbel): Entwicklung von Produktivität, Umsatz, Produktion und Beschäftigung 2001- 2008 | 45 |
| Abb. 22 | Möbelindustrie: Entwicklung von Produktivität, Umsatz, Produktion und Beschäftigung 2001- 2008 | 45 |
| Abb. 23 | Holz (ohne Möbel): Inlands- und Auslandsumsätze 2000 – 2008 | 48 |
| Abb. 24 | Holzindustrie (ohne Möbel): Deutscher Außenhandel mit Holz und Pro- dukten aus Holz 2002 – 2008 | 49 |
| Abb. 25 | Möbelindustrie: Inlands- und Auslandsumsätze 2000 – 2008 | 51 |
| Abb. 26 | Möbelindustrie: Export und Import 2001-2008 | 52 |
| Abb. 27 | Deutsche Möbelexporte: TOP- 5 Länder 2007/2008 | 53 |
| Abb. 28 | Deutsche Möbelimporte: TOP- 5 Länder 2007/2008 | 54 |

5.2 Quellen

Statistisches Bundesamt

Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Kurzarbeit (KUG) nach dem SGB III

EUROSTAT (Europäisches Statistikamt)

IG Metall Vorstand, Pressemitteilung Nr.54/2009 vom 22.07.2009

DIREKT, Der Infodienst der IG Metall, 9/2009

metallzeitung, Jg. 61 Nr. 8 August 2009

Möbelmarkt 05/2009

„Mit neuer Lust aufs kleine Glück“, nach: www.welt.de vom 09.11.2008

„Möbelindustrie rechnet mit schwarzer Null in 2009“, in: dds – das magazin für möbel und ausbau vom 16.01.2009

HDH/VDM, Wirtschaft kompakt, August 2009

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Auslandsinvestitionen in der Industrie, Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2009

EUWID Möbel, Nr. 28/29 v. 09.07.2009 / Nr. 30 v.23.07.2009

Möbelkultur 05-2009/ 06-2009

Möbelmarkt 01/2008

Frankfurter Rundschau“ vom 13. März 2009

„Wann kommt die Flut? – Kurzarbeit und dann?“, in: WirtschaftsWoche vom 20.07.2009

„Wir brauchen ein Moratorium in Sachen Entlassung“, in: Frankfurter Rundschau vom 22.07.2009

„Firmen ächzen unter Last der Jobsicherung“, in: Handelsblatt v. 22.07.2009

Neue Westfälische vom 10.06.2009

„Wir brauchen ein Moratorium in Sachen Entlassung“, in: Frankfurter Rundschau vom 22.07.2009

Zeitschrift für Politik und Wirtschaft (spw), 2/2009

Hans-Böckler-Stiftung, Magazin Mitbestimmung 06/2009

Notizen



IG Metall Vorstand
Team Branche Holz und Kunststoff/Textil-Bekleidung, Textile Dienste
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt

Tel.: 069 / 66 93 - 20 40
Fax: 069 / 66 93 - 21 28

Produkt-Nr.: 10366-25270